



Niederschrift

**über die 46. (außerordentliche) öffentliche Sitzung
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 16. Wahlperiode
am Donnerstag, 29. August 2019, 14 Uhr, Rathaus, Plenarsaal**

7/2019

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
		Nachruf Ratsfrau a. D. Elke Homann	7
1		Anerkennung der Tagesordnung	7
2		Anfragen	
2.1	RAT/017/2019	Anfrage des Ratsherrn Maniera: Ausschreitungen im Rheinbad Teil 3	69 schriftliche Antwort
2.2	RAT/028/2019	Anfrage der Ratsfrau Opelt: Große „Umweltspur“ – noch mehr Stau für Düsseldorf?	71 schriftliche Antwort
2.3	RAT/030/2019	Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Tiertodesfälle in Düsseldorf 2019	72 schriftliche Antwort
3	66/ 52/2019	Sachstandsbericht zum Parkraumbewirtschaftungskonzept	8
3.1	66/ 81/2019	Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Parkraumbewirtschaftungskonzept	8
3.2	01/ 247/2019	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Parkraumbewirtschaftungskonzept	8
4	01/ 174/2019	Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft	10
4.1	01/ 239/2019 Neufassung	Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft	10
5	70/ 23/2019	Garath 2.0 Den Wandel gestalten. Frei:Raum – Konzept für Freiraum und ergänzendes Wohnen in Garath	15
5.1	01/ 249/2019	Änderungsantrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Garath 2.0	15

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
6		Anträge	
6.1	01/ 178/2019	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Kein Empfang und keine Unterstützung für den Schießwettbewerb 2019 der Bundeswehr	20
6.2	01/ 190/2019	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Geschäftsführung der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH	21
6.3	01/ 194/2019	Antrag der CDU-Ratsfraktion: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement	21
6.3.1	01/ 241/2019	Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement	21
6.4	01/ 192/2019	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum im Gebiet der Landeshauptstadt Düsseldorf (Zweckentfremdungssatzung)	33
6.5	01/ 211/2019	Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Satzung der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Schutz und Erhalt von Wohnraum (Wohnraumschutzsatzung)	33
6.5.1	RAT/043/2019	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Wohnraumschutzsatzung	33
6.5.2	RAT/041/2019	Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda: Wohnraumschutzsatzung	33
6.6	01/ 215/2019	Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Palermo-Appell für einen europäischen Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge	58
6.6.1	01/ 251/2019	Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Palermo-Appell	58
6.7	01/ 216/2019	Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Optimierung der Düsseldorfer gesundheitlichen Notfallversorgung durch Digitalisierung	65
6.8	01/ 230/2019	Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Finanzierung von stop mutilation e. V.	66

Anwesend:

a) vom Rat

Oberbürgermeister	Geisel	Vorsitzender
Ratsherr	Albes	SPD
Ratsherr	Auler	CDU
Ratsfrau	Bednarski	SPD
Ratsfrau	Bellstedt	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Blanchard	Die Linke
Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Bohrmann	SPD
Ratsherr	Buschhausen	CDU
Ratsherr	Cardeneo	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeister	Conzen	CDU (bis 17.15 Uhr)
Ratsherr	Czerwinski	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	von Dahlen	CDU
Ratsfrau	Elsholz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Eßer	CDU
Ratsherr	Figge	SPD
Ratsherr	Dr. Fils	CDU
Ratsfrau	Fleckner-Olbermann	SPD
Ratsfrau	Frey	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Goldberg-Hammon	SPD
Ratsherr	Grenda	Piraten
Ratsherr	Gutt	CDU
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsfrau	Hebeler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Herz	SPD
Ratsfrau	Holtmann-Schnieder	SPD
Ratsherr	Knäpper	SPD
Ratsfrau	Kraft-Dlangamandla	Die Linke
Ratsherr	Kretschmann	CDU
Ratsfrau	Krüger	Tierschutz Freie Wähler
Ratsfrau	Lehmhaus	FDP
Ratsfrau	Leibauer	SPD
Ratsherr	Lukaschewski	CDU
Ratsherr	Maaßen	CDU
Ratsherr	Madzirov	CDU
Ratsherr	Maniera	REP
Ratsherr	Mauersberger	CDU
Ratsfrau	Mohrs	SPD
Ratsherr	Montanus	FDP
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Müller	SPD
Ratsherr	Münter	CDU
Ratsherr	Neuenhaus	FDP
Ratsherr	Nicolin	FDP
Ratsfrau	Opelt	AfD
Ratsfrau	Ott	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Penack-Bielor	CDU
Ratsherr	Pfundner	Die Linke
Ratsherr	Rasp	SPD
Ratsherr	Raub	SPD
Ratsherr	Reinold	CDU

Ratsherr	Rohloff	FDP
Ratsherr	Rütz	CDU
Ratsherr	Saitta	CDU
Ratsfrau	Schadewaldt	SPD
Ratsfrau	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schreiber	SPD
Ratsherr	Simon	CDU
Ratsherr	Spielmann	SPD
Ratsfrau	Steinheider	SPD
Ratsherr	Stieber	CDU
Ratsfrau	Dr. Strack-Zimmermann	FDP
Ratsherr	Sültenfuß	CDU
Ratsherr	Tacer	SPD
Ratsherr	Tups	CDU
Ratsherr	Tussing	CDU
Ratsherr	Volkenrath	SPD
Ratsherr	Warnecke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Wiechert	CDU
Ratsfrau	Wiedbrauk	CDU
Ratsherr	Wiedon	CDU
Ratsfrau	Wien-Mroß	SPD
Ratsherr	Dr. Wlecke	Tierschutz Freie Wähler
Ratsherr	Wolf	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Zepuntke	SPD

b) von der Verwaltung:

Oberbürgermeister Geisel

Stadtdirektor Hintzsche

Beigeordneter Lohe

Beigeordnete Stulgies

Beigeordneter Prof. Dr. Meyer-Falcke

Beigeordnete Zuschke

Beigeordneter Zaum

Entschuldigt:

Ratsherr	Blumenrath	CDU
Ratsfrau	El Fassi	Tierschutz Freie Wähler
Bürgermeister	Scheffler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Schulte	CDU
Ratsherr	Vatalis	SPD
Ratsfrau	Vorspel	Die Linke
Ratsherr	Walter	SPD

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.05 Uhr

Oberbürgermeister Geisel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich begrüßen zur 46. – diesmal außerordentlichen – Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in der 16. Wahlperiode. Ich hoffe, Sie alle hatten schöne und erholsame Ferien und sind jetzt wieder hochmotiviert und freuen sich auf die Arbeit hier im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Wie immer läuft seit Beginn der Sitzung die Liveübertragung. Diese wird aufgezeichnet und steht ab kommenden Montag, 14 Uhr, zum Abruf bereit und wird – wie üblich – gelöscht, wenn wir die Niederschrift über diese Sitzung genehmigt haben. Wie üblich darf ich auch noch darauf verweisen, der Liveübertragung und der Speicherung hat Frau Leibauer widersprochen. Lediglich der Speicherung haben Herr Reinold, Herr Sültenfuß, Frau Wien-Mroß und Herr Tussing widersprochen.

Herzlich begrüßen darf ich jetzt auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne. Ich darf die Gebärdensprachdolmetscherinnen herzlich begrüßen, die ebenfalls seit Beginn der Sitzung ihre Aufgabe erfüllen, die Gaststenografin der SD Steno Deutschland GmbH und selbstverständlich ganz besonders herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Ich nehme an, Sie haben sich auch schon gefreut über das kleine Willkommensgeschenk des neuen Caterers in der Kantine, der SV Group, der uns hier ein Schreibwerkzeug und einen Magnet-Radschläger überreicht hat. Vielen Dank. Ich nehme an, ich spreche in Ihrer aller Namen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf ebenfalls auf Folgendes verweisen: Wir arbeiten heute erstmals mit dem neuen Ratsinformationssystem „Session“. Da mag der eine oder andere noch gewisse Eingewöhnungsprobleme haben, weshalb Ihnen für allfällige Fragen heute Herr Stelzer und Herr Sonnenfeld – zwei IT-Fachleute – als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Seit der letzten Ratssitzung hatten folgende Ratsmitglieder Geburtstag: Am 6. Juli feierte sowohl Frau Wiedbrauk als auch Herr Raub Geburtstag, am 10.07. Frau Frey, ebenfalls am 10. Juli Herr Sültenfuß, am 12. Juli Frau Mohrs, am 14. Juli Frau Bellstedt, am 23. Juli Herr Volkenrath, am 28. Juli Frau Schadewaldt, am 3. August Frau Vorspel – ich bitte darum, die Glückwünsche auszurichten, da sie heute nicht da ist –, am 10. August Herr Pfundner, und Herr Neuenhaus hat am 13. August sogar genullt. Ganz herzlichen Glückwunsch allen Geburtstagskindern!

(Allgemeiner Beifall)

Nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen kann Herr Bürgermeister Scheffler, der einen Termin für mich wahrnimmt. Frau Vorspel – ich hatte es bereits erwähnt – ist ebenfalls entschuldigt.

Folgende Pairing-Vereinbarungen wurden getroffen: Herr Bürgermeister Conzen pairt mit Frau Mohrs.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Ab 17.15 Uhr, glaube ich!)

– Genau, ab 17.15 Uhr.

Dann pairen – ich hoffe, das trifft jetzt zu – ganztägig Herr Vatalis und Herr Blumenrath, ebenso Herr Walter und Herr Schulte und ab 17.30 Uhr noch Frau Goldberg-Hammon und Herr Auler. Trifft das so zu? – Frau Hebeler.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich bitte um eine Sitzungsunterbrechung, weil das Pairing von Bürgermeister Conzen für Bürgermeister Scheffler zugesagt war und nicht für die Kollegin von der SPD.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wieso?)

Oberbürgermeister Geisel: Was wollen Sie in der Sitzungspause erreichen?

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis er erklärt, wie es ist!)

Vielleicht kann die CDU-Fraktion kurz erklären, wie dieses Pairing entstanden ist. Ich glaube nicht, dass wir in einer Pause große Erkenntnisfortschritte erzielen können.

Ratsherr Gutt (CDU): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe das Problem überhaupt nicht. 17.30 Uhr soll meiner Kenntnis nach Herr Bürgermeister Conzen für Sie eine Vertretung übernehmen.

Oberbürgermeister Geisel: Das hat damit gar nichts zu tun.

Ratsherr Gutt (CDU): Doch, er soll für Sie eine Vertretung übernehmen, eine Delegation empfangen, die 17.30 Uhr hier im Rathaus von der Stadtspitze empfangen werden soll. Das übernimmt Herr Conzen.

Die CDU-Fraktion hat seit, ich weiß nicht, mindestens 20 Jahren, wenn nicht sogar noch länger, eine Pairing-Vereinbarung – mit einer kurzen Unterbrechung – mit der SPD-Fraktion in solchen Fällen, dass man zwischen den beiden Fraktionen pairt. Es gab immer wieder ein Ansinnen, auch seitens der Ampelpartner jetzt, das auf andere Fraktionen auszuweiten, aber es war nie eine Pairing-Vereinbarung zu Blöcken – Regierung gegen Opposition oder so –, sondern es war immer ein Pairing zwischen den beiden größten Fraktionen SPD und CDU. Etwas anderes hat es hier nie gegeben.

(Beifall von der CDU)

Ansonsten können Sie sie gleich selbst empfangen, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Gutt, ich bin für vieles verantwortlich in dieser Stadt, aber nicht für die Absprache von Pairing-Vereinbarungen.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Ja, natürlich! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das hat auch keiner gesagt!)

Meinem Büro wurde zunächst gemeldet, Herr Bürgermeister Scheffler und Herr Bürgermeister Conzen würden pairen. Das ist das Einzige, was ich damit zu tun habe. Wenn das jetzt anders sein soll, wenn also die CDU diese Zusage zurückzieht, dann nehme ich das zur Kenntnis, aber ändern, glaube ich, kann ich es so wenig, wie ich es veranlasst habe. – Frau Hebeler.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister Scheffler ist in der heutigen Ratssitzung nicht aus irgendwelchen Gründen privater, persönlicher oder beruflicher Natur nicht anwesend, sondern genau in seiner Eigenschaft als Bürgermeister dieser Stadt, in der er den Oberbürgermeister vertritt. Deswegen darf die Stimme sozusagen nicht gezählt werden, und deswegen ist ein Pairing zwischen Bürgermeistern eigentlich genau das richtige Mittel der Wahl.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Was ist denn jetzt vereinbart? Mit wem denn nun? – Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ein Bürgermeister kann auch Nein sagen! Er muss den Oberbürgermeister nicht vertreten, wenn er nicht will!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Bürgermeister Conzen, vielleicht wollen Sie sich erklären.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Die Fraktion der CDU hat sich erklärt!)

– Okay.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Er kann doch mit Frau Zepunkte pairen; sie ist auch Bürgermeisterin!)

Das wäre, glaube ich, Unsinn. Das leuchtet sogar Ihnen ein, Herr Stieber, oder? – Gut, dann bleibt es bei den Pairings, wie ich sie verlesen habe.

Nachruf

Ratsfrau a. D. Elke Homann

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf darum bitten, dass Sie sich von Ihren Plätzen erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Eintritt in die Beratung zur heutigen Tagesordnung gedenken wir eines ehemaligen Ratsmitglieds.

Am 28. Juni 2019 verstarb im Alter von 77 Jahren die Ratsfrau a. D. Elke Homann. Mit Elke Homann hat die Landeshauptstadt Düsseldorf eine ehemalige Kommunalpolitikerin verloren, die sich weit mehr als drei Jahrzehnte lang im Rat für ihre Heimatstadt einsetzte. Bereits 1975 wurde sie erstmals in den Rat gewählt, dem sie mit einer kleineren Unterbrechung bis zum Jahr 2009 angehörte.

Sie engagierte sich als Mitglied der CDU-Fraktion in einer Vielzahl von Ausschüssen des Rates, unter anderem im Ausschuss für Stadtentwicklung, im Personalausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss. Besonders am Herzen lag Elke Homann die Arbeit im Anregungs- und Beschwerdeausschuss, dessen Vorsitz sie viele Jahre lang innehatte. Außerdem war sie von 1979 bis 1984 zusätzlich Mitglied der Bezirksvertretung 1.

Elke Homann hat sich mit ihrer jahrzehntelangen kommunalpolitischen Arbeit und ihrem bürgerschaftlichen Einsatz um die Landeshauptstadt Düsseldorf und die Menschen in unserer Stadt außerordentlich verdient gemacht. Dafür wurde sie 1984 mit dem Ehrenring des Rates und 1999 mit dem Jan-Wellem-Ring ausgezeichnet. 1989 erhielt sie das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Für ihre engagierte Arbeit im Interesse Düsseldorfs und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger verdient Elke Homann unsere Anerkennung und unseren Respekt. Wir werden ihr ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen dafür.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

1

Anerkennung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Geisel: Es wurde für diese Sitzung, in der es nur um die Abarbeitung von Restanten geht, noch ein Änderungsantrag von Herrn Grenda zum Thema Wohnraumschutzsatzung

– das ist der Tagesordnungspunkt 6.5 – eingereicht und ausgeteilt. Ein weiterer Änderungsantrag ist angekündigt und liegt mir mittlerweile auch vor. Das ist die Neufassung des Änderungsantrags der CDU-Ratsfraktion, ebenfalls zur Wohnraumschutzsatzung. Das kann jetzt auch verteilt werden. Das wäre es.

Herr Raub. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Raub (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten interfraktionell vereinbart, für die heutige Sitzung keine Anfragen auf die Tagesordnung zu nehmen. Ich bitte daher, die Anfragen lediglich schriftlich zu beantworten. – Danke schön.

(Beifall von Ratsherrn Montanus [FDP])

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Das war das Gleiche!)

So etwas muss vom Rat – wenn ich die Geschäftsordnung richtig vorliegen habe – beschlossen werden. Dann darf ich diesen Antrag zur Abstimmung stellen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind Gegenstimmen von Tierschutz Freie Wähler, vom Ratspirat, von der AfD und vom Republikaner. Ersteres war die Mehrheit.

Können wir die Tagesordnung mit dieser Modifikation – so darf ich es mal sagen – anerkennen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung so beschlossen. Die drei Anfragen werden schriftlich beantwortet.

3

Sachstandsbericht zum Parkraumbewirtschaftungskonzept

66/ 52/2019

3.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Parkraumbewirtschaftungskonzept

66/ 81/2019

3.2

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Parkraumbewirtschaftungskonzept

01/ 247/2019

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Gutt, Sie wollen dazu etwas sagen?

(Ratsherr Gutt [CDU]: Nein!)

Dazu gibt es zwei Änderungsanträge. Wir können aber natürlich auch sofort abstimmen, wenn das gewünscht ist.

(Ratsherr Nicolin [FDP]: Ja, direkt abstimmen!)

Es gibt zwei Änderungsanträge, die sich inhaltlich allenfalls marginal unterscheiden. Ich würde vorschlagen, zunächst den Änderungsantrag der Ampelfraktion abzustimmen, der ist etwas weitergehend; denn der andere sieht nur „angemessen“ und „wo notwendig“ vor. Ich sehe nach wie vor keine Wortmeldung.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ich habe es nicht verstanden! Wir sind bei TOP 3?)

– Wir sind bei TOP 3, ja.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das ist ja super!)

Dann stelle ich den Änderungsantrag 3.1 zur Abstimmung. Das ist der Änderungsantrag, der im OVA gestellt wurde und der mit dieser Vorlage in den HFA und von dort in den Rat geschoben wurde. Ich nehme nicht an, dass er formal noch einmal begründet und vorgestellt werden muss. Der Antrag liegt Ihnen allen vor.

Herr Hartnigk, ist alles klar?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ich habe es nicht verstanden! Sie müssen klar und laut sprechen!)

– Ich habe sogar ein Mikrofon. Noch lauter geht es nicht.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Dann sollte man vielleicht vorher das Gummibärchen herunterschlucken! – Ratsherr Raub [SPD]: Meine Güte! – Ratsherr Volkenrath [SPD]: Unglaublich!)

– Ich habe heute noch gar kein Gummibärchen gegessen. Sie können ganz entspannt sein.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Es ist geschenkt!)

– Gut.

Weiß jeder, wo wir sind? – Wir sind bei Änderungsantrag 3.1. Ich stelle diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich glaube, das müssen wir durchzählen, oder?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ja, das wäre gut!)

Ich bitte diejenigen, die zustimmen möchten, um das Handzeichen. – Das sind die Ampel, Herr Grenda und meine Wenigkeit. Das müsste – Pairing hin oder her – die Mehrheit sein. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Ersteres war die Mehrheit. Damit hat sich, denke ich, der Änderungsantrag der CDU-Fraktion erledigt.

Dann lasse ich noch den Grundantrag abstimmen. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist erkennbar die Mehrheit.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Können wir für das Protokoll sagen, wer sich enthält und wer dagegen stimmt? – Ratsherr Gutt [CDU]: Ja, für das Protokoll die Gegenstimmen und so weiter!)

– Ja, Entschuldigung!

Nein-Stimmen? – Das sind die CDU-Fraktion und Tierschutz Freie Wähler. Gibt es Enthaltungen?

(Ratsherr Saitta [CDU]: Die Linke war auch dagegen!)

– Die Linke hat zugestimmt.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Nein, nein!)

– Dem Grundantrag?

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Dem Grundantrag ja, aber nicht das!)

– Ja, um den geht es.

Den Grundantrag habe ich gerade zur Abstimmung gestellt. Dem haben Ampel und Linke zugestimmt, außerdem der Ratspirat.

Jetzt weiß ich nicht mehr genau, denn ich habe es hinten nicht genau beobachtet: Tierschutz Freie Wähler war dagegen. – Frau Opelt, waren Sie dafür oder dagegen?

(Ratsfrau Opelt [AfD]: Dagegen!)

– Dagegen.

Herr Maniera war auch dagegen. Gut, dann ist es die Mehrheit aus Ampel plus Linke plus Pirat.

4

Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft

01/ 174/2019

4.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft

01/ 239/2019 (Neufassung)

Oberbürgermeister Geisel: Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Czerwinski.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt eine Neufassung des Antrags!)

– Gut. Den habe ich, glaube ich. – Ja.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Den haben wir noch gar nicht! – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Der kommt jetzt! – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Der wird jetzt verteilt! – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Es ist heute aber alles ein bisschen durcheinander!)

Gibt es Wortmeldungen?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ja!)

Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine Frage. Wir haben heute den Punkt auf der Tagesordnung, ob wir eine Mobilitätsgesellschaft gründen oder nicht. Ich wollte die Verwaltung fragen, ob es richtig ist, dass bereits ein Beratungsunternehmen – von wem auch immer – beauftragt worden ist, das Kontakt zu städtischen Tochterunternehmen im Bereich der Mobilität aufgenommen hat, um Informationen, Daten und andere Dinge abzufragen, um dem Haus hier nicht bekannte Leistungen zu erbringen. Das hat uns zumindest im Vorfeld der Tatsache, dass wir den Punkt erst heute auf der Tagesordnung haben, ein Stück weit irritiert. Ich würde mich freuen, wenn die Verwaltung hierzu eine schlüssige Antwort hätte. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf das von hier aus machen: Es gab einen Beauty Contest. Die ersten Arbeiten, vorbereitende Tätigkeiten haben begonnen. Der finale Vertrag ist noch nicht

abgeschlossen. Aber wir dachten, es ist auch in Ihrem Sinne. Es sind vorbereitende Tätigkeiten – die sollten wir tatsächlich durchführen. Wir wollen auch nicht allzu viel Zeit verlieren.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Wenn jetzt vielleicht nicht jeder verstanden hat, was der Oberbürgermeister gesagt hat – sinngemäß hat er gesagt: Wir haben noch nicht beschlossen, aber wir haben schon etwas in Auftrag gegeben, weil wir denken, das ist im Sinne des Hauses.

Herr Oberbürgermeister, das finde ich ein bisschen merkwürdig. Es ist nicht das erste Mal, dass irgendwelche Beauftragungen von externen Beratern hier von Ihnen oder von wem auch immer veranlasst werden, ohne dass der Rat – dieser ist eigentlich hier der Souverän, der bestimmte Dinge an die Verwaltung beauftragt oder nicht – überhaupt über die Frage diskutiert, geschweige denn abgestimmt hat. Wenn es stimmt – ich würde das gern gleich im NÖ-Teil noch einmal nachfragen –, in welcher Höhe Beraterhonorare mit dieser Studie verbunden sind, dann fände ich es nicht nur zwingend angezeigt, sondern auch zwingend notwendig, dass bei solchen Dingen der Rat vorab informiert wird.

Ich frage jetzt mal ganz launig: Was passiert denn eigentlich, wenn wir heute keine Mobilitätsgesellschaft wollen? – Dann haben Sie einen Beratungsauftrag in Auftrag gegeben, der wahrscheinlich einen ordentlichen Geldbetrag an Steuergeldern in Anspruch genommen hat für nichts und wieder nichts.

(Zurufe von Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP] und Ratsherrn Figge [SPD])

Ich glaube, Herr Oberbürgermeister, das ist von Ihrer Position in keiner Weise gedeckt. Ich sage Ihnen jetzt schon: Wenn das wirklich so kommt, werden wir uns vorbehalten, das auch noch einmal von der Aufsichtsbehörde überprüfen zu lassen. Ich sage noch einmal: Das ist nicht in Ordnung. Wir haben nichts dagegen, wenn wir bestimmte Dinge beschließen und die Verwaltung sagt: Wir brauchen externen Rat. Dann sind wir die Letzten, die sich der Sache wegen bei diesen Dingen sperren. Aber dass hier einfach Aufträge vorab erteilt werden, das geht nicht, und das machen wir als CDU auf jeden Fall nicht weiter mit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Czerwinski. – Ihm folgt Herr Grenda.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass der Betrag, für den der Auftrag erteilt worden ist, unterhalb eines zustimmungspflichtigen Betrages liegt; sonst ginge das natürlich nicht.

Wir haben Ihnen jetzt gerade eine Neufassung unseres Ampelantrags zu dieser Sache neu verteilen lassen, in der wir das noch einmal ein bisschen fokussieren, weil mittlerweile nach einigen Gesprächen gar nicht mehr so klar ist, ob es eine städtische Mobilitätsgesellschaft sein muss. Es ist auf jeden Fall etwas zu tun. Wir haben auch gestern mit einer sehr großen Einstimmigkeit gesagt: Wir wollen, dass es im nächsten Jahr fünf Mobilitätsstationen gibt, damit das mit der Verkehrswende alles schneller geht. Deshalb müssen wir da auch handlungsfähig sein. Wir können im Fachausschuss schlussendlich auch nicht genau beurteilen, wo die besten Kompetenzen sind und wo die Kooperationen in welcher organisatorischen Form zu schließen sind. Deshalb halten wir daran fest, dass es gut ist, wenn mit externem Sachverstand genau aufgezeigt wird, welche Szenarien es gibt, mit denen wir schnell und effektiv handeln können. Wir haben auch die Erwartung, dass das innerhalb der nächsten vier bis sechs Wochen zu Ergebnissen führt, damit wir dann entscheiden können: So und so macht es Sinn. Deshalb haben wir das hier noch einmal ein bisschen angepasst. Ich bitte um Zustimmung.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich schon etwas traurig, wie kurz das Kurzzeitgedächtnis ist. Hier geht es um die Gründung einer städtischen Mobilitätsgesellschaft. Wenn wir uns drei Jahre zurückerinnern, haben wir uns hier über einen Smart-City-Kongress unterhalten, dabei war das einer der Hauptpunkte. Wir haben hier im Rat das KoMoD beschlossen; das war zum autonomen Fahren, was auch komplett in Düsseldorf gemacht wurde. Die Erfahrungswerte und die Erfahrungsberichte sind allen Fachausschüssen mitgeteilt worden. Aus den Daten, die daraus gewonnen wurden, resultiert natürlich eine Entscheidung, wem zukünftig diese Daten gehören: Geben wir sie an externe Dritte weiter, was die einen wollen, oder behalten wir sie in einer eigenen Gesellschaft? Da kann ich nicht nachvollziehen, warum das Parlament und die entsprechende Ampel jetzt plötzlich darüber diskutieren möchten, ob die Daten im Haus bleiben oder ob wir die Daten Externen geben. Es weiter zu verschieben, dass diese Daten extern und nicht intern ausgewertet werden, kann ich genauso wenig nachvollziehen. Deswegen verstehe ich den Änderungsantrag der Grünen nicht, der jetzt noch weiter geht, nämlich zu keiner Mobilitätsgesellschaft, sondern dass erst einmal Expertise einzuholen ist, oder die CDU, die sagt: Wir verstehen das ganze System gar nicht, weil irgendwelche Aufträge dort vergeben worden sind.

Im KoMoD-Programm sind mehrere Aufträge vergeben worden. Die sind auch damals abgesegnet worden. Aus diesen Erfahrungswerten muss man natürlich auch eine Entscheidung treffen. Deswegen kann ich nur daran appellieren, dass wir endlich diese Mobilitätsgesellschaft gründen.

Das Einzige, was ich dabei gern wissen möchte – das wird die Verwaltung mit Sicherheit beantworten können –, ist, ob der Gesellschafter oder der Geschäftsführer dieser Gesellschaft ein Externer ist, der richtig bezahlt werden muss mit dem Geld, das wir zur Verfügung stellen, oder ob das – wie bei den vielen anderen städtischen Gesellschaften – in Personalunion ist, das heißt, dass ein städtischer Angestellter die Geschäftsführung übernimmt. Das würde ich gern erfahren, weil ich nicht sehe, dass noch ein Dritter ein hohes Gehalt bekommen muss und dafür das Geld weggeht.

In der letzten Ratssitzung hatte ich eine Anfrage gestellt. Da sind entsprechende Daten bekannt gegeben worden, auch die Preissätze. Dafür sollte das Geld aufgewandt werden, damit wir mit den Daten hier in Düsseldorf etwas machen können, um mit der Mobilitätswende – was Sie eben gesagt haben, Herr Czerwinski – endlich zu beginnen und mit den externen Partnern die Auswertung zu starten. – Danke.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Vom Geschäftsführer ist gar keine Rede mehr! – Ratsherr Grenda [Piraten]: Du brauchst nicht mal einen Geschäftsführer!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda, wenn ich die Frage kurz beantworten darf: Das hängt von den Kompetenzen dieser Gesellschaft ab, vom Zuschnitt dieser Gesellschaft, von der Anzahl der Personen, die in ihr arbeiten. Das ist allerdings gerade Gegenstand der Untersuchung, wo erste Schritte getroffen wurden mit Hilfe des Beratungsunternehmens, was vorher von Herrn Hartnigk gerügt wurde.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ja!)

Herr Neuenhaus. – Anschließend noch einmal Herr Hartnigk.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen bei Mobilität und „Mobilität neu denken“ Fahrt auf. Bei all dem, was gestern zum Thema Umweltspuren gesagt wurde, darf man nicht vergessen, dass wir zwei wichtige Entscheidungen, Grundsatzentscheidungen, getroffen haben, nämlich dass der OVA die Mitglieder im entsprechenden Aufsichtsrat gebeten und ganz freundlich darauf hingewiesen hat, dass wir

zusätzliche Fahrzeuge kaufen wollen. Zudem haben wir gestern zu Park & Ride in größerem Stil auch eine sehr weitreichende Entscheidung getroffen. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg.

Das, was wir jetzt dringend brauchen, ist in der Tat eine Mobilitätsgesellschaft. Das ist der – sagen wir mal so – sehr zügige Weg, den wir einschlagen müssen.

Meine Fraktion hat lange den Standpunkt vertreten, dass wir das städtisch machen sollten. Das hatte zwei Gründe. Zum einen wollten wir, dass bei der Mobilitätsplattform und den Mobilitätsstationen der Wettbewerb zugelassen wird, damit man nicht plötzlich nur Anbieter hat, die irgendjemand aussucht, der ein bestimmtes Eigeninteresse hat. Zum anderen: Wenn wir Mobilitätsstationen bauen, müssen wir schauen, dass sie ins Stadtbild passen. Die werden nicht gerade klein, und wenn wir erfolgreich sind, werden das sogar viele. Meine Fraktion wollte gern den Zugriff darauf haben, damit wir nicht einen reinen Funktionalbau nachher bekommen, wo alle sagen: Super von der Funktion, aber grottenhässlich. – Insofern sind diese beiden Punkte jetzt in Rot mit aufgenommen, was für meine Fraktion bedeutet, dass wir uns auch vorstellen können, die Mobilitätsgesellschaft nicht bei der Stadt zu machen, was wir vorher nicht konnten. Ich sage das nur, weil das Wichtigste jetzt ist, dass wir mit Fachleuten sehr zügig, wirklich sehr zügig in die Gänge kommen und hier eine Mobilitätsgesellschaft schaffen, die ihren Job versteht. Deshalb freuen wir uns, dass wir das heute auf den Weg bringen; denn wir haben so, gebündelt mit dem Positiven von gestern, an Tempo echt zugelegt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur nachfragen, da wir jetzt die Änderung des Antrags auf dem Tisch haben, ob die 240.000 Euro außerplanmäßige Mittel genau das Honorar sind, was Sie mit den externen Beratern vereinbart haben, die bereits tätig sind. – Vielen Dank.

(Beigeordnete Zuschke: Etwa 89.000 Euro sind beauftragt!)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Zuschke, die Beigeordnete für Mobilität.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Auftrag an die Verwaltung ist, eine Grundlagenrecherche zum Thema Mobilität zu machen. Das bedeutet folgende Einzelrecherchen: Welche Verkehrsgesellschaften gibt es? Wer macht was? Welche Anbieter gibt es? Welche Marktanteile, welche Produkte sind vorhanden und welche könnten designt werden? Dazu gehört auch das Thema Sondernutzungssatzung Eddy. Wie bekommt man das unter einen Hut? Verknüpfungsmodelle? – Das beträgt ungefähr – ich habe es nicht auf Heller und Pfennig im Kopf – 89.500 Euro, die an das Unternehmen bisher beauftragt sind.

Der zweite Teil dieser Beauftragung wäre dann das Design einer Gesellschaft – oder wie auch immer – mit Kooperationsmodellen. Das muss noch abschließend vereinbart werden.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ich frage, weil die Summe dort fix steht! Dort steht nicht „bis zu“, sondern da steht 240.000!)

Oberbürgermeister Geisel: Nein, vereinbart sind 89.500 Euro, habe ich jetzt gehört.

(Beigeordnete Zuschke: Für den ersten Teil!)

– Für den ersten Teil, genau.

(Zuruf von Ratsfrau Leibauer [SPD] und Ratsherrn Raub [SPD])

Beigeordnete Zuschke: Für den gesamten Auftrag sind es, soweit ich weiß, circa 200.000 Euro, aber es ist noch nicht abschließend vereinbart worden.

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt ist Herr Volkenrath an der Reihe. Anschließend darf Herr Grenda noch einmal.

Ratsherr Volkenrath (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es ist gestern deutlich geworden: Wir wollen beziehungsweise wir werden die Verkehrswende hier in Düsseldorf politisch umsetzen. Diese hat viele Bausteine. Wir haben gestern einen wesentlichen Baustein beschlossen. Es gibt viele andere Bausteine. Ich glaube, mit Recht sagen zu können: Diese Mobilitätsgesellschaft ist auch ein wichtiger Schritt, um das operativ darstellen zu können. Es sind dort einige Fragen neu diskutiert worden. Vor dem Hintergrund macht es auch Sinn, das noch einmal genau in den Fokus zu nehmen, damit wir dann auch zu einer zielgerechten Sache kommen. Die Planungsdaten sind in der Tat schon diskutiert worden. Deshalb ist es notwendig, dass wir das heute beschließen, damit wir schnell in die Debatte und schnell zu einem Ergebnis kommen.

Ein zweiter Teil, den ich doch noch ganz gern ansprechen möchte, ist folgender: Herr Hartnigk, es ist schön, wenn Sie immer wieder penetrant auf bestimmte Sachen abstellen. Nur, wir halten noch einmal fest – das ist jetzt auch durch die Kollegin Zuschke dargestellt worden –: Es ist im Bereich des laufenden Geschäfts der Verwaltung. Wir erwarten ja auch eine qualifizierte Vorbereitung von Ratssitzungen et cetera pp. Dafür sind auch Ausgaben nötig. Da jetzt irgendwelche Szenarien zu malen, um von der Sachdebatte mal wieder abzulenken, halte ich für völlig unangemessen. Insofern glaube ich, dass die Verwaltung da zielgerecht gearbeitet hat und wir das auch im Weiteren so konstruktiv gemeinsam weiterentwickeln können. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das war jetzt nicht so die Begeisterung!)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich habe eine kurze Nachfrage an Frau Zuschke. Sie haben eben gesagt, es sei für die Erkundung der Marktakteure oder sonst etwas eine Studie in Auftrag gegeben worden für 89.500 Euro.

(Beigeordnete Zuschke nickt.)

Jetzt habe ich eine ganz ernsthafte Frage. Sie sind 2016 erst eingestiegen, 2017 hatten wir den großen Kongress. Dort waren alle Marktteilnehmer anwesend; selbst diejenigen mit den Rollern waren schon auf dieser Veranstaltung, auch wenn es die damals hier in Deutschland noch nicht gab. Da ist doch eigentlich schon alles erfasst oder gemacht worden. Selbst die Datenschnittstellen sind bekannt gegeben worden. Sie sind im KoMoD durchdiskutiert worden. Warum muss man jetzt noch einmal 89.000 Euro in die Hand nehmen, um die gleiche Liste wie vor zwei Jahren zu kriegen? Ist das jetzt wirklich ein komplett neuer Auftrag im Gegensatz zu dem, den Sie vor anderthalb Jahren gestellt haben?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ja, so scheint es zu sein!)

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Grenda, für eine Liste sind 89.000 Euro selbstverständlich zu viel, aber wenn es darum geht, eine Verkehrslandschaft zu strukturieren und zu schauen, in welcher Organisationsform welche Bestandteile gut aufgehoben sind, wie zum Beispiel unter neuen Anforderungen auch neue Verkehrssysteme zu gestalten sind oder auch die unterschiedlichen Tarifebenen, die wir haben – vom VRR über die Rheinbahn bis hin zu freien Mobilitätsanbietern und so weiter und so fort – zu verknüpfen und dass das schlussendlich designt werden muss und dann in ein wie auch immer

geartetes Kooperations- oder Umsetzungsmodell gestaltet werden muss, dafür ist schon ein bisschen Arbeit im Vorfeld erforderlich. Das ist dann etwas mehr als eine Liste. Ich denke, Sie haben alle nicht viel davon, wenn ich den Auftrag jetzt herunterrattere, –

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Doch, das wäre cool!)

– zumal ich ihn auch nicht auswendig gelernt habe, aber das ist die Grundrecherche, und daraus ergibt sich dann ein Design – wie auch immer.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Fragen. Ich nehme an, der neue Änderungsantrag soll maßgeblich sein, der auf den Grundantrag aufsetzt.

(Ratsherr Raub [SPD]: Ja!)

Ich stelle den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP zur Abstimmung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ersteres war erkennbar die Mehrheit. Darf ich noch einmal die Gegenstimmen sehen? – Das waren die Fraktion der CDU, Tierschutz Freie Wähler, der Ratspirat, der Republikaner und die AfD. Enthaltungen? – Davon sehe ich keine.

Ich stimme jetzt über den Grundantrag ab.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist ersetzt!)

– Der ist ersetzt, okay. Gut, wenn das so ist, dann soll es so sein.

5

Garath 2.0 Den Wandel gestalten. Frei:Raum – Konzept für Freiraum und ergänzendes Wohnen in Garath

70/ 23/2019

5.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler: Garath 2.0

01/ 249/2019

Oberbürgermeister Geisel: Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Mauersberger.

Ratsherr Mauersberger (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir hatten in der Bezirksvertretung in Garath eine sehr kritische Diskussion. Es gibt gute Punkte, es gibt aber auch Punkte, zu denen fast die gesamte BV gesagt hat: Da muss nachgebessert werden.

Der größte Kritikpunkt der CDU-Fraktion ist die Verdichtung, die entsteht. Garath ist verdichtet genug. Es ist so, dass auch die Bürgervereine es so sehen, dass wir dort nicht weiter verdichten möchten.

Anders als Tierschutz Freie Wähler haben wir aber gesehen, dass viele Fördermittel akquiriert wurden. Wir haben einen Prozess, der jahrelang in Garath stattgefunden hat, und es wäre falsch, jetzt zu sagen: Wir versuchen, das Ganze noch einmal zu ändern. Ich glaube, die Anträge sind vorbereitet. Deshalb bitte zu Protokoll, dass die CDU-Fraktion gegen die Verdichtung ist. Wir verweisen noch einmal auf die Kritikpunkte der Bezirksvertretung. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von Ratsherrn Gutt [CDU])

Oberbürgermeister Geisel: Frau Holtmann-Schnieder bitte.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Mauersberger, wenn man Ihnen so zuhört, dann denkt man, dass wir mit dieser Vorlage beschließen, dass es in Garath gnadenlose Verdichtungen gibt. Das ist nicht der Fall. Zudem haben Sie den Diskussionsstand auch nur zur Hälfte wiedergegeben.

Es gibt einige Vorschläge aus dem Beteiligungsverfahren, wo man gegebenenfalls – das ist der Stand der Diskussion – bauen könnte. Die Anzahl der Grundstücke ist sehr gering. Wir haben nur noch wenig Fläche zur Verfügung, sodass man damit auch sehr sorgfältig umgehen muss.

Das, was in Ihrer Darstellung gefehlt hat, sind die Wünsche der Bevölkerung nach Wohnraum, den wir im Moment in Garath nicht anbieten können oder zumindest nicht in der erforderlichen Anzahl, nämlich kleine Wohnungen und barrierefreie Wohnungen, weil die Seniorinnen und Senioren, die seit Jahrzehnten in Garath leben, die damals mit ihren Familien und mit etlichen Kindern gekommen sind, heute in den großen Wohnungen leben, die sie eigentlich gar nicht mehr betreuen können, die sie nicht benötigen und die vor allen Dingen auch nicht barrierefrei sind: keine barrierefreien Badezimmer, in vielen Geschosswohnungen gibt es keine Aufzüge und so weiter und so fort. Es wird dabei aber immer wieder der deutliche Wunsch erwähnt: Ich möchte in Garath wohnen bleiben. Das können wir so im Bestand den Menschen nicht bieten. Auf diese Art und Weise ist die Idee entstanden, zu schauen: Können wir diesen Wohnraum, der dringend nachgefragt wird, in dem Stadtteil schaffen? – Das ist der Diskussionspunkt an dieser Stelle.

Die Verwaltung legt uns mit dieser Beschlussvorlage ihre Ergebnisse aus den ersten Runden der Bürgerbeteiligung vor. Da hat es kritische Stimmen gegeben. Es wurden von vielen Bürgern auch genau die Wünsche geäußert, die ich gerade genannt habe, und auch der Wunsch, weiter darüber zu diskutieren. Wir beschließen heute nur, den Prozess weiter zu fahren. Wir beschließen nicht, konkrete Baumaßnahmen oder konkrete Grundstücke zu bebauen. Das ist überhaupt noch nicht Stand der Diskussion.

(Zuruf von Ratsherrn Mauersberger [CDU])

Ich muss das noch einmal richtigstellen, weil das, was Sie sagen, es werde hier verdichtet, so nicht richtig ist, sondern wir bringen den Prozess weiterhin auf den Weg. Das finde ich so richtig. Da können alle kritischen Punkte und alle Befürchtungen benannt werden, aber man kann auch miteinander überlegen, wie es geht. In dem Rahmen kann man dann möglicherweise auch Befürchtungen ausräumen und man kann Kompromisse finden, was geht. Das ist genau das, was wir brauchen. Darum stimmen wir und die Ampelfraktionen natürlich sehr gern dieser Vorlage zu.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Bohrmann.

Ratsherr Bohrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Vorlage der Verwaltung ist deswegen ein guter Anfang, weil ich gestern hier drei Stunden saß und oft hören musste: Es dauert alles zu lange. Von daher ist diese Vorlage gut, weswegen sie auch umgesetzt werden sollte. Das war auch mehrheitlich das Ergebnis dieser Bezirksvertretung 10.

Hierin heißt es: Freiraum gestalten – Freiraum gestalten mit den Menschen, die in Zukunft da wohnen, die noch wohnen bleiben und die auch dorthin ziehen möchten. Eine wachsende Stadt hat Vergangenes, aber auch Neues, und das können wir hier mit dem Konzept, indem man nicht in der Breite, sondern in der Höhe verdichtet, gut schaffen. Das ist ein Anfang und nicht das Ende, wie meine Kollegin bereits gesagt hat. Von daher kann ich das auch nur unterstützen. Ich bitte Sie, das ebenfalls zu unterstützen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Dr. Wlecke. – Ihm folgt Frau Kraft-Dlangamandla.

Ratsherr Dr. Wlecke (Tierschutz Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir als Tierschutz Freie Wähler würden der Vorlage grundsätzlich zustimmen. Wir haben aber einen kleinen Änderungswunsch, der auch in den Unterlagen wiedergegeben ist, und zwar gibt es abweichende Meinungen zu dem Thema „Am Kapeller Feld 60“ und „Am Buchholzer Busch“. Das ist in der Unterlage unter 2.2 a) wiedergegeben, die Punkte 2 und 4. Wir bitten darum, diese beiden Punkte getrennt abzustimmen. Wir würden gern grundsätzlich dem ganzen Verfahren zustimmen, nur in diesen beiden Punkten vertreten wir eine andere Auffassung.

Es hat hier am 30. August letzten Jahres einen Bürger-Workshop gegeben, bei dem auch Kritik an diesem Thema deutlich geworden ist. Insofern wäre es gut, wenn wir das hier durch eine differenzierte Abstimmung zum Ausdruck bringen könnten. Deswegen bitten wir darum, die Punkte 2 und 4 unter 2.2 a) separat abzustimmen. Das ist alles, was ich zu sagen habe. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Dr. Wlecke, 2.2 a)? Wir reden nicht über die Beschlussdarstellung, sondern über die Sachdarstellung?

(Ratsherr Dr. Wlecke [Tierschutz Freie Wähler]: Unter 2.2 a) die Punkte 2 und 4!)

Üblicherweise beschließen wir das, was in der Beschlussdarstellung aufgeführt ist. Sie wollen jetzt aus der Sachverhaltsdarstellung bestimmte Punkte ausklammern?

(Ratsherr Dr. Wlecke [Tierschutz Freie Wähler]: Ja! – Ratsherr Raub [SPD]: Das geht doch gar nicht!)

Das ist, glaube ich, nicht in Ordnung.

(Ratsherr Mauersberger [CDU]: Nein! – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Das geht so nicht. Sie sind dann eben insgesamt nicht damit einverstanden. Aber Sie können nicht aus der Sachverhaltsdarstellung bestimmte Punkte streichen. Sonst hätte die Verwaltung sie nicht in die Sachverhaltsdarstellung genommen. Ich bitte um Verständnis. – Frau Kraft-Dlangamandla.

(Ratsherr Dr. Wlecke [Tierschutz Freie Wähler] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Ratsfrau Kraft-Dlangamandla (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Natürlich stimmt die Linke auch dieser Vorlage gern zu. Dennoch einige Punkte noch dazu.

Garath ist ja ein sehr diskutierfreudiger Stadtteil. Man beteiligt sich auch gern an allem, was dort passiert, und man gibt seine Meinung auch gern kund, auch sehr kritisch. Gerade das Thema Verdichtung hält schon einige Jahre an, und es gibt eine Initiative „Buchholzer Busch“, die dafür kämpft, dass das nicht bebaut wird.

In der Bezirksvertretung haben wir auch bewusst eine Protokollnotiz verabschiedet, in der gesagt wird: Dieses Thema steht nicht an allererster Stelle, sondern es kommen erst einmal einige andere Sachen, bis es überhaupt dazu kommen sollte. Es ist noch gar nicht festgelegt, ob es tatsächlich kommt. Unter dieser Voraussetzung finde ich, dass das, was die Freien Wähler da machen, irgendwo nicht passt; denn da fehlen auch die Informationen, was in der Bezirksvertretung gelaufen ist.

Ich möchte aber auf einen besonders wunden Punkt hinweisen: Es wird sehr viel gebaut, und es werden sehr, sehr viele schöne Sachen gemacht – auch für die Jugend. Allerdings ist das Thema Spielplätze, vor allem ein besonderer Spielplatz, wirklich ärgerlich. Der Spielplatz in der Peter-

Behrens-Straße ist einer der größten. Dort wurden jetzt einige Geräte abgebaut. Das ist so ein trauriger Spielplatz geworden. Er soll aber erneuert werden. Es soll ein Wasserspielplatz werden, aber das dauert.

Das Problem ist folgendes: Dieser Spielplatz findet keine Spielplatzpatinnen und -paten, weil der Platz vor diesem Spielplatz der Treffpunkt der Bruderschaft Garath und ihres trinkenden Anhangs ist. Viele Menschen haben Angst, diesen Spielplatz zu benutzen. Deswegen möchte ich, dass wir irgendetwas tun, dass dieser Spielplatz viel, viel schneller umgebaut wird und der Platz mit in diesen Spielplatzbereich eingeschlossen wird, –

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das kann man im Fachausschuss machen!)

– sodass die Bruderschaft keine Möglichkeit hat, ihn zu benutzen; denn darauf dürfen sie nicht. Es ist schade für die Garather Kinder, Eltern und Großeltern, dass dieser Spielplatz so verkommt. Es muss etwas passieren. Das ist mein dringender Appell. – Danke schön.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Dr. Wlecke, ich wollte noch erwähnen: Ich glaube, Sie haben recht. Es wird in der Beschlussdarstellung auf den Punkt 2.2 a) Bezug genommen. Wobei ich noch einmal erwähnen möchte: In der Beschlussdarstellung heißt es, dass diese „im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit vertieft zu untersuchen“ sind. Wollen Sie einige dieser Gebiete von einer Untersuchung von vornherein ausschließen? – Es wird nicht gesagt, dass bebaut werden soll, sondern es soll lediglich vertieft untersucht werden, ob Bebauung dort möglich und sinnvoll ist.

(Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Genau!)

Sie wollen von vornherein bestimmte Gebiete gewissermaßen tabuisieren. Habe ich Ihren Antrag insoweit richtig verstanden? – Bitte.

(Ratsherr Dr. Wlecke [Tierschutz Freie Wähler]: Zunächst einmal vielen Dank, dass Sie das so einräumen! Wir möchten gern diese beiden Punkte, auf die hier Bezug genommen wird, aus der Vorlage herausnehmen!)

– Welche? Das waren 2.2 a) 1. und 2., oder welche waren das?

(Ratsherr Dr. Wlecke [Tierschutz Freie Wähler]: Das waren 2. und 4.!)

– Am Kapeller Feld 60 und Am Buchholzer Busch, dort darf nach Auffassung Ihrer Fraktion keine Untersuchung stattfinden?

(Ratsherr Dr. Wlecke [Tierschutz Freie Wähler]: Genau!)

Gut.

(Ratsherr Mauersberger [CDU]: Wollen Sie es dann herausnehmen?)

– Nein, das ist ein Antrag. Er möchte, dass wir gesondert abstimmen. Nein, es ist in Ordnung. Es wird darauf Bezug genommen in der Beschlussdarstellung. Das wäre eine Verkürzung des Antragsrechts oder der Souveränität des Rates.

Herr Nicolin.

Ratsherr Nicolin (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Liberalen stimmen dem Handlungskonzept Garath 2.0 selbstverständlich zu. Der große Vorteil ist: Wir haben jetzt mit diesem Handlungskonzept endlich ein ganzheitliches Handlungskonzept und nicht mehr nur so ein Stückwerk, wie es über Jahre hinweg in Garath der Fall war.

Vorbildlich – das muss man hier auch mal erwähnen – war der Beteiligungsprozess in puncto Transparenz und Partizipation. Es wurden auch Kinder und Jugendliche daran beteiligt. Man ist in die Schulen gegangen, in denen die Kinder und Jugendlichen befragt worden sind. Das wurde über drei Workshops veranstaltet. Das ist wirklich etwas, was man hier besonders hervorheben muss.

Das, was auch sehr positiv zu erwähnen ist, ist die Akquisition von Fördermitteln. Es sind EFRE-Mittel in 80-prozentiger Höhe und Bundesmittel in 60-prozentiger Höhe akquiriert worden. Das ist auch besonders positiv anzumerken.

In puncto Verdichtung: Aus unserer Sicht ist die Verdichtung absolut tragbar. Das, was im gesamten Kontext allerdings noch fehlt, ist ein entsprechendes Verkehrskonzept für den Süden. Dieses Verkehrskonzept explizit für den Süden ist bereits seit mehr als zwei Jahren von meinem Kollegen Dr. Schork angefragt worden. Wenn man weiter verdichtet, generiert das natürlich auch mehr Verkehr. Deswegen würden wir auch ganz gern das Verkehrskonzept für den Süden bekommen. Hierzu meine Frage an die Verwaltung: Wann kann man mit dem Verkehrskonzept für den Süden rechnen?

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Zuschke, das können Sie, glaube ich, direkt beantworten.

Beigeordnete Zuschke: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ungeachtet dessen, dass für die Weiterentwicklung in Garath das Verkehrskonzept im Süden keine Relevanz entfaltet, weil das punktuellen Nachverdichtungen sind, die sich im derzeitigen Straßenraster sehr gut abwickeln lassen. Wir wissen, in welcher Zeit Garath entstanden ist. Es ist entstanden in einer Zeit, in der man dem Individualverkehr sehr viel Raum gegeben hat. Insofern haben wir diesbezüglich eine sehr komfortable Situation.

Sie haben trotzdem nach dem Verkehrskonzept im Süden gefragt. Wir hatten am Rande des Rates vor der Sitzung uns schon einmal kurz dazu ausgetauscht. Das Verkehrskonzept – das hatte ich auch in der BV gesagt – ist in diesem Jahr entsprechend beauftragt worden. Diese Info war Ende letzten Jahres. Es ist mittlerweile fast alles an Basisbetrieb erfasst worden. Ich habe bei der Durchsicht vor den Ferien festgestellt, dass einiges, was im Moment noch in der Genehmigung beziehungsweise in der prognostizierten Machbarkeitsstudie ist, noch nicht erfasst ist. Deswegen habe ich mir erlaubt, das noch in diese Grundlagenermittlung einzuspielen. Das ist der Grund, warum es noch ein bisschen länger dauert, weil das noch mitbehandelt werden soll, damit die Menschen sich auch ernst genommen fühlen und wissen, dass alles, was im Moment in dieser dynamischen Stadt auch immer noch dazukommt, mit erfasst wird und dann auch mit begutachtet wird. In diesem Jahr hören Sie noch etwas davon, und wenn es in diesem Jahr nicht klappt, dann zumindest am Anfang des nächsten Jahres. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Zuschke. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schlage vor, wir stimmen zunächst den Antrag von der Fraktion Tierschutz Freie Wähler ab, die aus der in der Beschlussfassung in Bezugnahme genommene Ziffer 2.2 lit. a) 2. und 4. herausnehmen möchte, also von vornherein keine vertiefte Prüfung zulassen möchte. Wer diesem Beschluss folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist Tierschutz Freie Wähler. Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit.

Dann komme ich jetzt zur Gesamtbeschlussdarstellung. Wer dieser folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen von Tierschutz Freie Wähler. Dann ist das einstimmig mit zwei Enthaltungen so beschlossen. – Vielen Dank.

6

Anträge

6.1

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Kein Empfang und keine Unterstützung für den Schießwettbewerb 2019 der Bundeswehr

01/ 178/2019

Oberbürgermeister Geisel: Wir kommen nun zu den Antragsrestanten aus der letzten Sitzung. – Frau Kraft-Dlangamandla.

Ratsfrau Kraft-Dlangamandla (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie kennen das schon von den letzten Jahren: Wir sind der Meinung, es wird immer dringender, dass man hier etwas dagegen unternimmt: kein Empfang und keine Herumballerei mit scharfen Waffen durch Zivilisten, wie das dort so läuft. Ich verweise auf das, was derzeit gesellschaftlich passiert: zahlreiche Anschläge, Terroranschläge oder sonst etwas mit scharfen Waffen. Es widerspricht sich, dass die Stadt, in der es auch einen „Mayor for Peace“ gibt, so etwas sozusagen unter ihrer Obhut anbietet, dass die Menschen dort herumschießen können.

Wir sollten lieber dorthin gehen und sagen: Waffen gehören nicht in die Hände von Zivilistinnen und Zivilisten. Ich will jetzt gar nicht über die Bundeswehr reden; das macht Frau Strack-Zimmermann, die uns jetzt wieder unterstellen wird, dass wir mit unserem Antrag die Bundeswehr abschaffen wollen, was hier überhaupt nicht steht. Wir denken, man sollte ein bisschen sensibler mit dem Thema Schießen mit Waffen und mit dem Verherrlichen von Waffen umgehen. Das ist der Hauptgrund, warum wir jedes Jahr immer wieder dieses Thema ansprechen. Insofern bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall von der Linken – Zuruf von Ratsherrn Figge [SPD])

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Dr. Strack-Zimmermann.

Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin, das ist doch schön – Sie sagten gerade, es werde immer dringender, dass Sie das jedes Jahr machen. Ich finde, dass es immer dringender wird, dass wir dagegehalten und auch dagege stimmen.

Sie sagen gerade, ich würde jetzt darüber sprechen, dass Sie gegen die Bundeswehr sind, aber das muss ich gar nicht, weil Sie, Die Linke, gegen die Bundeswehr sind.

(Zuruf von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Ich habe das große Vergnügen, im Bundestag neben Ihren Kollegen im Verteidigungsausschuss zu sitzen. Sie müssen mir also nicht sagen, was die Linken wollen und was sie nicht wollen.

Hier steht auch in Ihrem Antrag, es geht um einen Empfang für das Bundeswehr Landeskommando NRW.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Dort steht nichts von Abschaffen!)

– Doch, Herr Dr. Neu will sie abschaffen. Aber ich gebe Ihnen gern mal Unterlagen; das ist ja nicht so schlimm. Zudem sprechen Sie auch vom Verband der Reservisten. Wenn man einmal bei der Bundeswehr war und auch im Verband der Reservisten ist, ist man Teil dieser Bundeswehr. Wenn Sie, liebe Kollegin, wie Sie gerade eben gesagt haben, dieses Thema des Schießwettbewerbs „Kurfürst Jan Wellem“ in einem Atemzug mit – ich zitiere; Sie haben es gerade gesagt – Terroranschlägen mit Waffen nennen, wenn Sie diesen geistigen Kontext herstellen, ist Ihnen wirklich nicht mehr zu helfen. Ich sage Ihnen wieder und werde es auch immer wieder tun: Die Bundeswehr – 182.000 Soldatinnen und Soldaten, davon 4.000 im Ausland im Einsatz – ist Garant für Frieden und Freiheit, und zwar auch für Ihren Frieden und für Ihre Freiheit, auch für die Partei, die die Bundeswehr nicht will. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall von der FDP und vereinzelt von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Kraft-Dlangamandla.

Ratsfrau Kraft-Dlangamandla (Die Linke): Ich möchte das nur noch einmal klarstellen. Es steht dort nicht, dass wir die Abschaffung der Bundeswehr fordern, und es steht dort auch nicht, dass wir fordern, dass die Bundeswehr selbst nicht mit Waffen schießt. Das steht da nicht! Es geht um Zivilisten. Das steht dort, aber lesen muss man das richtig.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Oder richtig schreiben!)

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf den Antrag zur Abstimmung stellen. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke und die gesamte Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit.

6.2

Antrag der FDP-Ratsfraktion: Geschäftsführung der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH

01/ 190/2019

6.3

Antrag der CDU-Ratsfraktion: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement

01/ 194/2019

6.3.1

Änderungsantrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Organisationsstruktur Beteiligungsmanagement

01/ 241/2019

Oberbürgermeister Geisel: Ich würde vorschlagen, wir behandeln die Anträge gemeinsam. Dort gibt es gewisse ähnliche Sachverhalte, die dem zugrunde liegen. Ich nehme an, dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann darf ich um Wortmeldungen bitten. – Herr Neuenhaus und dann Herr Gutt.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Wir ziehen unseren Antrag zurück, weil wir einen Antrag mit den Grünen eingereicht haben, der danach aufgerufen wird.

(Ratsherr Raub [SPD]: Der ist doch schon aufgerufen!)

Oberbürgermeister Geisel: Dann haben wir nur noch den Antrag 6.3. Das ist der Antrag der CDU-Fraktion mit einem Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und FDP. – Herr Gutt.

Ratsherr Gutt (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieso haben beziehungsweise hatten wir eigentlich zu einem ähnlichen bis gleichen Sachverhalt drei Anträge hier vorliegen, die eine relativ ähnliche Zielrichtung verfolgen? Wie kam es eigentlich dazu? – An der Stelle muss man vielleicht auch im Hinblick auf die Sommerpause noch einmal daran erinnern, wie der Sachverhalt sich entwickelt hat.

Für uns als Mitglieder der CDU im Aufsichtsrat der Holding begann das Thema am Sonntag, den 26. Mai, mittags mit einer Mail aus dem OB-Büro, in der eine Gesprächseinladung für den darauffolgenden Dienstag, den 28. Mai, morgens 10 Uhr, enthalten war für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding. Das Gesprächsthema wurde nicht genannt. Dennoch muss es irgendwie im Laufe des Sonntags oder des darauffolgenden Montags weitere Informationen zum Inhalt des beabsichtigten OB-Gespräches gegeben haben, aber nicht an die CDU-Fraktion. Insofern sind wir mal völlig unverdächtig, irgendetwas an die Presse durchgestochen zu haben; denn wir waren nicht informiert. Aber am Montag rief die Presse uns an, also mich in persona, und fragte: Was halten Sie davon, dass der Oberbürgermeister einige Aufsichtsräte abgeben möchte und dafür einen Beteiligungsmanager installieren will?

(Zuruf von Ratsherrn Figge [SPD])

Darauf habe ich gesagt: Ja, das ist eine interessante Information; ich weiß nichts dazu. Ich habe nur eine Gesprächseinladung, die ich nicht wahrnehmen kann, für den morgigen Dienstag, wo mir das vielleicht erzählt werden sollte.

Zu diesem Gespräch am Dienstag ist es allerdings nicht gekommen. Abgesehen davon, dass ich beruflich verhindert war, hat es auch nicht stattgefunden. Das, was stattgefunden hat, war eine Pressekonferenz des Oberbürgermeisters. Er hat nämlich dann den Angriff nach vorn gewählt und gesagt: Ja, jetzt verkünde ich erst einmal der Presse, dass Herr Menke mein Beteiligungsmanager wird und ich mich aus diversen Aufsichtsräten zurückziehe.

Daraufhin gab es öffentliche Kritik von verschiedenen Seiten – natürlich auch hier aus dem Hause. Diese war so deutlich und heftig, dass schon wenige Tage nach dieser Pressekonferenz der von Ihnen wie auch immer gefundene Herr Menke – ich weiß nicht, wie Sie auf Herrn Menke gekommen sind und was Herr Menke aus Ihrer Sicht besonders für was auch immer qualifiziert – von sich aus zurückgezogen und gesagt hat: Nein, unter diesen Voraussetzungen würde er das auch nicht machen wollen.

Das Letzte, was wir als zuständige Aufsichtsratsmitglieder der Holding dazu noch von Ihnen gehört haben, war, dass Sie dann gegenüber der Presse erklärt haben, dass Sie selbstverständlich auch nach dem Rückzug von Herrn Menke weiterhin bei Ihrem Vorhaben bleiben wollen und es weiter verfolgen wollen, einen Beteiligungsmanager zu installieren.

Wir reden von einer Zeitachse Ende Mai. Wir haben jetzt Ende August. Das, was in der Zwischenzeit nicht passiert ist, und das finde ich ungeheuerlich, ist Folgendes: Sie halten es nicht für nötig, in diesem ganzen Zeitraum die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und/oder die Spitzen der Fraktionen darüber zu informieren oder mit denen in ein Gespräch zu kommen, was Sie überhaupt wollen. Es ist bis heute so, dass wir als zuständige Entscheidungsträger des Rates und des Aufsichtsgremiums alle Informationen zu diesem Thema lediglich aus der Presse erfahren. Es ist mittlerweile so – Ihre Amtsführung nimmt langsam wirklich autistische Züge an –, dass Sie nicht mehr bereit sind, die Entscheidungsgremien vorher mit einzubeziehen, sich vielleicht sogar mit denjenigen auszutauschen oder zumindest zu informieren. Ich frage mich, was Sie glauben, was eigentlich Bestandteil Ihrer Amtsführung ist. Ich sage es Ihnen: Ihre Amtsführung kann nicht sein, dass Sie Düsseldorf wie ein Fürstentum regieren, sondern Sie müssen sich schon an die Aufsichtsgremien und den Rat halten und sich auch mit diesen Gremien rückkoppeln.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ratsherrn Figge [SPD])

– Redet hier noch jemand anders als ich? – Nein! Dann müssen Sie sich melden.

Sie, Herr Oberbürgermeister, werden jedenfalls nicht allein die Geschicke Düsseldorfs bestimmen. Dazu werden der Rat und die Aufsichtsräte der Gremien noch ihr Wort beitragen. Insofern finde ich die Initiative der verschiedenen Fraktionen, die in dieselbe Richtung geht, sehr gut und richtig. Dennoch – das muss ich ganz ehrlich sagen – bin ich noch immer tief bestürzt, dass Sie nicht – –

(Ratsherr Volkenrath [SPD]: Oh!)

– Nein, das sage ich ganz ernst. Das ist keine Show. Das meine ich ernst.

(Lachen von der SPD – Zuruf von Ratsherrn Figge [SPD])

Sie mögen das alles vergessen haben, was 2014 erzählt wurde von dem neuen Politikstil, der jetzt endlich ins Rathaus einzieht.

(Beifall von der CDU – Ratsherr Figge [SPD]: Das ist er ja auch!)

Ich kann Ihnen aber sagen: Ich habe nicht vergessen! Ich gestehe sogar Herrn Oberbürgermeister Geisel zu, dass er am Anfang seiner Amtszeit anders war.

(Zurufe von der SPD)

Sie mögen es gar nicht glauben, aber es hat sogar Gespräche zwischen dem Oppositionsführer und dem Oberbürgermeister gegeben, von denen Sie gar keine Ahnung haben, –

(Zurufe von der SPD und der Linken: Oh!)

– die sehr vertrauensvoll waren.

Oberbürgermeister Geisel: Sie waren vertrauensvoll, aber ich bin trotzdem ein Freund der Transparenz, Herr Gutt. Darauf lege ich schon Wert.

Ratsherr Gutt (CDU): Ja, da kann ich Ihnen sagen, dass es auch vertrauensvolle Gespräche gibt, und ich halte das für absolut notwendig in einer Demokratie.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Das scheint sehr nachhaltig gewesen zu sein!)

In der Anfangszeit war das so. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass es auch mal nötig ist, über Fraktionsgrenzen hinweg in gewissen Fragen letztlich eine Einigung zu erzielen. Wenn man die Einigung nicht erzielen kann, so ist aber zwingend Voraussetzung, dass der Verwaltungschef vor seinen Entscheidungen informiert. Aber das passiert hier nicht.

Wenn Sie das nicht tun, wieso soll dieses Haus hier und der Aufsichtsrat demnächst überhaupt Vertrauen in das haben, was Sie vorhaben? – Wir kennen es nicht. Sie nehmen die Leute nicht mit, aber wir sollen möglicherweise einem Beteiligungsmanager in den Gremien zustimmen. Dazu muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist mit der CDU nicht zu machen! Entweder nimmt man uns mit, dann kann man mit uns auch arbeiten, oder man nimmt uns eben nicht mit, aber dann werden wir dagegen stimmen. So einfach ist das, Herr Oberbürgermeister.

(Beifall von der CDU)

Dann ist noch zu sagen: Als ich Ihre Pressemitteilung gelesen habe, mit der Sie den Ausstieg beziehungsweise den Rückzug aus diversen Aufsichtsräten begründet haben, habe ich schallend aufgelacht. Als einzige Begründung, warum Sie das tun, schreiben Sie oder lassen Sie von Ihren Leuten hineinschreiben, dass Sie mit diesem Schritt die Aufsichtsräte entpolitisieren wollen. Das ist doch schon eine bemerkenswerte Begründung. Abgesehen davon: Was ist das für ein Eingeständnis Ihres Wirkens in den Aufsichtsratsräten? Das nur mal so nebenbei, aber gut, wenn Sie das meinen.

Man kann darüber ja denken, was man will, aber man kann doch sicherlich nicht davon ausgehen, dass, wenn Sie das in Ihr Büro hineinziehen, irgendetwas entpolitisiert wird. Oder heißt das etwa, das Beteiligungsmanagement unter der Führung unserer Kämmerin Frau Schneider hätte bislang in ihrem Wirken politisiert? – Überhaupt nicht.

Oberbürgermeister Geisel: Hallo?

Ratsherr Gutt (CDU): Aber dadurch, dass das Beteiligungsmanagement aus ihrem Aufgabenbereich herausgezogen und zum Oberbürgermeisterbüro hingezogen werden soll, drückt sich nichts anderes aus als ein Misstrauen und eine Kritik an dem bisherigen Wirken von Frau Schneider und ihrem Team. Das weise ich als Fraktion zurück.

(Beifall von der CDU und Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP])

Ich kann Ihnen ausdrücklich sagen, Frau Schneider – und das, glaube ich, nicht nur für unsere Fraktion –, dass wir an Ihrer Arbeit und Ihrer Information überhaupt keinen Zweifel haben, dass dies immer objektiv geschehen ist und an dem Wohl der über 100 Beteiligungsgesellschaften der Stadt Düsseldorf orientiert ist. Wir haben keinen Anlass zur Kritik und danken Ihnen ausdrücklich für Ihr Wirken.

(Beifall von der CDU und Ratsfrau Lehmhaus [FDP])

So etwas mal eben en passant per Presseerklärung des Oberbürgermeisters in die Welt zu setzen, fand ich schon wirklich schlimm und schwer erträglich. Nun würde man meinen, wenn man die öffentliche Kritik oder auch die sicherlich interne Kritik sieht – es scheint auch bei der Ampel, mit Ausnahme der SPD, die alles mitträgt, –

(Heiterkeit von der CDU)

– auf Kritik gestoßen zu sein –, dass vielleicht ein Denkprozess beim Oberbürgermeister einsetzt, –

(Ratsfrau Leibauer [SPD]: Das Wort „Vertraulichkeit“ kennen Sie nicht!)

– dass er sagt: Oh, da habe ich mich vielleicht auch in der Kürze der Zeit etwas falsch verhalten, dann gehe ich jetzt vielleicht mal auf die Akteure zu, um zu schauen, ob ich vielleicht noch den einen oder anderen überzeugen kann. So würden normale Menschen vielleicht reagieren. Unser Oberbürgermeister tut das leider nicht. Er rennt weiter mit dem Kopf gegen die Wand. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt als Rat ein Zeichen setzen. Wir wollen das auch als CDU-Fraktion setzen. Wir sehen, dass wir hier drei relativ ähnliche Anträge ursprünglich hatten. Die Grünen und die FDP haben sich jetzt insofern committed, als dass sie, um ihre Schlagkraft zu stärken, daraus einen machen.

Wir als CDU schließen uns diesem Trend an; denn das sind praktisch gleichlautende Anträge. Insofern werden wir im Interesse der Sache unseren Antrag auch zurückziehen und dann diesem Antrag der Grünen und der FDP zustimmen, um so ein möglichst geschlossenes Zeichen des Rates zu setzen, dass wir mit der Arbeit des Beteiligungsmanagements – so, wie wir es in den letzten

Jahren erlebt haben – sehr zufrieden sind und dass wir uns auch sehr wünschen, dass das so bleibt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Raub. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Raub (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich kurzfassen: Herr Gutt, Sie haben hier gerade behauptet, die SPD-Fraktion würde hier alles mittragen. Sie trägt aber mit Sicherheit keine Sachen mit, von denen sie überzeugt ist, dass sie nicht mitzutragen sind. Der Antrag, der hier vorliegt, ist nicht mitzutragen, weil er in die alleinige Entscheidungshoheit des Oberbürgermeisters eingreift. Deswegen tragen wir diesen Antrag nicht mit und werden ihn ablehnen.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich kann man sich überlegen – dagegen haben wir als Freie Demokraten gar nichts –, ob man als Oberbürgermeister dort einen anderen Geschäftsführer einsetzt und ob man auch sagt, dass man einen hauptamtlich nimmt. Ich finde, das ist eine Überlegung, die ein Oberbürgermeister haben darf. Erst danach beginnt das Problem. An der Stelle war die Verwirrung über die Medien, weil wir alles über die Medien erfahren haben, sehr groß. Zunächst wurde jemand vorgeschlagen, der dann vorsichtshalber sofort wieder zurückgezogen hat in den Medien, weil er nicht so aufgenommen wurde, wie er es sich gedacht hat. Dann hieß es, der Oberbürgermeister würde auf jeden Fall einen Geschäftsführer einsetzen, auch ohne Zustimmung des Aufsichtsrats. Dann kam die Meldung: Nein, das geht überhaupt nicht. Das ist fest. – Da bekommt man nicht nur den Eindruck bei einer solch wirklich wichtigen Sache, dass sie nicht transparent ist, sondern dass hier vor allem schlecht gemanagt wird.

Auf einmal haben Sie ganz viel Widerstand gegen sich, der meiner Meinung nach überhaupt nicht notwendig gewesen wäre, weil der Aufsichtsrat der Holding nun nicht gerade dafür bekannt ist, dass er vor allem nur die Interessen der Stadt Düsseldorf wahrnimmt. Das ist keine Kampfgruppe. Wenn man die alle gegen sich aufbringt – ich habe erlebt, wie das vor der Sommerpause war –, dann sollte man sich vielleicht die Frage stellen, ob man den richtigen Weg gegangen ist. Dazu haben wir von Ihnen nichts gehört.

Die Kommunikation, die da nicht stattgefunden hat, ist für uns das Entscheidende, weshalb wir heute mit den Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion diesen gemeinsamen Antrag stellen, weil man so nicht miteinander umgehen kann; denn dann wehrt sich dieser Rat. Auch wenn ich der Holding und dem Aufsichtsrat nicht vorschreiben kann, was sie zu tun haben – wir haben das auch nicht vor –, können wir ihnen aber als Rat mitgeben, was wir gern hätten. Wir wissen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie darauf sehr sensibel hören. Deswegen haben wir die Hoffnung, dass wir an dieser Stelle sozusagen nach dem Ratsbeschluss mehr Gemeinsamkeiten haben als vorher.

Meine Damen und Herren, die Beteiligungsführung in der Kämmerei zu belassen, ist uns nach 20 Jahren Erfahrung mit unterschiedlichen Kämmerern und einer guten Verwaltung extrem wichtig. Wir möchten, dass das so abgewickelt wird. Wir haben so gute Erfahrungen mit der Kämmerei an der Stelle gemacht, dass wir daran nichts ändern wollen. Auch das ist selbstverständlich Ihre Organisationshoheit, Herr Oberbürgermeister, in die wir nicht eingreifen, aber vielleicht gibt es gleich eine Mehrheit in diesem Rat, die an Sie appelliert, das nicht zu ändern, was wir sehr bewährt und sehr erfolgreich hier seit vielen Jahren praktizieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Hebeler. – Ihr folgt noch einmal Herr Gutt.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich habe etwas abgewartet, bevor ich mich gemeldet habe, weil ich eigentlich erwartet habe, dass Sie die Gelegenheit nutzen, hier und heute uns Ihre Pläne beziehungsweise Ihre Vorstellungen, was Sie damit verbinden, das Beteiligungsmanagement so neu ordnen zu wollen, wie Sie es vor einigen Monaten vorgestellt haben, darzustellen. Schade, eine gute Gelegenheit verpasst.

Natürlich können wir den Antrag so stellen und auch so beschließen als Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf, weil die Stadt Gesellschafterin der Holding ist und nicht Sie, Herr Oberbürgermeister. Sie können natürlich innerhalb der Verwaltung Veränderungen innerhalb der Organisation vornehmen, aber die Bestellung der Geschäftsführung der Holding obliegt dem Aufsichtsrat. Das hat, glaube ich, auch Herr Menke irgendwann begriffen, dass Sie ihm da etwas versprochen haben, was Sie gar nicht halten konnten.

Wir waren auch, weil wir gar nicht wissen, welche Vorstellungen Sie mit einer hauptamtlichen Holding-Geschäftsführung verbinden, gar nicht gegen die Person, sondern gegen das Konstrukt. Die Holding verwaltet Geld, erwirtschaftet aber keine Gewinne. Das ist auch ein Hauptgrund dafür, dass die Geschäftsführung – aus guten Gründen – im Nebenamt läuft. Deswegen möchten wir das auch so belassen. Wie gesagt, wir glauben uns mit diesem Antrag auf der richtigen rechtlichen Seite, dass der Rat als Vertretung der Gesellschafterin Stadt Düsseldorf der Holding durchaus eine Empfehlung geben darf. Wie die Holding beziehungsweise der Aufsichtsrat der Holding damit umgeht, das wird der Aufsichtsrat der Holding dann weise bescheiden. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Gutt, Sie zuerst. – Anschließend folgt Herr Grenda, und dann würde ich Herrn Bürgermeister Conzen bitten. Ich hatte natürlich vor, Frau Hebeler, zu der Sache etwas zu sagen.

Ratsherr Gutt (CDU): Das ist sehr schön, Herr Oberbürgermeister. Ich halte Sie auch nicht lange davon ab, sondern ich wollte für die dann anschließende Abstimmung etwas klarstellen, weil ich mich vielleicht etwas missverständlich ausgedrückt habe. Es ist so, dass wir als CDU-Fraktion den neuen Änderungsantragsentwurf von Bündnis 90/Die Grünen und FDP übernehmen und unseren alten Entwurf zurückziehen. Insofern ist nachher ein Antrag in der Welt.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Gutt, ich darf Sie beruhigen, das ist mir natürlich auch gleich aufgefallen. Ich habe das selbstverständlich so interpretiert. Dass Sie nicht jegliche Abstimmung verhindern wollten, ist ja klar.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Das diene der Klarheit!)

Herr Grenda.

(Ratsfrau Leibauer [SPD]: Das hätten andere Oberbürgermeister so nicht gesagt!)

– Deswegen habe ich auch den Antrag von Herrn Dr. Wlecke zugelassen. Wir machen ja hier keine Geschäftsordnungstricks.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich jetzt schon vier Jahre hier bin, muss ich trotzdem mal eine Frage stellen. Ich habe das so verstanden: Der Aufsichtsrat der Holding ist vom Rat bestellt. Das, was ein Aufsichtsrat zu machen hat, sollte jedem, der darin sitzt, bewusst sein. In beiden Anträgen, die jetzt hier stehen, ist das aber nur ein Wunsch. Ich habe jetzt mal eben nachgeschaut: Bei soundso vielen Aufträgen, wenn wir Aufsichtsräte beauftragen, irgendetwas zu bestätigen, zu machen, zu

tun, wird das alles ganz anders formuliert. Darin steht nämlich ausdrücklich: Der Rat beauftragt den Aufsichtsrat, zuzustimmen oder Sonstiges.

Das, worüber ich mich hier total wundere, ist Folgendes: Die Politik ist gegen das, was Sie irgendwie geplant oder gemacht haben, und sagt jetzt: Wir sprechen uns dafür aus, dass da jetzt nichts passiert. – Ich sehe das so, wie es hier formuliert ist, ganz ehrlich nicht als klaren Handlungsauftrag für den gewählten Aufsichtsrat, sondern nur als Hinweis, man könnte doch so abstimmen. Wenn es aber so kommen sollte – egal, mit welchen Plänen der Bürgermeister das gleich bekannt gibt oder nächste Woche etwas anders macht –, der Aufsichtsrat könnte etwas ganz anderes beschließen und das dann gegen den Ratsbeschluss umsetzen.

Deswegen würde ich gern von denjenigen, die jetzt sagen: „Wir sprechen uns nur dafür aus“, erfahren, warum nicht ganz klar gesagt wird, dass es keinen externen Geschäftsführer sowie keine Umorganisation der Ressourcen gibt und der Aufsichtsrat sich dagegen auszusprechen hat. Wenn er es trotzdem machen sollte, kann man Klage erheben. Aber hier wird einfach nur eine Bitte geäußert. Und eines steht doch fest – das haben wir doch jetzt in vier Jahren mitbekommen –: Nachher ist es sowieso so. Denn das, was hier eben gesagt worden ist, dass unsere Beteiligungsfirma keinen Gewinn macht, warum wir die einzige Stadt sind, die mit unseren Firmen nicht irgendwo miteinander arbeitet, habe ich bis heute nicht verstanden. Das ist ein interner Ablauf, wozu ich sage: Da könnte man viel mehr machen; das hat man ja heute wieder mit der Mobilitätsgesellschaft und sonst etwas gesehen.

Deswegen würde ich gern nur eine Erklärung haben, ob dieser Punkt, wie er hier steht – man spricht sich dafür aus –, eine rechtsverbindliche Wirkung –

Oberbürgermeister Geisel: Nein.

Ratsherr Grenda (Piraten): – für den Aufsichtsrat hätte oder nicht. Ansonsten ist das nur Makulatur. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Bürgermeister Conzen, darf ich Sie hier in den Vorsitz bitten?

(Bürgermeister Conzen [CDU] übernimmt um 15.29 Uhr den Vorsitz.)

Bürgermeister Conzen (CDU): Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst Herr Grenda: Ich glaube, das unterscheidet Sie in der Tat insbesondere von den Mitgliedern der Fraktionen, die diesen Antrag – jetzt wurde der Antrag von FDP und Grüne übernommen – gestellt haben. Diese Anträge – ich weiß das durchaus wertzuschätzen – respektieren grundsätzlich die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters. Deswegen steht dort eben nicht, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, sondern dass sich der Rat dafür ausspricht oder dass der Rat dafür plädiert. Ich sage Ihnen: Selbstverständlich nehme ich das – wie immer das Votum ausgehen mag – sehr ernst. Das ist ein Thema, das mich natürlich auch bewegt.

Herr Gutt, Sie haben die Frage gestellt, was ich mit diesen Plänen eigentlich will. Zunächst einmal darf ich sagen: Diese Pläne sind nicht ganz neu. Ich habe sie zunächst und über längere Zeit ausschließlich und sehr ausführlich mit der Kämmerin diskutiert. Ich gebe auch unumwunden zu: Ein Motiv war auch, dass ich mich selbst entlasten möchte von einigen wichtigen Aufsichtsratsmandaten. Ich übertrage sie guten Gewissens der Kämmerin, weil ich weiß, dass sie dort in guten Händen sind. Das sind verantwortungsvolle Mandate, die ich gern ausübe, die ich auch – ich glaube, das wird mir niemand zum Vorwurf machen können – mit viel Sorgfalt und hohem Arbeitseinsatz ausübe. Ich muss aber sagen: Auch für mich hat der Tag 24 Stunden. Deswegen bin ich gewissermaßen Teil eines Gesamtkonzepts, das ich seit geraumer Zeit mit der Kämmerin besprochen habe.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Dann sollten wir sie mal fragen!)

– Natürlich können Sie sie fragen.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Das kann man auch im Schwimmbad machen – nur so am Rande!)

– Wir machen das nicht im Schwimmbad, nein. Das machen wir in sehr ernsthaften Diskussionen und Rücksprachen in meinem Büro oder im Büro der Kämmerin.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Das war nur ein Vorschlag wegen der 24 Stunden!)

Wenn Sie mich fragen, was außer dem Thema Entlastung dahintersteckt: Ich glaube, jeder weiß, das Beteiligungsvermögen der Landeshauptstadt Düsseldorf umfasst eine ganze Reihe nicht nur sehr werthaltiger, sondern auch strategisch sehr bedeutsamer Beteiligungen von wichtigen Unternehmen. Ich darf nur den Flughafen, die Messe, die Rheinbahn, die Stadtparkasse Düsseldorf, die IDR nennen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Die Trägerschaft der Sparkasse!)

– Ja, die Trägerschaft an der Stadtparkasse Düsseldorf, um es ganz präzise auszudrücken. Der Unterschied ist allerdings – gut, da gibt es philosophische Auslegungen jeglicher Art. Wir tragen jedenfalls die Verantwortung für sehr, sehr viel Beteiligungsvermögen.

Ich darf auch ausdrücklich sagen: Das ist nicht unser Vermögen, sondern das ist Vermögen, das dem Rat, das der Verwaltung treuhänderisch von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt anvertraut ist. Diese Bürgerinnen und Bürger können erwarten, dass wir sorgfältig dieses Beteiligungsvermögen verwalten, dass wir dies im Interesse der Eigentümer, nämlich der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, tun. Deswegen bedarf es hierfür auch eines hinreichenden Ressourceneinsatzes.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich möchte nicht sagen, dass es schlecht gelaufen ist, aber wenn ich es vergleiche insbesondere mit privaten Mitgeschaftern städtischer Beteiligungen, mit welchem finanziellen, personellen und generellen Ressourcenaufwand die ihre Beteiligungen führen, dann ist es erstaunlich, dass es bei der Landeshauptstadt Düsseldorf im Wesentlichen eine Abteilung in einem Amt ist, durch die diese Beteiligungen geführt werden.

Ich persönlich glaube, dass dies in der Tat ein nicht hinreichender Ressourceneinsatz ist, insbesondere bei den Beteiligungen, wo wir mit privaten Mitgeschaftern die Gesellschafterverantwortung teilen und wo es richtig ist, dass wir denen auf Augenhöhe begegnen. Deswegen ist es, glaube ich, richtig, dass wir ressourcenmäßig die Sache verstärken, dass wir tatsächlich einen professionellen Beteiligungsmanager oder eine Beteiligungsmanagerin für diese Aufgabe einsetzen. Ich glaube, das ist angemessen, und ich glaube, an dem Punkt sollte ich auf jeden Fall festhalten.

Was die Zuordnung angeht, so ist es einfach so: Dafür gibt es entsprechende Handreichungen, etwa des Deutschen Städtetages. Es gibt kein eindeutiges Modell, aber es gibt generell die Regel: Je bedeutsamer das Beteiligungsvermögen ist, desto eher sollte es unmittelbar bei der Stadtspitze aufgehängt sein. So ist es jedenfalls in den meisten Großstädten, die über vergleichbare Stadtkonzerne verfügen, wie es die Landeshauptstadt Düsseldorf tut.

Vor dem Hintergrund bitte ich um Verständnis. Das ist eine Sache, die ich mir sehr sorgfältig überlegt habe. Ich habe – um das auch noch zu sagen – im Vorfeld natürlich zunächst mit der Kämmerin und mit einigen von Ihnen auch sehr vertrauliche Gespräche geführt. Es ist nicht so, dass ich hier mit dem Kopf durch die Wand und ohne jegliches Gespräch diese Pläne verfolgt habe.

Es ist aber, glaube ich, generell so, dass man derartige organisatorische Dinge zunächst in einem kleinen Kreis besprechen sollte. Wir haben die Erfahrungen gemacht, dass viele Personen bereits in Diskussionen im Vorfeld – in Anführungszeichen – „verbrannt“ wurden. Das macht es nicht leichter für die Landeshauptstadt Düsseldorf, um das ganz klar zu sagen, zukünftige geeignetes, kompetentes Führungspersonal zu finden.

In diesem Sinne darf ich sagen: Es geht mir auf der einen Seite darum, dass die Verwaltung des Beteiligungsvermögens, das wir treuhänderisch für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt verwalten, professionell und mit der gebührenden Sorgfalt und mit dem hinreichenden Mitteleinsatz geschieht.

Das zweite Thema ist selbstverständlich auch, dass der Service, den Sie als vom Rat entsandte Mitglieder von Aufsichtsräten erfahren, entsprechend gut ist. Frau Hebler, vielleicht noch ein Hinweis: Ich war wirklich etwas überrascht, dass man sagte, die Geschäftsführung der Holding sollte weiterhin im Nebenjob gemacht werden, die Sache sei nicht bedeutend genug, als dass man – –

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nie behauptet! Das hat nichts mit Bedeutung zu tun! Nein, nein, nein!)

– So stand es in dem Antrag.

Ich will es mal so sagen: Wenn es bedeutend ist, kann man nicht erwarten, dass es im Nebenjob gemanagt wird.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Zumal, wenn in der Holding ein 16-köpfiger Aufsichtsrat die Aufsicht übernimmt, dann ist es, glaube ich, auch angemessen, dass die Geschäftsführung ein entsprechendes Gewicht haben sollte.

So viel zur Erklärung des Vorgehens. Ich halte an den Plänen fest. Sobald Dinge diskussionsfähig sind, sobald tatsächlich entscheidungsfähige Pläne vorliegen, werde ich selbstverständlich das Gespräch mit Ihnen suchen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Oberbürgermeister Geisel übernimmt um 15.36 Uhr wieder den Vorsitz.)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Gutt. – Oh, Entschuldigung!

(Ratsherr Gutt [CDU]: Ist noch jemand vorher?)

Herr Dr. Wlecke. Entschuldigung! Herrn Dr. Wlecke, Herrn Neuenhaus, Herrn Gutt und Frau Hebler habe ich auf der Redeliste.

Ratsherr Dr. Wlecke (Tierschutz Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Stadt Düsseldorf hat die Größenordnung und die Komplexität eines börsennotierten Großkonzerns. Es wurde gerade schon genannt, welche bedeutenden Beteiligungen wir haben. Ich will das nicht wiederholen, was Herr Oberbürgermeister Geisel gesagt hat, das ist richtig.

Ich finde es vernünftig, das Beteiligungsmanagement in eine professionelle Struktur zu legen. Deswegen kann ich hier für Tierschutz Freie Wähler erklären: Wir unterstützen diesen Vorschlag. – Vielen Dank.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Das ist aber sehr charmant Frau Schneider gegenüber! Super! – Ratsherr Dr. Wlecke [Tierschutz Freie Wähler]: Es wundert mich, dass gerade Sie das sagen! – Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ja, genau! 100 Punkte!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Neuenhaus.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Herr Oberbürgermeister, bei Ihren Ausführungen stimme ich Ihnen insoweit zu, dass heute Donnerstag ist, aber alles andere lehne ich an dieser Stelle ab.

(Beifall von der FDP und Ratsherrn Gutt [CDU])

Meine Damen und Herren, der Eindruck, der hier erweckt wird – das ärgert mich jetzt richtig, selbst wenn man das ändern will –, ist, als wären das Beteiligungsmanagement und die Kämmerei bisher unprofessionell vorgegangen.

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! – Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Genau, so klingt das! – Beifall von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsherrn Gutt [CDU])

Das sollten wir, finde ich, hier nicht stehen lassen.

Es ist Ihr gutes Recht – das habe ich eben auch gesagt –, zu überlegen, wer dort Geschäftsführer wird, aber bitte tun Sie es mit allen auf Augenhöhe. Das ist etwas, was uns alle hier betrifft. Von hier wird der Aufsichtsrat der Holding entsandt. Es ist für den Rat etwas extrem Wichtiges, dass die Gesellschaften der Stadt so funktionieren, wie es die Bevölkerung erwarten kann. Aber den Eindruck zu erwecken – das haben Sie sicherlich nur unabsichtlich getan –, als wäre das in den letzten Jahren unprofessionell gewesen, den kann ich aus 20 Jahren Gesellschaften und Aufsichtsräten definitiv nicht teilen.

(Zuruf von Ratsherrn Figge [SPD])

Wenn Sie einen Geschäftsführer einsetzen wollen – wir haben zum Beispiel darüber gesprochen –, dann kann ich mir vorstellen, dass man das anders macht. Verstehen Sie mich nicht falsch; das habe ich eben auch gesagt. Aber dann geht das nicht so. Das kann man nicht so machen. Dann müssen Sie das Vertrauen des Aufsichtsrats erwerben und müssen mit ihm zusammen überlegen, wie man den besten zusätzlich findet. Und dann sollte man nicht die arme Frau Schneider loben, die sich hier nicht wehren kann, bis man sozusagen im Lob erstickt, –

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Genau, giftige Umarmung!)

– ohne dass überhaupt noch zur Kenntnis genommen wird, was hier eigentlich geändert wird. Das geht nicht.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Genau!)

So etwas kann man ändern, aber dann mit allen zusammen. Das ist nicht transparent, sondern Sie versuchen, Macht an einer Stelle für sich persönlich als Oberbürgermeister zu bündeln, worauf wir gern unsere Augen hätten. Darum geht es. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Ratsherrn Gutt [CDU])

Oberbürgermeister Geisel: Herr Gutt. – Ihm folgt Frau Hebler.

Ratsherr Gutt (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, weil Herr Neuenhaus mir wirklich aus dem Herzen gesprochen hat, denn ich werte das genauso. Aber ich möchte das Ganze auf einen Punkt zuspitzen, Herr Oberbürgermeister: Sie haben vorhin die Erfordernisse, die Anforderungen für das Beteiligungsmanagement aus Ihrer Sicht beschrieben. Sie haben dabei wörtlich das so umschrieben, indem Sie gesagt haben, Sie haben die Erwartung, dass das Beteiligungsmanagement professionell und mit der gebührenden Sorgfalt erledigt wird. Jetzt frage ich Sie ganz konkret: Sind Sie der Auffassung, dass das bisherige Beteiligungsmanagement nicht professionell und nicht mit der gebührenden Sorgfalt agiert?

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe das Thema „in etwa in Augenhöhe mit privaten Mitgesellschaftern“ genannt.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Kann man das vom Redepult aus machen? Können wir uns an ein paar Regeln halten? – Ratsherr Gutt [CDU]: Ja, vielleicht an ein paar Regeln halten!)

– Okay, dann müssen Sie noch einmal ran, Herr Conzen.

(Bürgermeister Conzen [CDU] übernimmt um 15.41 Uhr den Vorsitz.)

Bürgermeister Conzen (CDU): Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Geisel: Ich möchte nur eines festhalten – das habe ich, glaube ich, auch sehr deutlich gesagt –: Ich habe nicht gesagt, dass die dort tätigen Mitarbeiter einen schlechten Job machen. Ich habe gesagt, es geht um das Thema Augenhöhe.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ja, schon wieder die Augenhöhe! Das ist alles relativ! Sind es Hühneraugen oder richtig Augenhöhe? – Ratsfrau Lehmhaus [FDP]: Wer guckt hoch und wer guckt runter?)

Ganz ehrlich, wenn ich mir anschau: Wir haben zwei wesentliche Beteiligungen.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ja, wer guckt hoch und wer runter?)

– Lassen Sie mich doch mal ausreden, Frau Dr. Strack-Zimmermann, oder wollen Sie das gar nicht hören? Wollen Sie es hören? – Es ist gerade eine Frage gestellt worden, die ich jetzt beantworten möchte.

Wir haben zwei wesentliche Beteiligungen beziehungsweise wir haben sehr viele, aber zwei wesentliche. Da haben wir private Mitgesellschafter. Das sind die Stadtwerke, und das ist der Flughafen. Ich glaube schon, dass es einen Unterschied macht, ob man einen professionellen hauptberuflichen Beteiligungsmanager diese Beteiligung führen lässt – so, wie es selbstverständlich die privaten Mitgesellschafter auch tun – oder einen Abteilungsleiter in einem Amt, in einem Dezernat. Das ist ein Thema, das hat weniger etwas mit der Qualifikation, der Sorgfalt und dem – wenn Sie so wollen – professionellen Verständnis der Mitarbeiter zu tun, sondern das ist das Thema der Augenhöhe bei der Beteiligungsführung.

Wie gesagt, ich bin durchaus der Meinung, dass der Wert und die Bedeutung unseres Beteiligungsportfolios es rechtfertigt, dass wir sagen: Wir legen das in hauptberufliche Hände einer Persönlichkeit. Ich bin überzeugt, Herr Dr. Menke wäre so eine gewesen von seinem beruflichen Hintergrund her. Ich bedaure auch die Art, wie mit ihm umgegangen wurde. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen. Das wäre eine Persönlichkeit – –

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Sie haben ihn doch davorgezerrt!)

– Moment! Hallo!

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, von wem wurde das gemacht?)

– Er wurde abgelehnt von Personen – –

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wer hat denn eine Pressekonferenz abgehalten? – Frau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Sie haben ihn doch davorgezerrt!)

– Entschuldigung! Lassen Sie mich doch ausreden. Oder sagen Sie noch etwas, Frau Dr. Strack-Zimmermann.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Sie haben ihn doch in die Öffentlichkeit gezerrt, bevor jemand gefragt wurde!)

Moment! Ich habe, Herr Hartnigk, mit einigen hier anwesenden Personen gesprochen. Zweitens würde ich sagen: Das, was ich mich in der Tat erstaunt hat, war, dass er abgelehnt wurde von Personen, die ihn noch nie gesehen, geschweige denn je gesprochen hatten und die auch ein Angebot, ihn kennenzulernen, nicht annehmen wollten. Das fand ich in der Tat erstaunlich. Aber gut, das ist Vergangenheit.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Die FDP hat wenigstens ein Angebot bekommen! Wir haben als CDU noch nicht mal ein Angebot bekommen!)

– Das ist dummerweise durch eine Indiskretion so gewesen. Sie haben ja davon berichtet, dass ich Sie rechtzeitig eingeladen hatte, dass ich mit Ihnen das Gespräch gesucht habe. Das ist nun dummerweise durch eine Indiskretion in die Zeitung vorher gelangt. Da musste man handeln, bevor dann irgendwelche – –

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ach, die Indiskretion! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das ist wenig professionell!)

Meinen Sie, dass ich das an die Zeitung gesteckt habe?

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Wer denn sonst?)

– Ja, natürlich! Für welchen Idioten halten Sie mich eigentlich, Frau Dr. Strack-Zimmermann?

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Da müssen Sie ein bisschen früher aufstehen!)

So viel zu dem Thema Augenhöhe, Professionalität und angemessener Ressourceneinsatz. – Vielen Dank.

(Oberbürgermeister Geisel übernimmt um 15.44 Uhr wieder den Vorsitz.)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Hebeler.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, noch einmal zu drei Punkten. Ich weiß immer noch nicht, was Sie mit „Augenhöhe“ meinen und was Sie beim Flughafen oder bei den Stadtwerken irgendwie mehr herausholen wollen, wenn man das, was Sie vorhin gesagt haben, mal so richtig sacken lässt.

Also die städtischen Beteiligungen, zum Beispiel die Rheinbahn, die arbeitet in unserem Auftrag und erfüllt Daseinsvorsorge, und mit dem Geld, was sie dafür bekommt, geht sie so sorgsam um, wie sie es tut, und die Rheinbahn hat einen eigenen Aufsichtsrat. Das heißt, bei der Rheinbahn läuft doch alles. Wenn der Vorstand gut arbeitet und der Aufsichtsrat gut arbeitet, dann geht die Rheinbahn sorgfältig mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger um.

Von daher weiß ich nicht, was die Rheinbahn davon halten würde, wenn da noch so ein Beteiligungsmanager irgendwie dazwischenfunken würde – mit welchem Auftrag auch immer. Das betrifft alle anderen städtischen Beteiligungen auch. Die gehen mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger sorgfältig um und erfüllen ihre Aufgaben zum Teil im Auftrag der Stadt, beim Flughafen, okay, –

(Zuruf von Ratsfrau Leibauer [SPD])

– Fliegen ist Privatsache.

Noch einmal zur Person: Ich hatte vorhin schon gesagt, unsere Kritik richtet sich in erster Linie nicht gegen die Person, sondern gegen das Konstrukt, und das bleibt auch so. In der Holding sind nur sechs Beteiligungen zusammengefasst. Die Stadtwerke gehören zum Beispiel nicht dazu. Also, mit welcher Legitimation sollte eine hauptamtliche Geschäftsführung der Holding bei den Stadtwerken vorstellig werden –

Oberbürgermeister Geisel: Die Beteiligung der Stadtwerke wird von der Holding geführt.

Ratsfrau Hebler (Bündnis 90/Die Grünen): – und mit denen etwas besprechen wollen? Wenn die Geschäftsführung von der Holding bezahlt wird, kann sie auch nur im Rahmen der Beteiligungen tätig werden, die bei der Holding zusammengefasst sind.

Noch einmal: Aus gutem Grunde sind die beiden Geschäftsführungen der Holding im Nebenamt, weil eben dahinter eine Abteilung der Kämmerei steht, die das Ganze managt. Das machen nicht die beiden Geschäftsführer der Holding, sondern die Abteilung der Kämmerei. Diese ist groß genug und professionell genug dafür ausgestattet.

Wir bleiben dabei: Bei der Holding braucht es keine hauptamtliche Geschäftsführung, um die Beteiligungen irgendwie – ich weiß immer noch nicht, wie – zu managen. Und wenn es bei Ihnen bleibt, werden wir es auch nie erfahren, mit welchem Auftrag der hauptamtliche Beteiligungsmanager da loszieht.

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf nur darauf hinweisen, dass sowohl die Beteiligung an den Stadtwerken als auch die Beteiligung am Flughafen von der Holding gehalten wird, Frau Hebler. Das sollten Sie eigentlich als Aufsichtsratsvorsitzende wissen.

Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? – Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Es ist jetzt noch geblieben der vormalige Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen, der vom ursprünglichen Antragsteller CDU übernommen wurde, den ich damit zur Abstimmung stellen möchte. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP, CDU, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind der Oberbürgermeister, die SPD-Fraktion, Tierschutz Freie Wähler. Ersteres war die Mehrheit. Damit sind wir bei Punkt 6.2 und Punkt 6.3 durch.

6.4

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum im Gebiet der Landeshauptstadt Düsseldorf (Zweckentfremdungssatzung)

01/ 192/2019

6.5

Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Satzung der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Schutz und Erhalt von Wohnraum (Wohnraumschutzsatzung)

01/ 211/2019

6.5.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Wohnraumschutzsatzung

RAT/043/2019

6.5.2

Änderungsantrag des Ratsherrn Grenda: Wohnraumschutzsatzung

RAT/041/2019

Oberbürgermeister Geisel: Es wäre sinnvoll, wenn wir das gemeinsam beraten. Bestehen Bedenken, dass wir die Punkte gemeinsam behandeln? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich um Wortmeldungen bitten. – Herr Pfundner.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach mittlerweile etwa sieben Jahren, als das Thema zum ersten Mal hier im Rat oder im Wohnungsausschuss aufgetaucht ist, kann es heute sein, dass wir eine Wohnraumschutzsatzung beschließen. Wir haben in den vergangenen drei Jahren als Linksfraktion mehrfach versucht, das Thema auf die Tagesordnung zu bekommen und einen Beschluss herbeizuführen. Das war mit erheblichem Aufwand, aber auch mit großen Schwierigkeiten innerhalb des Rates verbunden. Aber offensichtlich ist der Druck so stark geworden, dass jetzt auch von der Ampel ein Entwurf in den Rat gebracht wurde. Jetzt stehen sich unser Entwurf und der Entwurf der Ampel gegenüber.

Ausgangsposition ist das jahrzehntelange Scheitern der Wohnungspolitik in Düsseldorf, weil immer nach dem Prinzip verfahren wurde – –

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Und die Erde ist eine Scheibe!)

– Hören Sie doch erst mal zu;

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Dass die Erde eine Scheibe ist?)

– vielleicht verstehen Sie dann, wie der Kapitalismus funktioniert.

(Beifall von der Linken und Lachen von der SPD)

Jahrzehntelang ist versucht worden, mit privaten Investoren das Wohnungsproblem zu lösen. Das Ergebnis sehen wir jetzt: Der soziale Wohnungsbau ist immer mehr zurückgegangen, die Mieten steigen, Eigentum wird immer teurer. Die Ideologie, der Markt regle das schon und privat gehe es besser, ist gescheitert.

(Beifall von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Der Optimismus unseres Oberbürgermeisters kurz nach Amtsantritt, als er sagte, er möchte dafür sorgen, dass 3.000 Wohnungen jedes Jahr gebaut werden und davon 1.000 öffentlich gefördert, ist

auch gescheitert – bis jetzt. Das zeigt, mit „bauen, bauen, bauen“ bekommt man die Probleme nicht in den Griff.

Das Ergebnis 2017 war, dass 2.082 Wohnungen insgesamt neu gebaut wurden, davon 1.084 Eigentumswohnungen, 832 teure Mietwohnungen, aber nur 156 öffentlich geförderte Wohnungen, davon die Hälfte von der städtischen Wohnungsgesellschaft. Jetzt könnte man die Hoffnung haben, dass es sich positiv entwickelt. Die 156 öffentlich geförderten Wohnungen aus dem Jahr 2017 sind auf 106 in 2018 reduziert worden. Also ein Rückgang um 30 Prozent.

Im Wohnungsmarktbericht der Stadt für 2017 ist dargestellt, dass 356.661 Wohneinheiten in der Stadt mit einem Durchschnitt von 75 Quadratmetern bestehen. Das bedeutet, für jeweils zwei Einwohnerinnen und Einwohner – egal, ob Kind, Erwachsener oder alter Mensch – stehen 75 Quadratmeter zur Verfügung. Man könnte meinen, das reicht, aber das ist natürlich nicht so einfach. Man kann ja nicht alle aus der Wohnung holen und neu verteilen. Das funktioniert natürlich nicht. Aber das zeigt, dass falsch gebaut wurde. Das ist das eigentliche Problem.

Inzwischen sind 3,6 Prozent von diesen Wohnungen Leerstand. Das sind offizielle Zahlen, die auch von den Stadtwerken ermittelt wurden. 20 Prozent sind Eigentumswohnungen und 4,5 Prozent Sozialwohnungen mit abnehmender Tendenz. 4,5 Prozent für 50 Prozent der Bevölkerung, die einen Anspruch auf Sozialwohnungen haben – dies führte zu einem erheblichen Problem, nämlich zu einer Wohnungsnot bei niedrigem und mittlerem Einkommen. Das bedeutet für uns: Die Politik muss handeln.

Ich will mal zwei Beispiele von dieser Entwicklung bringen. Einmal die Rheinbahn-Wohnungen: Das waren Werkwohnungen der Rheinbahn. Die sind verkauft worden an die DWG GmbH. Die gehört nicht zur Genossenschaft, sondern ist eine Tochter der DWG. Da sind in Kaiserswerth 112 Wohnungen inzwischen zum großen Teil entmietet worden; die stehen zum Teil seit vier oder fünf Jahren leer, die sollen abgerissen und durch teure Wohnungen ersetzt werden. Der Mietpreis für diese Wohnungen lag unter 4 Euro pro Quadratmeter. Das ist eine Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum.

Dann will ich noch ein anderes Beispiel bringen – hier aus unserer unmittelbaren Nähe –, und zwar das Andreasquartier. Das ist vor zwei Jahren eröffnet worden, und unser Herr Oberbürgermeister meinte, das wäre das neue Wahrzeichen von Düsseldorf.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Wohnzimmer!)

Oberbürgermeister Geisel: Wohnzimmer, ja.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): In der Rede hat er „Wahrzeichen“ gesagt.

Oberbürgermeister Geisel: Bestimmt nicht.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Das steht auf seinem Zettel! – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Wohnzimmer, aber ist auch egal! – Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Oder Schlafzimmer!)

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Ich habe gerade gehört, das ist egal, Frau Strack-Zimmermann.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Wir wissen, was gemeint ist!)

Dort werden immer noch 1-, 2-, 3- oder 4-Zimmer-Wohnungen angeboten zu einem Preis von 4.000 bis 16.000 Euro pro Quadratmeter. Ich will mal vorlesen, mit welchem Text der Investor für den Verkauf dieser Wohnungen im Andreasquartier wirbt. Das ist die Frankonia Eurobau AG. Die schreiben auf der Homepage:

„Unsere Neubauprojekte lohnen sich nicht nur für den anspruchsvollen Eigennutzer, sondern auch für Kapitalanleger, die steigende Werte und nachhaltige Renditen von dauerhafter Qualität schätzen.“

Hier wird offen für Spekulationen mit Wohnraum geworben.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Pfundner, ich unterbreche Sie ungern, aber es sollte etwas mit dem Antrag zu tun haben, den Sie einbringen. Das „Wohnzimmer von Düsseldorf“ ist noch nicht unmittelbar zweckentfremdet.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Doch, natürlich. Wenn damit spekuliert wird, dass Wohnungen leer stehen, ist das zweckentfremdet.

Oberbürgermeister Geisel: Das ist das Wohnzimmer noch nicht.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Aber Sie haben Glück gehabt, ich bin mit der Einleitung fertig.

(Lachen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Ratsherr Dr. Fils [CDU]: Dann können wir jetzt einen Kaffee trinken! – Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Jetzt kommen wir zur Sache!)

Ich komme jetzt zu unserem Antrag.

(Lachen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Das ist schön.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Der Antrag selbst besteht aus zwei Teilen, einmal die Satzung, die im Anhang steht, und dann wollen wir einen Beschluss herbeiführen, dass im Wohnungsamt eine Abteilung Wohnungsschutz eingerichtet wird und das notwendige Personal zur Umsetzung der Satzung eingestellt und geschult wird und dann die Arbeit aufnehmen kann. Das ist unserer Meinung nach ein ganz wichtiger Punkt. Ich will aber auch mal auf die Satzung der Ampel kommen: Darin steht das nicht, und zwar aus gutem Grund; denn um die Ampelsatzung umzusetzen, benötigt man kein Personal, weil sie völlig wirkungslos ist.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: So ist es! – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Doch!)

In unserem § 1 zur Satzung haben wir festgehalten, dass erhöhter Wohnungsbedarf besteht hinsichtlich bezahlbarer Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen. Das fehlt in der Ampelsatzung. Darin steht nur: Es besteht ein erhöhter Wohnungsbedarf. Nur, wohin das führt mit „bauen, bauen, bauen“, das wissen wir: Es werden Wohnungen gebaut, die wir letztlich nicht benötigen.

Ein weiteres Manko der Ampelsatzung ist, dass es um frei finanzierten Wohnungsbau geht. Es gehört aber mit hinein, dass nach Ablauf der Preisbindung auch öffentlich geförderter Wohnungsraum betroffen sein muss. Das steht nicht darin, und das kann zu erheblichen, auch rechtlichen Auseinandersetzungen führen.

§ 2 ist klar: Was ist Wohnraum? – Dann möchte ich aber auf die Ampelsatzung kommen: Kein Wohnraum im Sinne dieser Satzung liegt vor, wenn „der Raum bereits vor dem Inkrafttreten dieser Satzung und seitdem ohne Unterbrechung anderen als Wohnzwecken dient“. Was heißt „anderen als Wohnzwecken“? – Das ist einmal, wenn die Wohnungen über Airbnb an Touristen vermietet werden oder über andere Portale im Internet. Andere Zwecke als Wohnen sind zudem, wenn die Wohnungen bewusst leer stehen und damit spekuliert wird in der Hoffnung, dass sie in einigen

Jahren wesentlich teurer weiterverkauft werden können. Das ergibt sich aus diesem Text, und das allein ist eigentlich schon Grund, diese Satzung abzulehnen.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: So ist es!)

Dann zur Frage: Was ist Zweckentfremdung? – Wir legen fest: Zweckentfremdung ist, wenn eine Wohnung länger als drei Monate leer steht. Diese Formulierung findet sich in allen Satzungen – von München bis Münster, Bonn, Köln. Die Ampel nimmt sechs Monate hinein. Wollen Sie damit den Zweckentfremdern mehr Möglichkeiten geben, oder was ist der Sinn dieser Sache? – Wir sagen: Diese sechs Monate müssen auf drei Monate geändert werden.

Im nächsten Punkt geht es darum: Was ist Zweckentfremdung? – Da geht es um diese sechs Monate, aber dann steht da:

„Eine Zweckentfremdung liegt nicht vor, wenn
1. Wohnraum nachweislich zügig umgebaut, instand gesetzt oder modernisiert wird oder veräußert werden soll [...].“

Deswegen darf sie nicht länger als zwölf Monate leer stehen. Was bedeutet das in der Praxis? – Das bedeutet in der Praxis: Wenn ein Mieter die Wohnung gekündigt hat und er zieht aus, dann kann der Vermieter beziehungsweise der Eigentümer diese in eine Eigentumswohnung umwandeln. Zudem kann er sie zwölf Monate leer stehen lassen, um sie auf dem Markt anzubieten. Das ist eine katastrophale Formulierung. Ich kann mir vorstellen, dass die Wohnungsspekulanten bereits den Sekt kaltgestellt haben, als sie das gelesen haben – in der Hoffnung, das kommt so durch.

(Ratsherr Herz [SPD]: Sekt kaltstellen – was soll der Blödsinn? Warum sollten die den Sekt kaltstellen? Jetzt können sie es doch drei Jahre stehen lassen!)

In § 4 geht es um die Genehmigung. Darin steht:

„Eine Genehmigung zur Zweckentfremdung wird auf Antrag erteilt [...].“

Wird auf Antrag erteilt!

Wir haben formuliert: In Ausnahmefällen kann die Genehmigung erteilt werden. Das bedeutet, die Beweispflicht ist umgedreht worden. Das ist natürlich eine große Erleichterung für die Zweckentfremder, die weiter so handeln wollen.

Dann steht dort weiter:

„Wenn sechs Monate nach Antragstellung keine Entscheidung von der Verwaltung vorliegt, gilt die Genehmigung als erteilt.“

Dort gehört natürlich hinein: Wenn keine Genehmigung vorliegt, dann ist die Genehmigung nicht erteilt. Die brauchen die Genehmigung.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP] lacht.)

– Ja, Sie lachen da. Ich komme gleich noch einmal auf Ihre Münster-Geschichte.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Davon bin ich überzeugt! – Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Ja, dann lassen Sie sich mal Zeit!)

Das, was unbedingt in eine Satzung gehört, ist Auskunfts- und Betretungsrecht für die Verwaltung. Das ist ganz raus aus der Satzung der Ampel. Aber wie will man kontrollieren, wenn man nicht das

Recht auf Auskunft und auf Betretung hat? Nach § 11 Ziffer 4 des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW kann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung insoweit eingeschränkt werden. Es ist also rechtlich korrekt, wenn das gemacht wird.

Ich will nicht alle Punkte nennen; hier gibt es eine ganze Menge.

Unter § 7 heißt es:

„Bei einer ungenehmigten Zweckentfremdung von Wohnraum kann [...] aufgegeben werden, die Zweckentfremdung [...].“

Die Zweckentfremdung ist ungenehmigt, wird weitergeführt, und dann kann die Verwaltung je nach Gutdünken aufgeben, dass das beendet wird. Das braucht sie aber nicht. Da lässt man völlig im Unklaren, wie das dort gehandhabt werden soll.

In unserem § 11 haben wir festgelegt, dass Wohnraum, der zweckentfremdet wird, also so, wie das in der Ampelsatzung in § 2 Absatz 3 Ziffer 2 steht, wenn also bisher zweckentfremdet wird, kann man das weitermachen. Da sagen wir, dass „Wohnraum, der bereits vor Inkrafttreten dieser Satzung und seitdem ohne Unterbrechung“ zweckentfremdet wird, nach drei Monaten unter diese Satzung fällt.

(Beifall von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Das ist eine ganz saubere Regelung. Damit kann man dann auch hantieren, und man gibt der Verwaltung die Möglichkeiten zu handeln.

Das zeigt auch, dass hier wirklich schlampig gearbeitet wurde von der Ampel, und zwar § 10 „Inkrafttreten, Außerkrafttreten“:

„Sie tritt 2 Jahre nach ihrer Veröffentlichung außer Kraft [...].“

In § 10 des Wohnungsaufsichtsgesetzes steht in Absatz 2:

„Die Satzung ist auf fünf Jahre zu befristen.“

„Ist zu befristen“ – das ist eine zwingende Vorschrift. Da steht nicht: höchstens fünf Jahre oder kann auf fünf Jahre, sondern „ist auf fünf Jahre zu befristen“. Das kann man drin lassen mit den zwei Jahren; vielleicht ist die ganze Geschichte dann rechtlich unwirksam.

Was gehört unbedingt in eine solche Satzung? – Sie muss durchgesetzt werden. Die Verwaltung muss die Möglichkeit haben, mit dem notwendigen Personal und den Kontrollmöglichkeiten das durchzusetzen. Im Entwurf der Ampel ist nur von frei finanzierten Wohnungen die Rede. Die öffentlich geförderten, wenn die aus der Sozialbindung fallen, gehören mit hinein. Eine Regelung über Ausgleichszahlungen muss hinein. Zudem müssen unbedingt Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden. Die Übergangsregelung nach § 11 von uns ist sinnvoll.

Jetzt will ich zum Schluss noch etwas zur Satzung in Münster sagen, weil die angeblich als Vorbild diente. In Münster stehen drei Monate statt sechs Monate. Die Ampel hat es also auf sechs Monate erhöht.

§ 5: Entrichtung von Ausgleichszahlungen – steht in der Satzung in Münster. Das hat die Ampel einfach herausgenommen.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

§ 6: Schaffung von Ersatzwohnraum als Möglichkeit, die Ausgleichszahlung zu verhindern – steht in der Satzung von Münster, hat die Ampel aber herausgenommen.

In der Satzung von Münster stehen fünf Jahre, das hat die Ampel herausgenommen und zwei Jahre daraus gemacht.

Das heißt, die Satzung aus Münster war Vorbild, aber alles, was möglich war und der Verwaltung Möglichkeiten gegeben hätte, gegen Zweckentfremdung vorzugehen, ist einfach gestrichen worden. Das heißt, hier ist keine Satzung geschaffen worden, die Zweckentfremdung bekämpft, sondern sie schützt eher Spekulantentum und Profitgier in der Wohnungswirtschaft. Das scheint die Handschrift der FDP zu sein. Ich will der FDP aber keinen Vorwurf machen.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Das bringt jetzt sowieso nichts mehr!)

In der Marktwirtschaft werden unterschiedliche Interessen vertreten. Die einen vertreten die Menschen, die Wohnungen suchen, die anderen die Menschen, die Immobilien besitzen.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Besorgen Sie das Geld und die Arbeitsplätze dafür!)

Aber das, was ich erschreckend finde, ist, dass SPD und Grüne das Spiel mitmachen. Ich sage das ganz deutlich.

(Beifall von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke] und der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf darauf verweisen, dass im Publikum keine Beifalls- oder Missfallenskundgebungen erlaubt sind. Ich bitte um Verständnis.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Ja, aber wenn es berechtigt ist?

Oberbürgermeister Geisel: Trotzdem, es gibt bestimmte Regeln.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Ist diese Rede eigentlich Körperverletzung?)

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Ich finde das wirklich erschreckend. Ich habe mir die 15 Punkte der SPD durchgelesen. Darin stehen sehr gute Sachen. Das heißt, theoretisch ist die SPD auf dem Laufenden. Aber in der Praxis macht sie dann ein derartiges neoliberales Konzept mit. Das hat etwas – ich sage das mal deutlich an die Adresse der SPD – von Selbstzerstörung. Bei der Europawahl sind die Stimmen der SPD halbiert worden.

(Ratsherr Schreiber [SPD]: Und ihr seid natürlich durch die Decke gegangen! – Zuruf von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich habe das Gefühl, die SPD hat den Ehrgeiz, das Ergebnis noch einmal zu halbieren; denn die Wohnungspolitik wird ein entscheidender Punkt beim Wahlkampf sein. Mit einer solchen Satzung in das nächste Jahr zu gehen, ist eine ganz große Enttäuschung für alle Menschen, die darauf angewiesen sind, bezahlbaren Wohnraum zu bekommen.

(Beifall von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke] und der Zuschauertribüne – Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Diese Satzung oder keine!)

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf nun Herrn Herz ans Redepult bitten. Ihm folgt Herr Warnecke, und Herr Grenda ist auch noch dabei.

Ratsherr Herz (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Pfundner, erst einmal herzlichen Glückwunsch dafür, dass Sie es geschafft

haben, bei dem wichtigen Thema den Saal hier halb leer und halb schlafend zu reden. Das hat das Thema wirklich nicht verdient. Zweitens, Herr Pfundner: Machen Sie sich keine Sorgen um die SPD. Wir wissen schon, was wir tun.

(Lachen von der CDU – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist das Publikum wieder wach!)

– Ja, jetzt ist das Publikum wieder wach; das ist ja schon mal etwas.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Die Alternative, die Sie hier wählen würden, wäre, mit keiner Satzung ins nächste Jahr zu gehen.

(Beifall von Bürgermeisterin Zepunkte [SPD] – Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Dann also lieber eine schlechte Satzung!)

Das ist keine verantwortungsvolle Politik für die Bürgerinnen und Bürger hier in Düsseldorf.

Ich will jetzt nicht alles aufarbeiten, was Sie gesagt haben, nur ein Beispiel – darüber haben wir auch letztes Jahr schon gestritten –: Sie sagen, die Verwaltung muss die Möglichkeit haben, Wohnungen zu betreten, und das muss man dort hineinschreiben.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Genau!)

Sie zitieren gleichzeitig das Wohnungsaufsichtsgesetz. Darin steht schon, dass genau in diesem Fall die Verwaltung das Betretungsrecht hat.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Das muss man nicht noch einmal extra hineinschreiben. Das ist also fachlich schlicht und einfach sachfremd, was Sie hier an der Stelle erzählt haben.

Ich denke, wir alle erinnern uns noch an die intensiven Debatten vom März letzten Jahres, als Sie im Übrigen auch die Geschichte der Wohnungspolitik von A bis Z noch einmal erzählt haben, die uns hier aber kein Stück weiterbringt.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Man sollte mal darüber nachdenken!)

Ich bin froh, dass wir es diesmal schaffen, mit den Stimmen der demokratischen Parteien eine Wohnraumschutzsatzung auf den Weg zu bringen.

Warum ist diese Satzung notwendig? – Sie ist notwendig, weil sie ein weiterer wichtiger Baustein zur Bekämpfung der Wohnungsmisere in Düsseldorf ist. Sie ist notwendig, weil wir es uns im angespannten Düsseldorfer Wohnungsmarkt nicht leisten können, auch nur auf eine einzige Wohnung zu verzichten. Sie ist im Übrigen auch notwendig, um gegenüber dem Hotel- und Gaststättengewerbe eine Wettbewerbsgerechtigkeit herzustellen.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Aber doch nicht damit!)

Last but not least geht es hier auch – ich sage das sehr deutlich – um Steuergerechtigkeit und um Steuerehrlichkeit.

Im Gegensatz zu dem, was Sie sagen, ist diese Satzung keine Katastrophe. Sie ist auch kein fauler Kompromiss, –

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Doch!)

– wie es teilweise in der Presse zu lesen war und wie Sie es heute wieder versucht haben hier darzustellen, sondern diese Satzung gibt uns jetzt ein Instrument an die Hand, spekulativen Leerstand zu bekämpfen und dem dauerhaften Entzug von Wohnraum für touristische Beherbergungszwecke nicht länger tatenlos zuzuschauen – so, wie die Lage bis heute nämlich ist.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Da bin ich aber mal gespannt!)

Wir haben uns dazu entschlossen, den Wildwuchs zu stoppen und das Allgemeinwohl wieder über die Profitinteressen einzelner zu stellen.

Ich will noch auf zwei oder drei Kritikpunkte, die Sie und die auch das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum geäußert haben, eingehen. Das ist vor allem die Frage des Bestandsschutzes. In der Tat, als wir diese Satzung erarbeitet haben, wollten wir nicht – das war keine Intention –, dass die bestehenden Airbnb-Wohnungen unter diesen Bestandsschutz fallen. Das war nie die Intention. Ich bin dem Bündnis auch dankbar, dass es uns an der Stelle auch noch einmal ein bisschen Dampf gemacht hat und gesagt hat: Das steht aber darin nicht so eindeutig. Deshalb werden wir das mit einer Ergänzung heute hier noch korrigieren und klarstellen.

(Beifall von Ratsherrn Warnecke [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass es in dieser Frage noch anhängige Gerichtsverfahren beim Bundesverfassungsgericht gibt, die wir genau beobachten und deren Ergebnisse gegebenenfalls in die Satzung einarbeiten müssen, damit wir rechtlich auf der sicheren Seite sind.

Der zweite Punkt ist das Thema, das der DEHOGA und der Mieterverein heute nach vorn gebracht haben. Das ist das Thema der Anmelde- und Registrierungspflicht. Das steht nicht darin, das ist richtig. Es gibt im Moment ein Pingpong-Spiel zwischen Landesministerien und Kommunen, wo wir zum einen die Auskunft haben: Eigentlich können wir das nicht, da müssen klare gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Heute heißt es, die Kommunen könnten das sehr wohl machen. Der entscheidende Punkt ist aber folgender: Es geht um die Anmeldepflicht derjenigen, die eine Wohnung anbieten. Das nützt uns aber gar nicht so viel, sondern das Wichtige ist, dass Airbnb diese Wohnungen melden muss. Das ist das, was in Bayern gemacht wird, und dafür hat die bayerische Landesregierung die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, die wir hier eben nicht haben. Das ist das Entscheidende. Das bringt uns weiter, und dann wissen wir auch, wo wir zu schauen haben und wie die exakten Zahlen sind.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das schlägt Frau Scharrenbach!)

Ich hoffe, dass die Landesregierung in der Tat – noch einmal ein Appell an die Partner – eine Schippe drauflegt und das Thema ernst nimmt. Das sage ich hier im Übrigen, um das deutlich zu machen, für die SPD-Fraktion und nicht für die Ampel.

Dann lassen Sie mich noch einige Worte zum Änderungsantrag der CDU sagen. Sie müssten dann schon mal dem Rat erklären, wieso Sie innerhalb eines Jahres eine 180-Grad-Drehung vornehmen. Wir hätten all das, was Sie jetzt gefordert haben, vor einem Jahr schon haben können, wenn Sie damals dem Entwurf der Satzung zugestimmt hätten. Das haben Sie aber nicht. Das haben Sie nicht! Das ist das, was ich nicht verstanden habe. Ich sage das so, lieber Giuseppe: Ich habe das nicht verstanden. Ich habe mehrfach Gespräche mit dem DEHOGA geführt. Die Wut des DEHOGA über die Zustände hier im Markt in Düsseldorf ist unendlich, was ich auch verstehen kann. Jetzt so zu tun, als ob die CDU der Retter der Witwen und Waisen wäre, ist nicht glaubwürdig und nur ein Auf-den-fahrenden-Zug-Aufspringen. Deshalb werden wir diesen Antrag auch erst einmal ablehnen, weil wir schauen müssen, ob wir tatsächlich neue Schwellen brauchen; das werden wir sehen. Zur Anmelde- und Registrierungspflicht habe ich gerade schon etwas gesagt.

Kurz und gut: Politisch langer Atem zahlt sich aus. Und etwas Versöhnliches zum Schluss: Was kann es Besseres geben, wenn sich in der Kommunalpolitik das gute Argument am Schluss durchsetzt? – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Ratsherrn Neuenhaus [FDP] sowie vereinzelt von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Herz. – Herr Warnecke.

Ratsherr Warnecke (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin als Vorsitzender des Wohnungsausschusses grundsätzlich froh darüber, dass der Willensbildungsprozess endlich dort angekommen ist, wie er sich in den verschiedenen Anträgen, die wir hier heute vorliegen haben, darstellt. Es wird deutlich, dass wir eigentlich alle das Bedürfnis sehen, dass im Hinblick auf die Tatbestände, die zur Debatte stehen, ein Regelungsbedarf besteht. Auch Sie aus der CDU wollen grundsätzlich jetzt entsprechend zustimmen. Das ergibt sich aus Ihren Änderungsanträgen.

Ich bin froh darüber, Frau Dr. Strack-Zimmermann, dass gerade auch Ihre Fraktion mit uns gemeinsam einen Weg gefunden hat, der das, was notwendig ist und was Sie, Herr Pfundner, mit Ihrer Fraktion sehr nachhaltig über Monate immer gefordert haben, angeht. Sie haben zweimal den Anlauf genommen, im Wohnungsausschuss haben Sie angefangen, und auch dafür bin ich Ihnen dankbar.

Dieser Willensbildungsprozess ist begleitet worden durch die Stadtgesellschaft. Das ist eben auch angesprochen worden: Das sind vor allem die Menschen des Wohnbündnisses. Das Wohnbündnis ist ein sehr breites Bündnis von verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, die immer wieder – zuletzt auch heute noch einmal vor der Ratssitzung – in entsprechenden Statements uns infrage gestellt haben und sich auch sehr intensiv mit den Satzungsentwürfen auseinandergesetzt haben.

Nun machen wir Juristen es immer so, dass wir viel abschreiben. Es liegen hier im Grunde genommen zwei Entwürfe vor. Das, woran Sie sich anlehnen, ist nicht irgendetwas Antikapitalistisches, sondern ein Bereich, der aus Bonn kommt – dort von CDU/Grünen. Wir haben uns hier an der Münsteraner Satzung orientiert, natürlich in dem Willensbildungsprozess abgeschwächt, weil wir das hier mit unseren Partnern gemeinsam machen wollten.

(Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Dass es ein fauler Kompromiss ist, das geht nicht!)

Die vorliegende Satzung der Ampelkoalition ist kein allgemeines Verbotsgesetz; das würde uns das Landesgesetz auch gar nicht erlauben. Es geht hier vielmehr um die Einführung eines Genehmigungsvorbehaltes – der im Übrigen an alle Bürger gerichtet ist und nicht nur an Vermieter als Eigentümer, sondern durchaus auch an Mieter, die sich auch in diesen Tatbeständen aufhalten. Ich kenne das aus meiner beruflichen Praxis von den Mietern, die sich dann von den anderen Mietern gestört fühlen, teilweise auch ohne Erlaubnis der Hauptmieter ihre Wohnungen untervermieten und das teilweise eben auch dauerhaft.

Insofern geht es hier eigentlich mit diesen Satzungsentwürfen darum, dass ein Signal in die Gesellschaft gesetzt wird, dass die Missstände hinsichtlich dieser Tatbestände unterbunden werden und dass die Menschen aufhören, sich in den Mietverhältnissen zu stören, und dass aber auch – wie Sie es angesprochen haben – diesen Spekulationen kein Raum gegeben wird.

Das, was noch viel wichtiger ist, ist, dass die Verwaltung mit der Satzung die Möglichkeit hat, auch einmal die Fakten wirklich zu evaluieren: Wo haben wir die Leerstände, und was sind eigentlich die Gründe dafür? – Das, was an entsprechenden Ausnahmetatbeständen sortiert wird, gibt uns dann Erkenntnisse, um auch Informationen von der Verwaltung zu erhalten, warum Wohnungen leer stehen und ob es auch kreativ andere Möglichkeiten gibt, die wir dazu nutzen können, leer

stehenden Wohnungsbestand wieder nach vorn zu bringen. Wir haben auch Programme und Instrumente kommunaler Art, wie etwa das Angebot eines entsprechenden Belegungsrechtskaufs, die durchaus auch mit Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Ich bin mir sicher, dass viele Wohnungen gerade der kleinteiligen Vermieter, die in Düsseldorf unterwegs sind, zu ertüchtigen sind, die deswegen möglicherweise nicht aus spekulativen Gründen leer stehen, sondern einfach, weil es nicht weitergeht. Dann haben wir aber als Stadtverwaltung hier die Erkenntnisse, wo diese eigentlich sind und was man da noch Weiteres machen kann.

Ich freue mich, dass der Willensbildungsprozess jetzt hier in dem Bereich ist. Ich finde, dass wir – wie es oft in Düsseldorf war – über Bande gespielt haben. Ich bitte darum, dass hier mit breiter Mehrheit der Entwurf der Ampel unterstützt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Opelt. – Ihr folgt Herr Maniera.

Ratsfrau Opelt (AfD): Herr Oberbürgermeister! Werte Kollegen! Auch ich unterstütze diese Wohnraumschutzklausel, obwohl ich gerade von der Gruppe der vor der Tür dafür demonstrierenden, selbsternannten Demokraten als „Nazi-Schlampe“ bezeichnet wurde. Das wirklich Erschreckende daran ist eigentlich, dass einige von Ihnen hier im Saal dabeistanden und das lustig fanden. Genau das zeigt wieder einmal Ihr demokratisches Verständnis.

Nun zur Schutzklausel: Es ist wirklich viel wertvolle Zeit vergangen, wie der Herr gerade erzählte; denn wir hätten schon 2018 eine solche Schutzklausel gegen die Zweckentfremdung haben können. Doch SPD und Grüne haben damals sogar in großen Teilen gegen ihren eigenen Antrag gestimmt. Schon damals habe ich für eine Wohnraumschutzklausel gestimmt, Sie eben nicht, und das, obwohl es damals schon die Chance für eine demokratische Mehrheit gegeben hätte.

(Ratsherr Herz [SPD]: Nicht mit Ihnen!)

Ihnen ging es damals eben nur um Parteitaktik, und deshalb ist anderthalb Jahre nahezu nichts getan worden. Ich hoffe sehr, dass die Wähler 2020 genau solch ein undemokratisch taktierendes Verhalten nicht vergessen werden. Die AfD steht für die Menschen beziehungsweise an der Seite der Menschen, die bezahlbaren Wohnraum suchen, und gegen Zweckentfremdung. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Herr Maniera. – Ihm folgt Herr Neuenhaus.

Ratsherr Maniera (REP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es auch recht kurz – wie meine Vorrednerin –: Auch als Republikaner werde ich natürlich den Antrag unterstützen, insbesondere den Antrag der Linken; auch wenn er von den Linken ist und es für einen Republikaner nicht leicht ist, aber für uns steht eben die Notwendigkeit im Vordergrund, und wenn eine Sache richtig ist, dann muss sie eben auch unterstützt werden.

Wie notwendig das Instrument einer solchen Satzung ist, wurde vorhin breit vorgestellt. Es ist notwendig, um den Leerstand und die gewerblichen Kurzzeitvermietungen endlich angehen zu können. Es zeigt sich daran, wie viele Tausende Wohnungen hier in unserer Landeshauptstadt bisher dem Wohnungsmarkt entzogen werden konnten.

Frau Opelt hat es gerade zutreffend gesagt: Wir hätten es schon vor rund anderthalb Jahren haben können. Leider Gottes fand sich damals keine Mehrheit, weil man eben nicht auf die Stimmen von Republikanern und AfD setzen wollte.

(Ratsherr Figge [SPD]: Wer will das auch?)

Es bleibt nunmehr zu hoffen, dass die Notwendigkeit im Vordergrund steht und nicht irgendwelches politisches Kalkül. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Jetzt habe ich Herrn Grenda. Ihm folgt Herr Czerwinski. – Ach, Herr Neuenhaus. Entschuldigung! Ich bin ein bisschen durcheinander. Ich bitte um Entschuldigung.

Ratsherr Neuenhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich wusste, Sie wollen nicht darauf verzichten.

Herr Pfundner, wenn man eine solche Zustimmung von Rechtsradikalen hat wie Sie gerade, dann tun Sie mir schon wieder leid. Deshalb werde ich ein paar bestimmte Bemerkungen, die ich eigentlich vorhatte, nicht machen; denn wer sich da trifft, ist geschlagen genug. Und ich weiß, dass für Ihre Fraktionsvorsitzende das Schlimmste, was ihr passieren kann, die Zustimmung ist, die sie gerade von rechts bekommen hat.

(Beifall von Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP] – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]:
Ich kann es nicht verhindern!)

– Nein, nein, ich weiß. Ich wollte es nur sagen.

Gehen wir aber mal kurz 30 Jahre geschichtlich zurück, wer hier vor uns sitzt. Manchmal vergesse sogar ich das. SED, PDS, Linkspartei, Die Linke. Erinnern Sie sich? Vor 30 Jahren ist diese Diktatur von den eigenen Leuten aus dem Haus gejagt worden.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Was haben wir damit zu tun?)

Das hatte auch etwas mit der Wohnungspolitik in der Deutschen Demokratischen Republik zu tun.

(Beifall von der FDP)

Wer sich daran erinnert, wie es da aussah und wie die Menschen gehaust haben – in der Tat zu einem kleinen Preis, da haben Sie völlig recht –, das war menschenunwürdig. Das haben die Leute selbst entschieden. Deshalb habe ich so ein bisschen Schwierigkeiten damit, wenn Sie mir heute auf diese Art und Weise kommen: Der Kapitalismus, alles ganz furchtbar, hätten wir es doch gemacht wie die Sozialisten. Da merken Sie unser unterschiedliches Staatsverständnis: Sie hätten gern, dass der Staat, die Verwaltung so viel Macht wie Möglichkeit hat, dass er da schnüffeln kann. Da kann man auch andere Sachen mal nachschauen, wenn man in der Wohnung ist, was da so ist.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Genau!)

Wir sagen etwas anderes. Wir sagen: Wir nehmen das sehr ernst. Wir möchten, dass der Leerstand, und zwar der Leerstand in Düsseldorf, der aus Spekulationsgründen entsteht, unterbunden wird.

Zweitens: Wir möchten, dass Airbnb gewerblich nicht die Häuser entmietet und dann sozusagen das schnelle Geschäft macht, wo weder auf Sicherheit, Brandschutz, Hygiene oder sonst etwas Rücksicht genommen wird. Das ist der Grund, warum die FDP an der Stelle – Sie wissen das alle – gesagt hat, wir greifen – da haben Sie völlig recht – ungern in den Markt ein, deshalb funktioniert das hier besser als in anderen Ländern. Wir haben aber auch gesagt: Das geht aber nicht. Wir hier im Rat und die Verwaltung können nicht große Anstrengungen unternehmen, Wohnraum zu schaffen, und gleichzeitig anderen das durchgehen lassen, was da gerade passiert. Darum geht es uns.

Das, was wir sozusagen nur ahnen, aber nicht wissen, ist, dass die Anzahl leer stehender Wohnungen größer ist, als wir das vor drei, vier oder fünf Jahren vermutet haben.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Das war der Grund, warum wir versucht haben, ohne dass wir sozusagen eine völlig neue Wohnungspolitik machen, die in Ihre Richtung geht, zu hinterfragen, wie wir es hinkriegen können, diese Wohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen oder zu verhindern, dass sie dem Wohnungsmarkt überhaupt weggenommen werden. Das ist unser Anliegen.

Dann will ich Ihnen noch sagen, wo Sie recht haben – jedenfalls zur Hälfte. Rheinbahn: Ja, ich hätte diese Häuser auch nicht verkauft, aber aus einem anderen Grund: weil ein attraktiver Arbeitgeber heutzutage Werkswohnungen vorhält. Das macht man so. Aber dann müssen Sie auch dazusagen, die sind verkauft worden, aber da entsteht keine Villa, sondern es entsteht mit einer Genossenschaft preisgedämpfter Wohnraum an der gleichen Stelle, wo gleichzeitig natürlich auch die Mitglieder der Genossenschaft und die Mitarbeiter der Rheinbahn ein besonderes Zugriffsrecht haben.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Nein!)

– Aber natürlich!

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Sag doch nicht Nein! – Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Eigentumswohnungen!)

Das sind nicht 4 Euro, und das sind auch keine Eigentumswohnungen.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Sie sind gar nicht richtig informiert!)

Wir haben im APS und in der Bezirksvertretung lange darüber geredet.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Keine Ahnung! – Ratsherr Hartnigk [CDU] weist auf Ratsherrn Pfundner [Die Linke])

– Bitte was?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ich sprach von links außen!)

– Gut.

Das, was wir dort mit der Genossenschaft bauen, ist, glaube ich, klar. Man sollte dabei sein; denn die Leute könnten – der eine oder andere da draußen – den Eindruck bekommen, dass das stimmt, dass wir hier unsozial sind, dass uns das mit den Wohnungen nicht interessiert.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Es geht aber wirklich um das Gegenteil. Deshalb haben wir auch so lange gekämpft, wie wir ohne einen riesigen Verwaltungsaufwand, der sozusagen alle Erfolge, die wir haben, wieder einsackt durch die Kosten, die wir haben, trotzdem zu einer Satzung kommen können, die vernünftig ist. Lassen Sie sie uns ausprobieren. Ich glaube, dass wir damit ein scharfes Schwert haben, womit wir nur diejenigen treffen, die wir auch treffen wollen – so, wie wir hier angekündigt haben –, und den ganzen Rest lassen wir in Ruhe. Das, was Sie vorhaben, möchte ich um Gottes willen nicht erleben; denn das führt nicht zu mehr Wohnraum. Gerieren Sie sich hier bitte nicht als die einzigen Sozialen; das passt einfach nicht. Es passt auch nicht zu Ihrer Geschichte.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: In München machen sie die besten Erfahrungen damit! Es gibt Städte, die haben die Erfahrungen damit!)

Dann sage ich Ihnen: Ja, bei der Baupolitik in Düsseldorf ist meine Fraktion mittlerweile auch der Meinung, dass wir falsch bauen – in der Tat. Wenn wir weiterhin, wie angepeilt, 3.000 Wohnungen in dieser Stadt bauen, dann bekommen wir ein Klimaproblem durch die Versiegelung. Es wird nicht schöner. Die Infrastruktur haben wir dafür nicht. Wir haben Zuzug, wir haben teure Mieten bei dem, was da entsteht, und wir vergessen immer noch die vielen jungen Menschen in dieser Stadt, die in den Dienstleistungsberufen arbeiten und hier keine Wohnung finden. Deshalb sagen wir – wir haben heute gelesen, was der Oberbürgermeister und Haus und Grund vorhaben, was sie da bauen wollen –: Das ist der falsche Weg. Da gebe ich Ihnen recht.

Das, was ich auf der Stelle brauche, ist Wohnraum zu einem viel angemesseneren Preis als bisher. Dazu wären wir auch bereit. Nur bei dem, was Sie insgesamt wollen, kämen wir nicht dazu. Wenn wir sagen, wir bauen preiswerter, dann können wir uns das leisten, weil diese Stadt so vernünftig gewirtschaftet hat in den letzten 20 Jahren. Deshalb können wir etwas dazu tun, deshalb können wir uns bewegen. Deswegen, Herr Pfundner, ist liberaler an der Stelle sozialer. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und von Ratsherrn Lukaschewski [CDU] – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: So ein Geschwätz!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Grenda. – Ihm folgt Herr Czerwinski.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir als Piraten freuen uns, dass wir heute – egal, wie sie zunächst einmal aussehen wird – eine Wohnraumschutzsatzung beschließen werden und dass, wie man jetzt liest, die CDU selbst auch plötzlich dafür ist und die Probleme oder den Bedarf endlich sieht.

Jetzt gibt es verschiedene Änderungsanträge. Die SPD hat jetzt glücklicherweise noch zumindest in einem Punkt auf den Änderungsantrag reagiert, nämlich damit, die kleinen Fehler vom Juli zu korrigieren, dass Airbnb-Wohnungen, die im Moment vorhanden sind, nicht automatisch Bestandsschutz haben, sondern dass man sie tatsächlich einmal melden muss. Ich habe jetzt noch keine Reaktion auf den Änderungsantrag von uns gehört, in dem wir uns natürlich damit beschäftigt haben: Was passiert eigentlich, wenn das eine ist? Wir haben im Wohnungsausschuss die letzten Monaten – das wird Herr Warnecke bestätigen – lange darüber diskutiert, um wie viele Wohnungen es sich tatsächlich handelt. Die einen sagen 400, die nächsten sagen 3.000, die übernächsten sagen 7.000, und andere sprechen von ganz anderen Zahlen. Deswegen hoffe ich, dass wir die kleinen Anpassungen wirklich auch so machen, dass wir sagen können: Wir haben eine wirklich gute Satzung.

Ich möchte deswegen auch nur kurz zu den Punkten etwas sagen. Der Punkt A ist jetzt von der Ampel und auch von der CDU aufgenommen worden. Das heißt, sie müssen sich erst einmal anmelden; wie viele genehmigt werden, muss natürlich nachher abgesehen werden.

Das, was ich mich natürlich frage, ist Folgendes: Ich gehe mal vom Worst Case aus. Da reicht mir ein Nicken notfalls von Herrn Zaum. Gehen wir davon aus, es sind diese 9.000 Wohnungen, die sich gleichzeitig melden. 9.000 Wohnungen, die besichtigt werden müssen, und zwar innerhalb von sechs Monaten, das könnte ein bisschen heikel werden. Deswegen schlage ich einfach vor, dass wir es genau andersherum machen, nämlich nicht, dass die Genehmigung als erteilt gilt, wenn man sich nicht gemeldet hat, sondern wir müssen es eigentlich in „nicht erteilt“ umändern und können es im Nachhinein immer noch genehmigen.

Das Zweite ist Folgendes – das ist eine klare Entscheidung der Stadt –: Klar, laut Gesetz steht darin, dass eine Geldbuße bis zu 50.000 Euro ausgesprochen werden kann. Es kann aber auch eine

Strafe sein, wie es andere Städte machen, dass ich nur 150 Euro zahle und dann darüber lache. Deswegen hatte ich einen Vorschlag eingebracht, um wirklich zu zeigen je Einheit, da wird richtig Geld genommen, nämlich zum Beispiel mindestens 5.000 Euro. Darüber kann man sich unterhalten. Ich fände es gut, als Zeichen zu setzen: Wer sich nicht daran hält, zahlt 5.000 Euro. Ich gehe davon aus, dass wir 2.500 Wohnungen haben. Dann frage ich mich, wie viel davon wieder zum Wohnraum zurückgehen.

Das, was aber viel interessanter ist – das wurde schon mehrfach angesprochen –, sind die folgenden Fragen: Wie lange darf eine Wohnung leer stehen, und wie lange gilt eigentlich diese Satzung? – Da hat Herr Herz eben schon gesagt, dass das in der Zwischenzeit im Land etwas anders gesehen wird. Deswegen – ich weiß nicht, wie die Diskussionen in den Fraktionen gelaufen sind – möchte ich eine neue Form des Approval Voting einfach mal vorstellen. Das bedeutet, jeder hat mehr Stimmen und die Mehrheit kann dann zwei, drei, vier, fünf oder sechs Jahre oder drei, vier oder fünf Monate entsprechend die Zahlen ändern, oder aber die meisten sagen – so, wie es hierin steht –: Wir belassen es bei sechs Monaten.

Ich glaube, dass wir bei diesem ganzen Bearbeitungsstand – 4.000 Wohnungen müssen erst einmal besichtigt und aufgenommen werden, diese können dann laut Satzung zwölf Monate erst einmal leer stehen –, wenn man das zusammenrechnet – nach 20 Monaten soll schon die erste Bestandsaufnahme sein, aber vier Monate später ist sie vorbei –, es nicht zum Wahlkampfthema nächstes Jahr machen sollten, sondern dass wir wirklich sagen sollten: Wir geben der Verwaltung zusammen mit der Bevölkerung ein bisschen mehr Zeit und müssen uns nicht nächstes Jahr damit beschäftigen, ob wir ein Jahr später diese Satzung verlängern oder nicht verlängern – je nachdem, wer in der Stadtregierung ist. Wir sollten das wirklich auf drei oder vier Jahre ändern, damit wir wirklich sagen können: Der neue Rat kann sich dann mit diesen Zahlen beschäftigen und kann dann noch einmal eine Verschärfung oder was auch immer einführen.

Deswegen würde ich mich freuen, wenigstens einen Punkt aufzunehmen, und zwar, dass die Genehmigung als „nicht erteilt“ gilt. Bei allem anderen halte ich es für eher unwahrscheinlich, dass da etwas geändert wird. Ich habe aber den Änderungsantrag gestellt, weil der Bürger es gern so hätte und er sich mit Sicherheit über die Zustimmung der Politik freuen würde. – Vielen Dank.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Grenda. – Herr Czerwinski. – Ihm folgt Herr Lukaschewski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, Zweckentfremdungsverordnung, Wohnraumschutzsatzung ist das, was wir als Grüne immer wieder gefordert haben. Natürlich hat es uns geschmerzt, liebe Linke, als ihr mit dem Vorschlag kamt und wir gesagt haben: Genau das wollen wir eigentlich auch. Wir haben das in der Kooperation 2014 unter den Ampelpartnern SPD, FDP und Grüne auch verabredet, aber der Teufel lag da im Detail. Es hat einige Gespräche gebraucht. Herr Neuenhaus hat es gerade dargestellt, dass das für eine reine FDP-Linie auch schwierig oder ein Lernprozess war, aber er war erfolgreich.

Ich würde auch verstehen, wenn die Linke sagt: Aber wir haben das schon viel früher gesagt, wir wollten das schon viel eher. – Das, was ich aber nicht durchgehen lassen kann, ist, wenn Kollege Pfundner sagt: Das ist eine Schutzsatzung für diejenigen, die Wohnraum zerstören. – Das ist Mist. Das stimmt nicht. Das entspricht nicht der Wahrheit. Sie wollen hier Wahlkampf machen, indem Sie sagen, wir hätten es nicht geliefert.

Wir haben mit den Münsteranern gesprochen. Natürlich hat es da Änderungen gegeben, aber kein Münsteraner hat uns gesagt: Was? Das ist ja eine Satzung, die gar nicht funktioniert. – Nein! Bei den Änderungen, die es gibt, gibt es einige Sachen, die zum Beispiel auf einen Kompromiss mit der FDP hinausgehen, dass wir statt drei Monate sechs Monate sagen – okay. Das ist aber nicht

entscheidend. Entscheidend für das Wirken der Wohnraumschutzsatzung ist die Frage, ob die Verwaltung Instrumente an der Hand hat, dagegen vorzugehen; und das hat sie.

Noch ein Unterschied zu Münster, den Sie gerade aufgeführt haben, ist der Verzicht auf Ersatzzahlungen. Ja, das haben wir sehr bewusst gemacht. Wir haben gesagt: Wir wollen nicht, dass sich jemand freikaufen kann, der Wohnraum vernichtet. Wir wollen den Wohnraum schützen. Darauf bin ich stolz. Und das werfen Sie uns hier vor?

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

Da kann ich sagen: Das ist besser als in Münster. Das muss man hier noch einmal klar sagen.

Dann zum Änderungsantrag der CDU – Kollege Herz hat es schon gesagt –: Anzeigepflicht für diejenigen, die vermieten, ist eigentlich Quatsch, weil die es ja beantragen müssen. Dann brauchen sie nicht noch anzuzeigen, dass sie es beantragt haben. Reden Sie mit Frau Scharrenbach. Wir brauchen noch die rechtliche Möglichkeit, dass wir die Vermittler dieser zeitlichen Nutzung von Wohnraum – also Airbnb – auch handhaben können. Dann würden wir sofort die Satzung ergänzen. Ich glaube, Herr Zaum wartet schon darauf. Dazu sind wir gern bereit.

Zu den anderen Fragen der Fristen, was jetzt auch Herr Grenda noch einmal gesagt hat: Wir sollten dabei bleiben, auch bei der Frage, wann es evaluiert wird. Ich glaube, das ist ein guter Zeitraum. Auch die Tatsache, dass gesagt wird: Wenn es nicht innerhalb von soundso vielen Monaten geschieht, gilt es als erteilt. Das ist bei Baugenehmigungen ähnlich. Das entspricht einer vorhandenen Praxis.

Was die Strafen angeht, auch da ist es ein guter Punkt, zu sagen: bis zu dieser Höhe und nicht pauschal, weil es auch immer in der Angemessenheit einer Sache sein muss. Sonst bekäme der Rechtsdezernent mit dem Wohnungsdezernenten ein Problem. Sehe ich das richtig?

(Beigeordneter Zaum nickt.)

– Ja, ich sehe ein entspanntes Nicken.

Ich glaube, allein die Tatsache, dass wir gesagt haben: „Wir haben uns als Ampel darauf verständigt“, hat schon Wirkung gezeigt in der Szene. Es hat gezeigt: Die Stadt Düsseldorf wird es jetzt ernst meinen. Es gibt auch Leute, die das eben anmelden wollen.

Zur Richtigstellung, die wir jetzt noch vornehmen müssen – auch das hat Kollege Herz schon angekündigt –: Der Hinweis, dass die gewerblich genutzten Räume auch weiterhin genutzt werden können, war niemals von uns für Airbnb gedacht. Deshalb haben wir uns unter den Ampelpartnern darauf verständigt – ich bitte darum, das zu notieren –, unter § 2 Absatz 3 Ziffer 2 einen Satz anzufügen. Die Ziffer 2 lautet bislang:

„[...] der Raum bereits vor dem Inkrafttreten dieser Satzung und seitdem ohne Unterbrechung anderen als Wohnzwecken dient. Gewerblich genutzte Räume dürfen auch bei einem Nutzerwechsel weiterhin gewerblich genutzt bleiben.“

Jetzt wird neu angefügt:

„Ausgenommen hiervon sind Zweckentfremdungen nach § 3 Absatz 1 Ziffer 2.“

Das ist für Airbnb, damit auch jeder kapiert: Ihr macht so nicht mehr weiter. Danke für den Hinweis vom Bündnis, wir haben das bereitwillig aufgenommen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Lukaschewski. – Ihm folgt Herr Pfundner.

Ratsherr Lukaschewski (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich versuche mal, so wenig wie möglich zu wiederholen, aber einen Satz an Herrn Pfundner muss ich doch noch loswerden. Sie sind ja bis auf das Jahr 1999 zurückgegangen. Wenn Sie mal geschaut hätten, wie viele Wohnungen von 1999 bis 2013/2014 entstanden sind, und mal umgerechnet hätten, wie viel öffentlich geförderte Wohnungen davon entstanden sind, wüssten Sie, das waren 21 Prozent. 21 Prozent! So kamen wir damals auf die Zahl beim Handlungskonzept „Wohnen 2020“. Sie haben ein ganz anderes Bild dargestellt. Dass am Schluss die Zahl herunterging, hat auch seinen Grund gehabt: Die Förderbedingungen der damaligen Landesregierung waren so schlecht, dass kein Investor mehr bereit war – auch nicht die Wohnungsgesellschaften in Düsseldorf –, öffentlich geförderten Wohnungsbau dort zu schaffen. Aber das sollte jetzt, was die Geschichte angeht, der einzige Satz dazu sein.

Kollege Herz, es ist ganz einfach, warum sich unsere Meinung dort geändert hat. Sie haben der CDU in den letzten zwei bis drei Jahren sehr gut zugehört. Wenn wir jetzt mal in Ihren Vorschlag der Wohnraumschutzsatzung, die Sie dort entwickelt haben, schauen: 6-Monats-Frist, Modernisierung bis zu zwölf Monate, Untervermietung ist weiterhin möglich, Einliegerwohnungen stellen Sie frei, ja, sogar die Zweitwohnung und die Ferienwohnung lassen Sie zu.

(Zuruf von Ratsherrn Herz [SPD])

Die Überraschung war für mich – das sage ich ganz offen – der Bestandsschutz. Aber wenn Sie in die Satzungen der Nachbargemeinden schauen, ist er überall enthalten, und Sie wollen jetzt noch eine Präzisierung.

Ich sage heute schon: Wir stimmen Ihrem Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu. Das ist für uns kein Problem. Sie haben damit im Grunde deutlich gemacht, Sie wollen sich auf die gewerbliche Vermietung konzentrieren; Airbnb ist der Schwerpunkt gewesen. Nur bei § 3 Absatz 1 Nummer 2, den Sie immer zitieren, fehlt die Präzision. Sie sprechen bei der Nummer 2 noch von „einer gewerblichen Zimmervermietung oder [...] Fremdenbeherbergung“, aber bei der Zweckentfremdung in Nummer 1 vorher von „überwiegend“. Was heißt denn bei Ihnen „überwiegend“? Mehr als 182 Tage? – Die Prüfkriterien häufig wechselnder Nutzer, Miethöhe, sind ein sehr hoher Verwaltungsaufwand. Das muss ich Ihnen nicht erklären. Wenn aber „überwiegend“ mehr als 182 Tage bedeutet, dann geht uns das zu weit, Nulltoleranz aber auch. Darum haben wir das Zeitfenster von zwölf Wochen eingefügt, indem wir sagen: In der Zeit dulden wir die Überlassung. Selbstverständlich kommt noch dazu, dass für die Überwachung die zusätzlichen Stellen eingerichtet werden.

Wir haben gerade in Köln und in einigen anderen Städten gesehen, dass es ohne zusätzliche Stellen, die auch zügig besetzt werden, nicht klappt. Es klappte dort auch nicht. Wenn wir heute noch die Aktualisierung aufgrund der Presseerklärung von dem DEHOGA eingefügt haben, dass den Vermietern eine Registrierungs- und Anzeigepflicht aufzuerlegen ist, dann ist das schon sehr wichtig; denn wenn sie das nicht tun, ist das auch ein Vergehen, das bestraft werden kann. Ob dann das Ergebnis, meine Damen und Herren, den Aufwand rechtfertigt – das war eigentlich die Diskussion der vergangenen Jahre.

(Zuruf von Ratsherrn Herz [SPD])

Wie viel Handlungsbedarf gibt es? – Stimmen die 300 Wohnungen, die Haus und Grund uns berichtet, oder sind es die mehr als 1.000, von denen der DEHOGA spricht? – Allein mit dieser Registrierungs- und Anzeigepflicht erfahren wir, wie viele Wohnungen denn eigentlich betroffen sind.

(Zuruf von Ratsherrn Herz [SPD])

– Hören Sie doch einfach zu! Sie können dazu gleich noch einmal reden.

Ob das Ergebnis dann noch den Aufwand rechtfertigt, können wir leider erst in 20 Monaten feststellen. Wir bitten um Unterstützung unseres Antrages mit den Ergänzungen. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Pfundner.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss erst einmal zu Herrn Neuenhaus etwas sagen. – Ach, er ist gar nicht da, dann mache ich das zum Schluss.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Wenn Sie ihn heute finden!)

Herr Herz, so, wie Sie Ihre Satzung begründet haben – Sie haben an keinem Punkt gesagt, wo die Instrumente sind, mit denen man handeln kann, sondern Sie haben einfach gesagt: Das ist eine gute Satzung, und wir machen endlich etwas –, das ist zu wenig. Zeigen Sie, wo in Ihrer Satzung die Paragraphen sind, mit der die Verwaltung wirklich wirksam vorgehen kann. Genau das fehlt, und das haben Sie auch nicht gesagt.

(Beifall von der Zuschauertribüne – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Woher wissen Sie das denn? – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Mach weiter!)

Ich will mal etwas zu den Änderungsanträgen sagen.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Das wäre nett!)

Der Änderungsantrag der CDU ist insofern sinnvoll, als dass er wenigstens für die Touristikwohnungen die 12-Wochen-Regelung einführt. Bei dem Änderungsantrag der Ampel bleibt es bei dieser 6-Monate-Regelung, aber die Touristikwohnungen fallen dann unter die Satzung, und das ist das Problem. Die sechs Monate sind ein Problem. Die gibt es in keiner anderen Satzung. Bei öffentlich gefördertem Wohnraum gibt es die gesetzliche Regelung: Nach drei Monaten Leerstand muss der Eigentümer den Leerstand bei der Verwaltung beantragen. Das zeigt: Die drei Monate sind sinnvoll. Diese 6-Monate-Regelung ist einfach ein Entgegenkommen gegenüber den Zweckentfremdern. Und das machen wir nicht mit.

(Beifall von der Zuschauertribüne)

Herr Neuenhaus, Sie sind wieder da. Ich will Ihnen mal etwas sagen.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Wenn Sie so lange reden, muss man auch mal aufs Klo!)

Herr Neuenhaus, wenn Rechte unseren Anträgen zustimmen, dann können wir dagegen nichts machen.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Das habe ich doch gesagt!)

Deswegen ändern wir unseren Antrag nicht.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Ich wollte damit nur sagen: Damit sind Sie geschlagen genug!)

Hören Sie mal zu! Wenn Sie mit der DDR kommen, zeigt das eigentlich nur, dass Sie in Ihrer Argumentation völlig hilflos sind, um diese Satzung zu vertreten.

(Beifall von der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Geisel: Ich hatte vorher schon darauf hingewiesen, dass Beifalls- und Missfallenskundgebungen von der Tribüne zu unterbleiben sind.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Niemand hat hier gesagt: Wir wollen den Sozialismus einführen.

(Lachen von CDU und FDP – Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Herr Pfundner, lassen Sie es! – Ratsherr Nicolin [FDP]: Jetzt haben Sie sich entlarvt!)

Unsere Satzung entspricht im Wesentlichen den Satzungen von Köln und Bonn.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Und München!)

– Und auch München.

Dort war die CDU dabei. Die CDU hat unseren Formulierungen in Bonn und in Köln zugestimmt, allerdings auch die Grünen und die SPD. Das ist unsere Satzung. Die wollen wir hier in Düsseldorf haben. In Düsseldorf ist die Wohnungssituation nicht besser als in Bonn, sondern eher schlechter. Deswegen ist es notwendig, dass wir eine wirksame Satzung bekommen und nicht so ein Ding, wo weder Herr Neuenhaus noch Herr Herz noch Herr Czerwinski hier in der Lage waren, Fakten aufzuführen, die wirksam als Mittel eingesetzt werden.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Die stehen in der Satzung! Das ist doch Quatsch!)

– Nein, darin steht nichts. Da steht nichts drin!

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Unterschied, der zu Münster vorgestellt worden ist, betrifft nicht die Maßnahmen! Das stimmt nicht, was Sie sagen!)

– Doch!

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Fragen Sie Herrn Zaum!)

– Natürlich. Vielleicht haben Sie sich nur auf Ihre wohnungspolitischen Experten verlassen, aber lesen Sie mal Ihre Satzung. Darin steht zum Beispiel, dass auf Antrag genehmigt wird, und die Verwaltung kann Nein sagen. Wir sagen: Die Genehmigung zur Zweckentfremdung muss die Ausnahme sein. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, ein ganz wichtiger Unterschied.

Ich will jetzt noch einmal zum CDU-Änderungsantrag etwas sagen: Wir werden dem CDU-Änderungsantrag zustimmen.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Erst die Rechten auf die Linken, dann die Linken auf die CDU! – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür kann die CDU aber auch nichts! – Ratsherr Stieber [CDU]: Wir ziehen ihn zurück! – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht sozialistisch! – Lachen von der CDU)

Können Sie bitte für Ruhe sorgen?

Oberbürgermeister Geisel: Herr Pfundner, der CDU-Antrag ist kein Änderungsantrag zu Ihrem Antrag, wenn ich das richtig sehe.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Nein.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das macht doch nichts!)

Oberbürgermeister Geisel: Deswegen ziehen Sie Ihren Antrag dann zurück, um dem CDU-Antrag auf der Grundlage des Ampelantrags zuzustimmen?

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das ist ein Ergänzungsantrag!)

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Wir dürfen doch einem Änderungsantrag des Satzungsantrags zustimmen.

Oberbürgermeister Geisel: Zunächst wird der weitestgehende Antrag zur Abstimmung gestellt. Das ist der Antrag der Linken.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Ja.

Oberbürgermeister Geisel: Sie wollen sagen: Für den Fall, dass Sie sich nicht durchsetzen mit Ihrem Satzungsentwurf, stimmen Sie dem CDU-Antrag auf der Grundlage des Ampelentwurfs zu?

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Ich muss Ihnen bestätigen, ich befürchte, dass unser Antrag keine Mehrheit findet. Dann werden wir dem Änderungsantrag der CDU zustimmen. Der macht aber den Antrag der Satzung nicht so gut, dass wir dann insgesamt dem Antrag zustimmen können.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Genau so läuft es!)

Der Änderungsantrag der Ampel ist deswegen schlechter, weil er bei der 6-Monate-Regelung bleibt. Der Piraten-Antrag enthält einige gute Geschichten, da müssen wir sehen, ob das alles einzeln abgestimmt wird. Dann werden wir sehen, wie wir uns dazu verhalten.

Oberbürgermeister Geisel: Lassen Sie mir doch einfach gewissermaßen die Führung, wie wir nacheinander abstimmen.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Ich sage ja: Wir werden sehen, wie Sie das machen.

Oberbürgermeister Geisel: Genau, so machen wir das.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Damit appelliere ich eindringlich: Wer wirklich eine wirkungsvolle Satzung haben will, der kann nur der Satzung der Linken zustimmen. Alles andere bringt nichts.

(Beifall von der Linken – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: So ist es!)

Oberbürgermeister Geisel: Herr Blanchard, Sie hatten noch einen kleinen Hinweis, wenn ich das richtig sehe.

(Ratsherr Blanchard [Die Linke]: Nein, einen großen!)

– Einen großen? – Sie halten also jetzt das zweite wohnungspolitische Grundsatzreferat.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Ich will über die Zweckentfremdungssatzung hier überhaupt nicht sprechen.

(Heiterkeit von der SPD – Ratsherr Stieber [CDU]: Setzen, 6!)

Oberbürgermeister Geisel: Das ist aber jetzt der Tagesordnungspunkt.

Ratsherr Blanchard (Die Linke): Ich wende mich ausschließlich an die SPD und an die Grünen und nicht an die FDP.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber zum Thema!)

Herr Warnecke hat eben schon ganz eindeutig mit seinem Satz verraten und zugegeben, dass es sich hier um einen ganz faulen Kompromiss handelt.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das hat er nicht gesagt! Er hat nicht „fauler Kompromiss“ gesagt!)

Er hat es eindeutig so gesagt, dass es sich hier um einen ganz faulen Kompromiss zugunsten der FDP handelt.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat er nicht gesagt! – Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Genau, das stimmt nicht!)

Das war schon verräterisch.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Kompromisse für dich verräterisch sind, dann bist du politikunfähig!)

Ich könnte jetzt hier noch ganz andere Dinge sagen. Ich kenne genug Mitglieder der Grünen und SPD, die unserer Satzung liebend gern zugestimmt hätten, die das aber nicht durften. So sieht das nämlich hier aus. Ich frage mich, wie lange Sie das eigentlich noch machen wollen, wo Sie selbst ganz genau wissen, dass Sie mit dieser Wischiwaschi-Pseudo-Satzung, die Sie vorschlagen, nichts, aber auch gar nichts für bezahlbaren Wohnraum bewirken werden.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Propaganda!)

Dass Sie das immer noch weiterführen, verstehe ich nicht. Wie lange wollen Sie das nur aufgrund dieses puren Machterhaltungswillens tun? – Das ist der eigentliche Grund. Viele in Ihren Parteien denken nämlich anders. Wie lange wollen Sie sich noch von der FDP vorschreiben lassen, was Sie zu tun haben?

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Setzen, 6!)

Dadurch, dass Sie diese Satzung verwässern, schaden Sie der Düsseldorfer Bevölkerung. Die hätte nämlich eine bessere Satzung verdient. Das ist eine Verwässerung, die Sie da durchführen.

(Zuruf von Ratsherrn Simon [CDU])

Oberbürgermeister Geisel: Herr Herz und Herr Czerwinski wollten noch etwas sagen. Jetzt waren wir fast durch, und ich wollte gerade in das Verfahren der Abstimmung einführen. – Herr Herz.

Ratsherr Herz (SPD): Es tut mir leid, ich hätte auch lieber abgestimmt, weil die Sachargumente eigentlich ausgetauscht sind, aber den Vorwurf, wir würden aus purem Machterhalt zustimmen, kann man so nicht stehen lassen, lieber Nicki. Wir wollen tatsächlich etwas erreichen. Mit der Haltung, die ihr an den Tag legt, passiert hier gar nichts im Bereich Airbnb. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von der SPD)

Ich kann mich trotzig in die Ecke stellen und sagen: „Die Welt ist aber böse“, verändere aber nichts, oder ich kann mit den Mitteln, die ich zur Verfügung habe, hier Gutes für die Menschen erreichen. Und das wollen wir! Deshalb weise ich mit Nachdruck zurück, dass hier nur aus purem Machterhalt irgendjemand irgendwie gezwungen würde, etwas zuzustimmen. Ich kann dir versichern: Die Mitglieder der SPD-Fraktion stimmen dieser Satzung aus Überzeugung zu.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Jetzt noch Herr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Auch wir stimmen gern zu. Es stimmt eben nicht – zum wiederholten Mal –, dass es Wischiwaschi und nicht wirksam ist. Ich weiß, die Wohnungsverwaltung freut sich darauf, damit zu agieren, und ich freue mich, in zwölf Monaten kurz vor der Wahl zu stehen, dann werde ich euch zitieren, wie ihr sagt: „Nicht eine Wohnung wird gerettet werden“, und dann wird Herr Zaum berichten, was mit dieser Wohnraumschutzsatzung für die Menschen gemacht worden ist. Dann werdet ihr als Lügner entlarvt. Viel Spaß bei dem Wahlkampf!

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und vereinzelt von der SPD)

Oberbürgermeister Geisel: Ich schlage vor, dass wir jetzt wieder etwas runterkommen und uns der Abstimmung zuwenden. Wir haben die Tagesordnungspunkte 6.4 und 6.5 gemeinsam behandelt. Wären Sie damit einverstanden, wenn wir zunächst als den weitestgehenden Antrag die Satzung, die von der Ratsfraktion Die Linke beantragt ist, zur Abstimmung stellen?

(Ratsherr Raub [SPD]: Ja!)

Anschließend gibt es zu der Satzung, die die Ampelfraktionen eingebracht haben – wenn ich das richtig überblicke –, drei Änderungen. Das sind Änderungen, die die Ampel selbst eingebracht hat. Das ist die Präzisierung, dass von der vorangehenden schützenswerten Nutzung die Airbnb-Nutzung oder – ich sage mal so – die Beherbergungsnutzung ausgeschlossen ist.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Dann gibt es eine Reihe von Punkten, wo man auch noch ein Approval Voting machen kann. Ich kann nur sagen: Die Amtssprache ist deutsch. Was immer „Approval Voting“ sein soll. Wäre es okay, wenn ich zunächst frage, ob wir diese Punkte zunächst gesammelt abstimmen? Ich meine, wir können die alle einzeln machen.

(Ratsherr Raub [SPD]: Nein!)

Aber wir könnten mal einen Test-Vote machen, –

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Test-Vote – mein Gott!)

– ob nicht alle gleichzeitig zur Abstimmung gestellt werden können.

Dann gibt es den Änderungsantrag der CDU. Da ist mir ehrlicherweise nicht ganz klar, wo die Ergänzung unter 1. –

„Die Dauer einer Überlassung [...] darf dabei nicht mehr als insgesamt zwölf Wochen im Kalenderjahr betragen.“

– eingefügt werden soll. Das passt nach meiner Lesart nicht wirklich in die Satzung; denn die setzt ja auf die Ampelsatzung auf. Vielleicht habe ich es nicht gründlich genug gelesen, aber ich nehme

mal an, Sie wollen sagen: Eine unzulässige Zweckentfremdung liegt dann vor, wenn es mindestens zwölf Wochen sind.

(Ratsherr Lukaschewski [CDU]: Mehr als zwölf Wochen!)

Ich darf mal den Rechtsdezernenten fragen; das passt, glaube ich, nicht zwanglos in den Duktus. Sie müssen schon sagen, wo es eingefügt werden soll, damit es Sinn macht. Es heißt in der Satzung:

„Eine Überlassung nur für kurze Dauer an häufig wechselnde Nutzer liegt insbesondere vor, wenn diese die Räume nur vorübergehend ohne Meldung [...].“

Jetzt würden Sie sagen: Eine Zweckentfremdung liegt nur dann vor, wenn die Dauer über zwölf Wochen beträgt.

(Ratsherr Lukaschewski [CDU] geht ans Redepult.)

Ratsherr Lukaschewski (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Oberbürgermeister Geisel: Moment! Zunächst muss ich Sie erst einmal aufrufen, bevor Sie ans Pult gehen, würde ich mal sagen. Ich leite immer noch die Sitzung. Da bitte ich um Verständnis. Sie gehen bitte zurück an Ihren Platz, solange ich Sie nicht aufgerufen habe.

(Unruhe)

Herr Lukaschewski, wollen Sie die Frage beantworten?

(Ratsherr Lukaschewski [CDU] nickt.)

Dann darf ich Sie bitten, dem Rat zu erklären, wie die Änderung eingefügt werden soll.

Ratsherr Lukaschewski (CDU): Ja, bei Juristen und Pädagogen wird das nie sehr einfach.

Meine Damen und Herren! Wir machen keinen Änderungsantrag zur Satzung, sondern es gibt einen Antrag der Ampel, und dazu haben wir diesen Änderungsantrag gestellt.

(Ratsherr Raub [SPD]: Wohin soll der?)

Schauen Sie mal, das haben wir doch dort genau beschrieben. Nehmen Sie mal Ihren Antrag, den Grundantrag vom Anfang, darin gibt es die Punkte 1 und 2, und den Punkt 1 haben wir dann erweitert, fett gedruckt:

„Die Dauer einer Überlassung an andere Nutzer nach § 3, Absatz 1, Nr. 2 darf dabei nicht mehr als insgesamt zwölf Wochen im Kalenderjahr betragen. Den Vermietern ist zusätzlich eine Registrierungs- und Anzeigepflicht aufzuerlegen.“

Das hat Herr Pfundner Ihnen gerade noch einmal deutlich erklärt.

Dann haben wir einen dritten Punkt – –

Oberbürgermeister Geisel: Entschuldigung, Herr Lukaschewski! Wir sollen eine Satzung verabschieden, die nachher als Satzung veröffentlicht wird. Dazu muss hinreichend klar sein, was Inhalt dieser Satzung sein soll.

Ratsherr Lukaschewski (CDU): Ja, natürlich. Herr Oberbürgermeister, wir haben einen Antrag der Ampel.

Oberbürgermeister Geisel: Es gibt genügend Juristen in der CDU-Fraktion, die das Problem hätten lösen können.

Ratsherr Lukaschewski (CDU): Wir haben einen Antrag – –

(Ratsherr Raub [SPD]: Sagen Sie doch bitte, wohin das soll!)

– Das habe ich doch gerade gesagt. Hören Sie einfach zu!

(Ratsherr Raub [SPD]: Nein, eben nicht!)

Wir haben den Antrag der Ampel, der liegt Ihnen vor. Darin gibt es einen Punkt 1 und 2.

(Ratsherr Raub [SPD]: Wo? – Es gibt mehrere Punkte 1 und 2!)

– Zum Antrag! Wir reden über den Antrag. Änderungsanträge zu Anträgen sind immer zum Antrag. Diesem Antrag fügen wir unter Ihrem ersten Satz, Punkt 1, unsere Ergänzung hinzu. Darum ist sie fett gedruckt. Dann übernehmen wir Ihren Punkt 2 vollkommen.

(Bürgermeisterin Zepunkte [SPD]: Jetzt habe ich es verstanden! – Ratsherr Raub [SPD]: Das muss in die Satzung rein und kann nicht in den Antrag!)

Das war der Inhalt Ihres Antrags.

(Ratsherr Raub [SPD]: Nein!)

Die Verwaltung verändert doch die Satzung hinterher. Wir haben ja noch weitere Punkte.

(Ratsherr Raub [SPD]: Entschuldige mal, was ist das für ein Hokuspokus?)

Unser Punkt 3 ist bei Ihnen noch gar nicht drauf. Da beantragen wir – –

(Ratsherr Raub [SPD]: Wir haben die Satzung noch nicht beschlossen!)

– Ja, aber wir beschließen doch – –

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf Folgendes sagen, Herr Lukaschewski – ich helfe Ihnen –, wir machen es so: –

(Ratsherr Raub [SPD]: Nein, das machen wir nicht!)

– Nach Ziffer 2: „Eine gewerbliche Zimmervermietung liegt vor, wenn [...], die [...] nicht zu erzielen wäre“, es sei denn, der Zeitraum dieser Vermietung liegt unter zwölf Wochen pro Jahr. – Das ist das, was Sie wollen?

(Ratsherr Lukaschewski [CDU] nickt.)

Dann würde ich sagen, dann nehmen wir das so zu Protokoll. Jetzt bin ich schon der Dienstleister der CDU-Fraktion. Das ist ein ganz neues Lebensgefühl, aber gut.

(Beifall von Ratsherrn Volkenrath [SPD] – Zurufe von der CDU: Oh!)

– Nein, ist gut. Ich bin ja der erste Diener dieser Stadt.

Wir haben dann diesen Änderungsantrag. Ich schlage vor, zunächst würde ich die Satzung der Linken zur Abstimmung bringen. Anschließend würde ich zunächst gesammelt die Punkte von Herrn Grenda abstimmen.

(Ratsherr Raub [SPD]: Ja!)

Dann würde ich die Ergänzung der Ampel zur eigenen Satzung und anschließend das, was die CDU, beantragt hat, zur Abstimmung stellen, wobei sich das – wenn ich das richtig sehe – nur beim dritten Punkt unterscheidet.

Ratsherr Raub (SPD): Es tut mir leid, Herr Oberbürgermeister, ich weise nur darauf hin, dass unsere Präzisierung bereits Bestandteil des Antrages ist und deswegen nicht mehr abgestimmt werden muss.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! – Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: So ist es!)

Oberbürgermeister Geisel: Gut, dann machen wir das nicht. Das hat hoffentlich jeder zur Kenntnis genommen, das ist verteilt worden. Gut, dann schenken wir uns das.

Anschließend kommt der Antrag der CDU. Wollen wir den in einzelnen Abschnitten – da gibt es ja zwei Unterschiede – oder insgesamt abstimmen?

(Ratsherr Raub [SPD]: Komplett!)

Danach dann der Grundantrag der Ampel.

Dann rufe ich jetzt auf: Wer der Zweckentfremdungssatzung, die Gegenstand ist, und dem Antrag der Fraktion Die Linke zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Wegen vier Stimmen so ein Gedruckse!)

Gibt es Gegenstimmen? – Letzteres ist erkennbar die Mehrheit.

Ich darf dann zunächst einmal gesammelt sämtliche Änderungen von Herrn Grenda zur Abstimmung stellen. Wer denen zustimmen möchte oder auch nur einer davon, den bitte ich um Handzeichen.

(Heiterkeit von der SPD und vereinzelt von der CDU)

Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Personen hier im Raum, die keiner Änderung, die hier Gegenstand ist, zustimmen möchte? – Das ist die Mehrheit. Dann brauchen wir es auch nicht einzeln abzustimmen.

(Ratsherr Figge [SPD]: Er hat einen Geschäftsordnungsantrag! – Ratsherr Figge [SPD] weist auf Ratsherrn Pfundner [Die Linke])

Herr Pfundner bitte.

Ratsherr Pfundner (Die Linke): Es wäre nett, wenn Sie die Abstimmungsergebnisse nach Parteien bekannt geben.

Oberbürgermeister Geisel: Ja, das waren Herr Grenda und die Fraktion Die Linke, die dieser Sammelabstimmung nicht zugestimmt haben. Gibt es weitere? – Ich sehe sonst niemanden. Ansonsten wurde es insgesamt abgelehnt.

Ich stelle jetzt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in der Fassung, dass wir diesen Passus –

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ja!)

– in § 3 Absatz 1 lit. 2 am Ende des zweiten Satzes hinzufügen. Wer dieser Änderung und den drei anderen Punkten zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Die Linke, die CDU-Fraktion, Herr Grenda, AfD, Republikaner und eine Stimme bei Tierschutz Freie Wähler. Gibt es Gegenstimmen? – Von der Ampel und dem OB. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei Tierschutz Freie Wähler. Dann würde ich vermuten, dass dieser Antrag keine Zustimmung gefunden hat.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Ja!)

Dann stelle ich den Grundantrag zur Abstimmung. Das ist der Antrag der Ampel mit der einschlägigen Anlage –

(Ratsherr Raub [SPD]: Präzisierung!)

– in der Fassung, die vorgetragen wurde mit der Herausnahme der Zweckentfremdungen Airbnb, Beherbergungsnutzung. Wer diese Satzung will und dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine breite Mehrheit. Gibt es Gegenstimmen? – Die Linke ist dagegen. Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei Tierschutz Freie Wähler. Ansonsten mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall von Ratsherrn Raub [SPD], Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen] und Ratsherrn Grenda [Piraten])

6.6

Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Palermo-Appell für einen europäischen Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge

01/ 215/2019

6.6.1

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion: Palermo-Appell

01/ 251/2019

Oberbürgermeister Geisel: Ich darf zunächst auf Folgendes aufmerksam machen: Die Verwaltung hat den Änderungsantrag im Sinne einer Ergänzung des Antrags verstanden. Wäre er es nicht, dann wäre er offensichtlich nicht zulässig; denn – ich sage mal so – das eine Thema hat mit dem anderen –

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Eigenständiger Antrag!)

– nun wirklich nur äußert mittelbar etwas zu tun. Einen Zuschuss zu wohltätigen Zwecken könnte man ansonsten gelegentlich zu jedem Antrag stellen.

Ist das Verständnis richtig, dass die CDU den Grundantrag ergänzen möchte durch ihren Ergänzungsantrag?

(Ratsherr Gutt [CDU]: Das war ein Änderungsantrag! – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das ist ein eigenständiger Antrag!)

Das ist ein eigenständiger Antrag, der nicht auf den Grundantrag aufbaut?

(Ratsherr Gutt [CDU]: Ja!)

Vielleicht begeben Sie sich ans Mikrofon, dann können Sie kurz erklären, was Sie damit wollen.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das ist ein eigenständiger Antrag!)

Ratsherr Gutt (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der so auch in der letzten Sitzung aufgerufen war und von Ihnen in keiner Art und Weise kritisch hinterfragt wurde. Wenn wir nicht die 20-Uhr-Grenze erreicht hätten, wäre das auch genau so abgestimmt worden.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Nein!)

Wir haben es auch nicht bei der Tagesordnungsdebatte zu Beginn der Sitzung hier thematisiert. Jetzt können wir nicht über die Hintertür während der Antragsberatung die Gültigkeit unseres Antrags infrage stellen. Das ist ein Änderungsantrag der Fraktion – so, wie er eingereicht wurde.

(Ratsherr Raub [SPD]: Sie wollen also kein Palermo, Sie wollen Geld?)

Oberbürgermeister Geisel: Der Antrag heißt: „Palermo-Appell für einen europäischen Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge“. Der liegt hier vor. Deswegen sage ich unser Verständnis. Nur so wäre er zulässig, und nur so ist er zulässig, wenn er aufsetzt auf den anderen und sagt: Wir wollen noch ein bisschen mehr als der Ausgangsantrag. Wir wollen nämlich für das UNHCR – was erwägenswert ist – noch 130.000 Euro aus dem Stadtsäckel zur Verfügung stellen. Ist das alternativ oder darauf aufsetzend? – Das ist die Frage.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Nein, das ist ein Änderungsantrag! – Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Was ändern Sie denn bei uns? – Ratsherr Gutt [CDU]: Ihren Text!)

Was wollen Sie ändern?

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das ist ein eigenständiger Antrag!)

Ändern Sie Ziffer 5?

Ratsherr Gutt (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich verstehe jetzt die Debatte nicht. Wir stellen ganz normal einen Änderungsantrag zu dem Antrag, der vorliegt, und der soll die Antragsformulierung des Antragstellers verändern zu unserer Formulierung. Das ist doch ein ganz normaler Vorgang.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das kann doch nicht so schwer sein!)

Oberbürgermeister Geisel: Sie haben vorher auch einen Änderungsantrag gestellt, als Herr Lukaschewski – da habe ich noch dabei geholfen, wie er es einfügt – die Satzung ändern wollte. Er setzte auf der Satzung auf, und er hat eine punktuelle Änderung vorgenommen. Das ist ein Änderungsantrag. Das Ding hier heißt auch „Änderungsantrag“, bezieht sich auf den Palermo-Appell. Mein Verständnis ist wie beim vorherigen Änderungsantrag: Er setzt auf den Antrag „Palermo-Appell“ auf und ergänzt ihn noch um einen zusätzlichen Passus.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Nein, das ist kein Ergänzungsantrag! – Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Die wollen den anderen weghaben! – Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Das ist nicht zulässig!)

– Dann ist er nicht zulässig.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Dafür ist es jetzt aber zu spät!)

Dann ist er nicht zulässig, eindeutig. Entschuldigung!

(Ratsherr Raub [SPD]: Komm, stimm ihn ab! Abstimmen! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das hätten Sie in der letzten Sitzung beanstanden sollen! – Unruhe)

– Moment! Der ist in der letzten Sitzung gar nicht zur Sprache gekommen.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Ja, aber das ist doch Ihr Versäumnis und nicht unseres!)

– Hallo! Es war 20 Uhr. Das ist doch nicht mein Problem, es war für uns alle 20 Uhr.

(Ratsherr Gutt [CDU]: Nein, den rechtlichen Hinweis hätten Sie in der letzten Sitzung geben können! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das ist lange beschlossen!)

Dann hätte ich es in der Sitzung gemacht. Ich bitte nur, zukünftig zu beachten, dass Änderungsanträge, die nicht auf den bisherigen Antrag aufsetzen, die ihn also nicht ergänzen, sondern ein Aliud darstellen, etwas mit dem Ausgangsantrag zu tun haben sollten.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Können wir das bei der Anerkennung der Tagesordnung klären? – Da sparen wir nächstes Mal bei der Tagesordnung!)

Ich sage mal: Diesen Antrag können Sie eigentlich zu jedem anderen Antrag stellen. Es ist immer gut: Spenden für einen guten Zweck. Nur, es muss schon im Zusammenhang mit dem Ausgangsantrag stehen. Aber wir können trotzdem abstimmen.

Wer möchte etwas zu dem Antrag sagen? – Frau Hebeler.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die europäische Flüchtlingspolitik ist gescheitert. Das interessiert natürlich nicht die Menschen, die aus guten Gründen übers Mittelmeer unter anderem nach Europa fliehen, weil sie sich dort eine Zukunft erhoffen – im ersten Schritt das schiere Überleben, und dafür nehmen sie in Kauf, die Überfahrt übers Mittelmeer nicht zu überleben.

Der Palermo-Appell möchte nicht abwarten, bis die europäischen Staaten sich auf einen neuen Verteilmechanismus geeinigt haben beziehungsweise bis sie in die Beratungen einsteigen, sondern der Palermo-Appell geht von den Orten aus, in denen die Integration stattfindet, nämlich von den Städten – die Städte Palermo, Düsseldorf. Wir sagen, wir sind bereit, Flüchtlinge, die den Weg übers Mittelmeer geschafft haben, sofort aufzunehmen und hier zu integrieren, und fordern Europa auf, auch endlich in die Gänge zu kommen, damit die unwürdige, unmenschliche Situation, die im Moment besteht, ganz schnell beendet wird. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und Bürgermeisterin Zepuntke [SPD])

Oberbürgermeister Geisel: Herr Gutt.

Ratsherr Gutt (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde das überaus hilfreich – auch angesichts der späten Stunde –, dass Sie sich sozusagen auf die wesentlichen Dinge dieses Antrags beschränkt haben.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür bin ich auch bekannt, oder?)

Ich versuche, das in ähnlicher Knappheit zu tun. Ich möchte nur noch zum Anfang betonen, dass das bei der ganzen, auch verständlichen Betroffenheit über das Flüchtlingseiland im Mittelmeer für uns als CDU-Fraktion ein Antragsgegenstand ist, den wir hier in diesem Rat nicht behandeln sollten, weil wir dafür nicht zuständig sind. Es ist eine mittelbare Zuständigkeit, keine juristische, daraus zu entnehmen, dass es der Palermo-Appell ist. Ich bitte nur, zu bedenken, dass wir uns bei ähnlichen Initiativen mit solchen Appellen in der nächsten Zeit auf einem etwas schwierigen

Zuständigkeitsniveau bewegen; denn wir müssen uns immer vor Augen halten, dass wir uns hier im Rat der Stadt Düsseldorf bewegen.

Inhaltlich gesehen, glaube ich, sind wir alle einer Meinung, was die Beurteilung des Versagens der europäischen Institutionen in der Regelung der Flüchtlingsproblematik und insbesondere des Flüchtlingseleuds im Mittelmeer betrifft. Es stehen leider keine Maßnahmen in Aussicht, die angedacht sind, wie ein gemeinsam gefundener Verteilmechanismus der Mitgliedstaaten oder gar die Einrichtung von gemeinsam getragenen Zentren in Nordafrika, die sich mit der Antragstellung im Rahmen eines europäischen Asylrechts schon vor Ort beschäftigen können, sodass diejenigen, die Schutz suchen, auf die Flucht über das Mittelmeer verzichten können.

Das alles ist realistischerweise nicht in der nächsten Zeit umzusetzen. Insofern bewegen wir uns bei der Beurteilung der Frage, wie wir damit umgehen sollen, in einem moralischen Dilemma. Es gibt keine Schwarz-weiß-Entscheidung. Da unterscheiden wir uns in der Bewertung, das ist keine Frage. Aber das, was die italienische Regierung kritikwürdigerweise in den vergangenen Monaten getan hat, um die Flüchtlingsströme nicht mehr in ihr Land zu lassen, hat in den Zahlen gesehen allerdings dazu geführt – das muss man bei der Abwägung auch berücksichtigen –, dass in diesem Jahr deutlich weniger tote Flüchtlinge zu beklagen sind –

(Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das stimmt überhaupt nicht!)

– als in den Jahren zuvor.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Na, dann ist ja alles gut, es sind ja weniger Unfassbar!)

Ich sage nur, das moralische Dilemma ist: Zu dem Zeitpunkt, als es die europäische Schutzmission gab, gab es den größten Anteil derjenigen, die leider nicht gerettet wurden, sondern bei diesem Versuch zu Tode gekommen sind. Insofern ist es nicht einfach – weder für die Bundesregierung noch für die EU-Mitgliedstaaten –, jetzt eine abgestimmte Politik, die auch gleichzeitig menschenwürdig ist, tatsächlich umzusetzen, weil die Nationalstaatsinteressen dafür einfach zu unterschiedlich sind.

Angesichts des moralischen Dilemmas bei dieser Frage haben wir uns als CDU-Fraktion dazu entschlossen, die Abstimmung zu der Frage, wer von uns den Appell mit unterstützen möchte, freizugeben. Wir haben allerdings auch – deswegen ganz bewusst – mit dem Änderungsantrag eine Komponente herausgenommen beziehungsweise hinzugefügt, die aus unserer Sicht wirksamer ist in dem Kontext als die Unterstützung des Palermo-Appells; denn wir wollen schon ein Zeichen setzen, dass wir im Sinne der Menschen eine Verbesserung der Situation auch als Stadt Düsseldorf befördern. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Menschen, die schützenswert sind, sich derzeit häufig in den von der UNHCR betreuten Einrichtungen aufhalten und da leider auch nicht die notwendigen Unterstützungen in der Art und Weise erhalten, wie das sicherlich wünschenswert wäre. Um die Situation der Betroffenen etwas zu verbessern, würden wir es als Zeichen des guten Willens sehen, wenn wir als Stadt Düsseldorf einen Beitrag dazu leisten, dass die Arbeit des UNHCR genau in diesen Gebieten dann auch gefördert wird.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Frau Dr. Strack-Zimmermann.

Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich ist heute europapolitisch ein super Tag; denn Matteo Salvini wird die längste Zeit seines Lebens Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Italien gewesen sein.

(Beifall von FDP und Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt momentan wohl kaum einen Politiker in Europa, der so die Fratze der Unmenschlichkeit darstellt wie dieser Mann. Dass er an dieser Stelle scheitert, ist wirklich ein gutes Signal. – Das am Rande.

Die neue Regierung Italiens hat ein anderes Vorgehen jetzt angekündigt. Fakt ist aber auch – das haben Sie gerade gesagt –, dass die europäische Mission, die Seenotrettung komplett versagt hat. Sie ist ausgesetzt, die gibt es momentan nicht. Auch die letzten Vertreter Deutschlands, die in Rom sitzen, sind gerade nach Hause gereist. Das heißt, wenn heute Flüchtlinge aufgetan werden, greift die Seenotrettung, nämlich dass zivile Helfer vor Ort – Tankschiffe, wer auch immer vorbeikommt – diese Menschen aufnehmen, und das ist natürlich angesichts des europäischen Gedankens, übrigens auch des christlichen Menschenrechtsbildes nach wie vor unerträglich. Ich finde es unerträglich und kann nur sagen: So ist Europa armselig.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Frau von der Leyen, die neue Kommissionspräsidentin, hat übrigens angekündigt – das ist auch eine gute Nachricht –, sich mit diesem Thema umgehend zu beschäftigen, weil sie als Verteidigungsministerin natürlich auch mitbekommen hat, dass wir dort vor Ort waren und die Fregatten nach Hause geschickt wurden, weil sie im Grunde genommen nichts mehr tun konnten. Aber dass man dieses Problem Privaten überlässt, kann eben auch nicht die Antwort sein.

(Zuruf von der SPD)

– Sie sollten an der Stelle diese dummen Sprüche lassen.

(Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke]: Das stimmt!)

Das war dämlich – mit Verlaub.

Im Mittelmeer sind über 13.000 Menschen ertrunken, und da sind noch nicht mal die Tausenden Menschen mitgezählt, die auf dem Weg von den G5-Sahel-Ländern zum Mittelmeer kommen – es sind nämlich Tausende, die in der Wüste ums Leben kommen. Von denen reden wir gar nicht. Deswegen an der Stelle – ich bin immer locker bei guten Sprüchen – einfach mal einen Moment den Atem anhalten.

Wir müssen natürlich auch sehen, dass gerade wir in Deutschland, was den Dublin-Prozess betrifft, auch eine Aufgabe haben. Wir haben vom Dublin-Prozess profitiert, nämlich dass Flüchtlinge nur dort Asyl beantragen können, wo sie an Land kommen. Da Flüchtlinge selten über die Nord- und Ostsee kommen, sind es Griechenland, Italien, Spanien, die immens betroffen sind. Ich war gerade in Griechenland. Wenn Sie die Lager dort sehen, wo drei- oder viermal so viele Menschen hausen, die dort angekommen sind, wo auch kein Asylverfahren läuft, das funktioniert vorn und hinten nicht, dann ist das dramatisch.

Wir werden diesen Palermo-Appell unterstützen. Es ist in der Tat nicht unproblematisch; denn über die zivile Hilfe gibt es auch Diskussionen, inwieweit sie Auslöser sein kann, –

(Ratsherr Gutt [CDU]: Ja!)

– dass also Menschen, wenn sie diese Schiffe sehen, sich in Lebensgefahr begeben. Aber das gehört natürlich dazu, wenn man überhaupt durch einen Kontinent läuft, wenn man mit kleinen Kindern und Familie in bootsähnliche Dinge steigt, um das Mittelmeer zu überqueren. Wie elend, wie armselig muss es einem gehen, um diesen Schritt zu gehen? Das sollten wir – ich bitte wirklich darum – auch nicht vergessen.

Wir werden das unterstützen. Es ist natürlich keine Antwort, aber es zeigt die Menschlichkeit dieser Stadt, und das gehört auch dazu. Ich finde, dass Düsseldorf in den letzten Jahren – das sage ich bei aller Kritik auch dem Oberbürgermeister gegenüber – einen super Job gemacht hat, was Flüchtlingspolitik betrifft, wenn man das so salopp sagen darf. Wenn wir einige mehr aufnehmen, wird das diese Stadt in keiner Weise tangieren, aber wir können einen Teil dazu beitragen, menschlich zu sein.

Was Ihren Antrag betrifft: Ich finde es immer gut, der UNHCR Geld zu überweisen. Insofern werden wir das auch gern mittragen. Nur, Sie wollten ihn als Ersatz dessen, was wir wollten, und das, lieber Herr Gutt – ich unterstelle Ihnen das nicht –, ist jetzt ein bisschen peinlich, denn wenn Sie eine Hilfe als solche sozusagen loslösen: Wir überweisen mal 140.000 Euro, und damit ist der Braten hier gegessen, das finde ich völlig unpassend. Insofern: Wenn Sie ihn entweder/oder haben wollen, dann werden wir ihn ablehnen. Wenn Sie aber sagen, Sie könnten sich vorstellen, den zu ergänzen, also unseren Antrag mitzutragen, –

(Ratsherr Gutt [CDU] macht eine verneinende Geste.)

– und zusätzlich ist die Stadt Düsseldorf bereit, Geld zu überweisen, dann würden wir das mittragen.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Genau so! – Beifall von FDP und von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Oberbürgermeister Geisel: Herr Maniera.

Ratsherr Maniera (REP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht vorab: In der Auflistung steht: Antrag der Grünen, SPD, FDP. Im Antrag steht dann: Grüne, CDU, FDP, Linke. Unterschrieben ist er von den Grünen, FDP, SPD, Linke. Das verstehe ich jetzt so nicht, aber okay.

Seenotrettung ist natürlich wichtig. Ich sage das explizit direkt am Anfang, damit man mir später nicht unterstellen kann – aus dem Kontext herausgegriffen –, ich wäre gegen die Rettung von in Not geratener Menschen.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Das würde niemand sagen!)

– Nein, das würde niemand sagen. Es gibt auch Leute, die sehen schon Rechtsradikale hier im Raum. Von daher ist die Betonung natürlich völlig überbewertet.

Ich verstehe aber unter Seenotrettung, dass man natürlich diese Leute rettet und in den nächstmöglichen Hafen verbringt. Das wäre meiner Meinung nach bei vielen Personen eben Libyen.

Innerhalb der EU gibt es eine sehr geringe Bereitschaft, Asylbewerber und Flüchtlinge aufzunehmen. Das wissen wir, und ich glaube auch nicht, dass ein solcher Appell irgendetwas daran ändern wird. Daher ist er aus meiner Sicht unnötig.

Problematisch halte ich die Formulierung „Kriminalisierung von Seenotrettung“. Das ist aus meiner Sicht reine Polemik. Es zielt auf die Entscheidung Italiens ab, Schiffe mit Personen nicht mehr in die jeweiligen Häfen zu lassen. In Gänze – das muss ich Ihnen sagen – muss ich diesen Antrag daher leider ablehnen, obwohl auch ich natürlich der Meinung bin, dass ein EU-weiter Verteilungsschlüssel lange notwendig ist.

(Ratsherr Neuenhaus [FDP]: Da sind wir sehr froh, dass Sie ihn ablehnen! Das wäre uns sonst peinlich gewesen!)

Oberbürgermeister Geisel: Frau Goldberg-Hammon.

Ratsfrau Goldberg-Hammon (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein Appell ist nie überflüssig. Ein Appell ist ein wichtiges Signal nach außen. Ich habe erst kurz überlegt, ob ich wirklich noch etwas sagen soll. – Ja, ich will etwas sagen, und zwar habe ich mir gedacht, ich möchte mich noch einmal auf das fokussieren, was bei uns eigentlich so beschämend ist.

Beschämend ist, dass Europa dem Leid der Menschen einen politischen Formalismus vorsetzt, anstatt ihm mit pragmatischem Verstand zu begegnen.

(Beifall von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Es ist beschämend, dass Seenotretter kriminalisiert werden. Das ist meine tiefste Überzeugung. Es ist beschämend, dass Europa nicht in der Lage ist, eine gemeinsame nachhaltige Migrationspolitik schleunigst auf den Weg zu bringen.

(Beifall von Ratsfrau Kraft-Dlangamandla [Die Linke])

Der Palermo-Appell, den wir heute hoffentlich mit breiter Mehrheit verabschieden werden, zeigt und setzt ein Zeichen dafür, dass es ein breites Bündnis in Kommunen, in Zivilgesellschaften, bei den Kirchen, bei den Verbänden gibt, dass wir als Kommune willens und in der Lage sind, einen Weg und Hilfe ganz pragmatisch aufzuzeigen, um wenigstens ein bisschen Not zu lindern. Natürlich löst das nicht die große Migrationsfrage in Europa, aber es hilft, im Moment das Problem ein wenig in den Griff zu kriegen.

Düsseldorf tut wirklich gut daran, diesen Appell mitzutragen; denn wir rühmen uns ein Stück weit zu Recht als weltoffene Stadt. Ja, wir haben in den letzten Jahren unheimlich viel geleistet. Die Integration derer, die zu uns gekommen sind, war anfänglich in vielen Städten holprig, aber in Düsseldorf hat sie gut funktioniert. Ich finde, Düsseldorf kann stolz darauf sein. Und einen solchen Appell gilt es zu unterstützen.

Herr Gutt, dieser Appell richtet sich nach den aufgeführten fünf Punkten mit einer Bitte an den Oberbürgermeister, sich gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen auf der Ebene des Städtetages und gegenüber der Bundes- und der Landesregierung und den Ministerien einzusetzen. Deswegen halte ich es für viel zu kurz gesprungen, dem lapidare 130.000 Euro gegenüberzustellen, die auf ein Jahr begrenzt Abhilfe schaffen. Das ist miteinander nicht vergleichbar. Ich hoffe, Sie geben sich einen Ruck und stimmen diesem Appell zu.

(Beifall von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Linken)

Oberbürgermeister Geisel: Ich habe keine weitere Wortmeldung. Wir können dann abstimmen. Ich glaube, wir stimmen zunächst den Antrag der Ampelfraktionen und dann den sogenannten Änderungsantrag ab.

(Ratsherr Pfundner [Die Linke]: Der kann nicht als Änderungsantrag abgestimmt werden! –
Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Das hatten wir schon!)

Er ist unzulässig. Ich räume ein, wir hätten nachfragen sollen, wie er zu verstehen ist. Wir haben gutgläubig darauf vertraut, es sei ein Ergänzungsantrag. Das ist er offenbar nicht. So verstehe ich das. Dann sollten wir nächstes Mal früher zwischengrätschen.

Ich darf den Antrag der Ampelfraktionen zur Abstimmung stellen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen der CDU,

Republikaner, AfD. Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei Tierschutz Freie Wähler. Ansonsten mit einer breiten Mehrheit mit etwa der Hälfte der Stimmen der CDU so angenommen.

(Beifall von Ratsherrn Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen], Ratsherrn Neuenhaus [FDP] sowie Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP])

Wir kommen dann zum Antrag der CDU. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen der CDU. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegenstimmen waren erkennbar die Mehrheit. Damit ist er abgelehnt.

6.7

Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Optimierung der Düsseldorfer gesundheitlichen Notfallversorgung durch Digitalisierung

01/ 216/2019

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte ihn einbringen, oder können wir ihn gleich abstimmen?

(Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann [FDP]: Gleich abstimmen! – Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! – Ratsfrau Hebler [Bündnis 90/Die Grünen]: Gleich abstimmen!)

Dann würde ich vorschlagen, ihn gleich abzustimmen.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Halt, halt, halt!)

Wir waren schon – –

(Ratsherr Stieber [CDU]: Nein, Moment! Sie hatten nach Einbringung gefragt!)

Ich räume ein, ich muss mich wieder verbessern, lieber Herr Stieber. Und Herr Grenda kommt im Schlepptau gleich noch hinterher.

Ratsherr Stieber (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie hatten nach der Einbringung gefragt und sind dann in die Abstimmung gegangen. Ich hatte keine Chance – –

(Ratsherr Müller [SPD]: Ja, rede doch!)

Oberbürgermeister Geisel: Ja, ist doch alles gut.

Ratsherr Stieber (CDU): Wir wollen doch alle nach Hause.

(Ratsherr Müller [SPD]: Ja, eben!)

– Ja, das ist doch in Ordnung.

Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. Sonst wären wir mit unserem AGS auch nicht nach Aachen gefahren, um uns die Telemedizin anzuschauen.

Wir haben nur eine Sache, die wichtig ist, dem Protokoll beizufügen, und zwar, dass, nachdem diese Kommission ein Konzept erarbeitet haben wird, was hoffentlich tragfähig und gut ist, weil schließlich Politik beteiligt ist, keine voreiligen Beschlüsse durch diese Kommission gefasst werden, sondern die entsprechenden Konzepte zur Beschlussfassung, weil sie auch etatwirksam sein werden, erst den entsprechenden politischen Gremien – das wäre dann der AGS und der AÖE

beziehungsweise der Rat – zum Beschluss vorgelegt werden. Das ist für uns wichtig. Deshalb bitte ich darum, das dem Protokoll beizufügen.

(Ratsfrau Hebeler [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist selbstredend, ja!)

Oberbürgermeister Geisel: Gut. – Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von uns natürlich Zustimmung, dass dieser Kreis gegründet wird.

(Ratsherr Raub [SPD]: Von uns? Es sind doch nur Sie, Herr Grenda!)

– Ja, wir sind schon ein paar mehr Digitalexperten.

Es geht eigentlich um weitaus mehr; denn auch dort ist die Feuerwehr Düsseldorf in einem der führenden Gremien; die Probleme sind bekannt. Es wird dringend notwendig, dass auch im Landtag und auch bei den großen Rettungsorganisationen, bei denen einige Düsseldorfer im Vorstand sitzen, endlich die digitalen Schnittstellen geöffnet werden, damit gerade bei der Notfallversorgung diese Kompetenz gebündelt werden kann. Keine Stadt wird dieses Problem der BOS-Versorgung des Digitalfunks allein stemmen können – das ist ein Traum –, sondern das kann nur landes- oder bundesweit tatsächlich organisiert werden. Deswegen noch einmal die Bitte, entsprechend anfangen zusammenzuarbeiten und nicht immer jede Organisation selbstständig zu sehen.
– Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Herr Grenda. – Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig angenommen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ach, wie schön!)

6.8

Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Finanzierung von stop mutilation e. V.

01/ 230/2019

Oberbürgermeister Geisel: Wer möchte dazu etwas? Möchte ihn jemand einbringen? – Frau Hebeler. – Herr Grenda hat sich auch schon wieder gemeldet. Frau Hebeler, Sie bringen ihn ein.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Ich mache es auch hier kurz. Stop mutilation ist die einzige Landesfachstelle zum Thema „weibliche Genitalbeschneidung“. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von stop mutilation haben seit Januar dieses Jahres im Vertrauen darauf, dass das Land sich bezüglich der Landesförderung äußert, weitergearbeitet. Inzwischen wissen wir, dass das Land im Jahr 2019 keine Mittel zur Verfügung stellen wird, aber bereit ist, im Jahr 2020 wieder in die Landesförderung einzusteigen. Das wissen wir allerdings erst seit der letzten Ratssitzung und heute, dass das so ist. Deswegen liegt Ihnen jetzt erst einmal der Antrag vor, sozusagen rückwirkend das erste Halbjahr 2019 stop mutilation finanziell zu unterstützen. Ich kündige zudem jetzt schon an, dass wir in die September-Ratssitzung einen Finanzantrag für die zweite Jahreshälfte 2019 einbringen werden, weil wir keine Lücke in der Versorgung von Frauen und Familien entstehen lassen wollen, die zum Thema „weibliche Genitalbeschneidung“ Bedarf haben. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und von Ratsfrau Zepuntke [SPD])

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank. – Herr Grenda.

Ratsherr Grenda (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine direkte Nachfrage an die Verwaltung, weil sie sich mit diesem Antrag auch beschäftigt haben wird. Ich habe mir auch die Unterlagen vom Land angeschaut. Ja, es ist richtig, was Frau Hebler schon gesagt hat: Die eine Förderung ist eingestellt; denn es gibt seit 2016 den neuen Beschluss aus dem Landtag, was über das Kutairi-System gebündelt ist, und ja, es gibt in der Zwischenzeit zwei Beratungsstellen.

(Ratsfrau Holtmann-Schnieder [SPD]: Das stimmt nicht!)

– Moment! Ich frage nur nach.

Dort sind Geldmittel hinterlegt worden. Das, was ich gern wissen würde beziehungsweise was mir hier aufgefallen ist, ist, dass beide Organisationen an derselben Adresse angesiedelt sind. Warum arbeiten diese Stellen nicht zusammen? – Ich weiß nicht, wie die Aufteilung vom Land tatsächlich aussah. Welche Informationen liegen da entsprechend vor? Denn natürlich macht ein Land keine Doppelförderung, und in dieser neuen Plattform, die der Landtag beschlossen hat, ist automatisch diese stop mutilation mit aufgeführt – genauso wie das Partnerinstitut in Köln. Klar, da muss man sich das Geld jetzt natürlich irgendwo teilen. Deswegen würde ich gern eine Erklärung dazu haben – Frau Hebler kann das mit Sicherheit sagen –, warum das Geld von der einen Stelle nicht in die andere fließt, obwohl es an der gleichen Stelle sitzt. – Danke.

Oberbürgermeister Geisel: Dann darf ich die Kompetenz von Frau Hebler beleihen, auch wenn üblicherweise Fragen an die Verwaltung gestellt werden.

(Ratsherr Czerwinski [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir helfen gern!)

Ratsfrau Hebler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich denke, das in mich gesetzte Vertrauen ist an der Stelle gerechtfertigt.

Stop mutilation ist eine Beratungseinrichtung. Da arbeiten leibhaftige Menschen, die Face-to-face-Beratungen machen und so weiter und so fort. Dann gibt es Kutairi. Das ist eine Internet-Plattform, auf der unterschiedliche Informationen zum Thema abgerufen werden können. Da gibt es im Hintergrund natürlich Menschen, die diese Internet-Plattform mit Inhalten füllen, aber das ist eine ganz andere Baustelle. In der Tat, Kutairi, die Internet-Plattform, wird vom Land auch in diesem Jahr weiter gefördert, während bei der Beratungsstelle stop mutilation das Land im Jahr 2019 aussetzt.

Ich weiß nicht, welche Beratungsstelle Sie in Köln meinen. Da müssten Sie vielleicht uns noch einmal helfen.

(Ratsherr Stieber [CDU]: Nein, bitte nicht!)

Aber ich glaube, das Land kann gut zwei Fachstellen vertragen, und wie gesagt, wir haben die Zusage des Landes und sind da frohen Mutes, dass das Land im Jahr 2020 wieder in die Förderung von stop mutilation einsteigen wird.

Oberbürgermeister Geisel: Das war jetzt etwas ausführlicher, als ich dachte. – Frau Dr. Strack-Zimmermann, Sie sind dran.

Ratsfrau Dr. Strack-Zimmermann (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Es ist ja nicht unwichtig, dass wir das hier kurz besprechen, weil das natürlich eine Ausnahme sein soll, dass wir sozusagen Düsseldorfer Haushaltsmittel nehmen, wenn das Land pausiert. Das, was aber, glaube ich, wichtig ist, ist Folgendes: Diese Einrichtung ist vor zehn Jahren an den Start gegangen. Sie kümmert sich um Frauen, deren Genitalien verstümmelt wurden, und sie kümmert sich um Mädchen aus den Familien, die hier seit Jahren leben – auch kleine Kinder – und bei denen die

Gefahr besteht, dass, wenn sie die Familien in ihren Heimatländern besuchen, das dort vorgenommen wird.

Deswegen ist die Arbeit so wichtig, weil sie sich nicht nur an die Familien wendet, sondern auch an Einrichtungen, an das Jugendamt, was auch involviert ist, und auch an die Einrichtungen von Erzieherinnen, die in den Kindergärten möglicherweise mit Kindern konfrontiert werden, bei denen die Gefahr besteht, dass sie von der Familie – nicht die, die hier lebt, sondern die vor Ort in den Ländern lebt – eben verstümmelt zurückkommen. Auch das ist ein Thema, das uns nicht kaltlassen kann. Vor allen Dingen ist das so wichtig, weil diese Einrichtung die Männer mitnimmt. Das heißt, dass die Familie in Gänze aufgeklärt wird – bis dahin natürlich auch, dass es sich hier um einen Straftatbestand handelt, der übrigens unter Frau Leutheusser-Schnarrenberger als Justizministerin explizit ausgewiesen wurde, also nicht nur unter das Strafrecht fällt, sondern eben auch dass derjenige, der zuschaut und zulässt, dass junge Mädchen und Kinder verstümmelt werden, strafrechtlich belangt werden kann, bis hin zur Ausweisung aus diesem Land. Ich möchte das nur in aller Deutlichkeit sagen.

Ich finde es exzellent, dass wir das unterstützen. Wir werden aber natürlich unseren Einfluss geltend machen, dass es auch da finanziert wird, weil es eben nicht ein reines Düsseldorfer Thema ist, auch wenn die betreffenden Berater hier in Düsseldorf aktiv sind, sondern eine Sache des Landes Nordrhein-Westfalen. Wenn man sich damit beschäftigt – weltweit sind noch mindestens 200 Millionen Frauen davon betroffen. Es ist barbarisch, es ist mittelalterlich, und es ist gut, dass wir hier an der Stelle nicht wegschauen, sondern präventiv arbeiten. Insofern fände ich es schön, wenn wir das gemeinsam hier auf den Weg bringen würden.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Geisel: Vielen Dank, Frau Dr. Strack-Zimmermann. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen und darf den Antrag zur Abstimmung stellen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung, ansonsten einstimmig angenommen.

Ich denke, das ist ein schöner Abschluss des heutigen Sitzungstages. Ich darf Ihnen allen für die Anwesenheit bei dieser außerordentlichen Sitzung danken. Wir haben alle Restanten geschafft. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen sonnigen Abend.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17.46 Uhr

RAT/017/2019
Stadtkämmerin Schneider

Anfrage des Rats Herrn Maniera
Ausschreitungen im Rheinbad Teil 3

Basierend auf den Stellungnahmen der Bädergesellschaft Düsseldorf GmbH und des Presseamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Auf Nachfrage erklärt die Bädergesellschaft Düsseldorf mbH auf die Frage 1:

Was kann zum aktuellen Stand der Vorkommnisse im Rheinbad am 26.07.2019 mitgeteilt werden?

Antwort der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH:

Im Zusammenhang mit den Vorfällen am Wochenende des 29./30. Juni 2019 sowie am Freitag, den 26. Juli 2019, haben sich nach Angaben des Polizeipräsidiums keine Hinweise für von außen initiierte bzw. gesteuerte Aktionen von Jugendlichen/Heranwachsenden oder anderen Personen ergeben; vielmehr ist von einer „situativen Eskalation“ auf dem Freibadgelände des Rheinbades auszugehen.

Nach den frühzeitigen Beendigungen des Badebetriebes im Freibad Rheinbad, unter Begleitung der Polizei, wurden die Sicherheitsmaßnahmen, für die sich der Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH in seiner Sondersitzung am 17.07.2019 ausgesprochen hat, erweitert durch eine grundsätzliche Einführung einer Ausweisvorlage mit Lichtbild und einer Kontrolle des regulären Zuganges über den Kassenzugang, mit Ausgabe von Kontrollbändern.

Die Präsenz des OSD Düsseldorf und der Polizei Düsseldorf wurde insbesondere am Wochenende vor dem Rheinbad erhöht. Kommunikationswege und Meldekettens wurden in diesem Zusammenhang überarbeitet. Zudem wird überprüft, wie dem Ausstattungsgrad der Freibäder durch bauliche Veränderungen weniger Versammlungsattraktivität verliehen werden kann.

Auf Nachfrage erklärt die Bädergesellschaft Düsseldorf mbH auf die Frage 2:

Wurden die Videoaufnahmen tatsächlich gelöscht und wenn ja, warum erfolgte eine Videoüberwachung bzw. soll diese sogar ausgeweitet werden, wenn die Aufnahme angeblich gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstoßen und nicht verwertet werden dürfen?

Antwort der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH:

In den von der Bädergesellschaft Düsseldorf betriebenen Bädern findet eine Videoüberwachung nach § 4 BDSG (Bundesdatenschutzgesetz) statt. Die Videoüberwachung dient folgenden Zwecken:

- Wahrnehmung des Hausrechts
- Tür- und Torbeobachtung, um unerlaubtes Betreten zu verhindern
- Öffnen und Schließen von Türen und Toren außerhalb der Öffnungszeiten zu steuern
- Beschädigung und Diebstahl zu verhindern
- Aufklärung etwaiger Straftaten.

Die Aufnahmen werden über einen Zeitraum von 72 Stunden gespeichert. Im Einzelfall ist eine Weitergabe an Strafverfolgungsbehörden möglich. Rechtsgrundlage ist die Wahrung berechtigter Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO (Datenschutzgrundverordnung).

Die Videoaufzeichnungen über den Vorfall im Rheinbad am 26.07.2019 wurden auf Anweisung der Geschäftsführung gelöscht.

Frage 3:

Woher stammten die öffentlich mitgeteilten Informationen, die Oberbürgermeister und Stadtdirektor auf der Pressekonferenz verbreitet haben und im Widerspruch zu den Ausführungen der Polizei standen?

Antwort des Amtes für Kommunikation:

Die von Oberbürgermeister Thomas Geisel und Stadtdirektor Burkhard Hintzsche auf der Pressekonferenz am Montag, 29.07.2019, geäußerten Informationen basieren auf einer gemeinsamen Analyse des Videomaterials über die dritte Rheinbad-Räumung unmittelbar vor dieser Pressekonferenz.

Anfrage der Ratsfrau Opelt
Große Umweltpur – noch mehr Stau für Düsseldorf

Frage 1:

Warum hört die Stadt die Bezirksvertretungen 2, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 nicht zu der geplanten Einrichtung der „Umweltpuren“ an, obwohl diese Stadtbezirke nach der Verwaltungsvorlage von Ausweichverkehren und Einfahrtrestriktionen betroffen sind, und warum wird die Vorlage zu den „Umweltpuren“ nicht - wie bereits den Prüfauftrag in dem Beschluss zur Stellungnahme zum Luftreinhalteplan - dem Rat selbst, sondern lediglich einem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt, obwohl es sich um eine ganz grundsätzliche Frage für die Stadt handelt, die auch erhebliche Auswirkungen auf Handel, Gastronomie, Gewerbe und den Wohnstandort hat?

Antwort:

Gemäß Zuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Düsseldorf entscheidet der Ordnungs- und Verkehrsausschuss (OVA) über nicht unerhebliche Verkehrsregelungsmaßnahmen bei Hauptverkehrsstraßen und Zubringerstraßen und nicht der Rat. Daher hat auch der OVA in seiner Sitzung am 09.01.2019 beschlossen, dass die Verwaltung die Möglichkeit prüft, inwieweit die Einrichtung von Umweltpuren auf dem Straßenzug beginnend am P+R-Platz Südpark bis zur Kaiserstraße möglich ist. Die Streckenabschnitte der „großen Umweltpur“, die kurzfristig eingerichtet werden können, liegen flächenmäßig in den Stadtbezirken 1, 3 und 9. Gemäß Zuständigkeitsordnung entscheidet der OVA, da es sich um Hauptverkehrsstraßen handelt. Gemäß Bezirkssatzung obliegt den betroffenen Bezirksvertretungen ein Anhörungsrecht, welchem auch nachgekommen wird. Eine Anhörung von Bezirksvertretungen, die indirekt durch Maßnahmen innerhalb anderer Bezirksgrenzen, in diesem Fall durch eventuell auftretende Ausweichverkehre, betroffen sein können, ist gemäß Bezirkssatzung nicht vorgesehen.

Frage 2:

Wann richtet die Stadt die „Umweltpuren“ auf der Werstener Straße, Witzelstraße, Mecumstraße und Fischerstraße konkret ein („soll vorgezogen umgesetzt werden“)?

Antwort:

Vorbehaltlich des Beschlusses der Maßnahmen durch den Ordnungs- und Verkehrsausschuss am 28. 08.2019 ist eine Umsetzung im Oktober 2019 anvisiert.

Frage 3:

Welche konkreten Maßnahmen verbergen sich hinter den in der Vorlage angesprochenen „Maßnahmen in den Bereichen Kennedydamm und Danziger Straße zur Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der Innenstadtzufahrt aus dem Norden“ und wie ist der aktuelle Planungsstand für die Corneliusstraße und Berliner Allee, d.h. welche Varianten/ Maßnahmen werden derzeit geprüft?

Antwort:

Die Einrichtung einer Umweltpur wird derzeit für den gesamten Streckenzug zwischen Südpark und Nordstern geprüft. Dabei wurde der Streckenzug in 12 Abschnitte unterteilt. Für Fünf Abschnitte liegen bereits Ergebnisse vor. Die hieraus resultierenden Maßnahmen sind in der aktuellen Beschlussfassung dargestellt.

Für die übrigen Abschnitte können konkrete Maßnahmen erst nach Abschluss der Prüfungen benannt werden. Eine entsprechende Beschlussdarstellung wird voraussichtlich im Herbst 2019 dem Ordnungs- und Verkehrsausschuss vorgelegt.

Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler
Tiertodesfälle in Düsseldorf 2019

Frage 1:

Wie viel der in Düsseldorf wildlebenden Tiere sind 2019 bisher verstorben (bitte detailliert auflisten nach Tierart, Fundort, Daum und vermuteter bzw. festgestellter Todesursache)?

Antwort:

Zu wildlebenden Tieren in Düsseldorf liegen keine Statistiken vor. Zudem sind tote Wildtiere nicht meldepflichtig.

Durch die Tiernotrettung und die Stadtverwaltung wurden bisher 152 tote und 110 kranke Enten geborgen bei denen es den Hinweis auf Botulismus gibt(Stand 22.08.2019). Von den erkrankten Tieren sind zwischenzeitlich rund die Hälfte gestorben. Genaue Ortsangaben zum Fundort liegen der Verwaltung nicht vor. Botulismus ist eine lebensgefährliche Erkrankung, die durch einen von Bakterien gebildeten Giftstoff verursacht wird. Der Giftstoff entsteht bei hohen Temperaturen und geringem oder gar keinem Sauerstoff im Wasser.

Frage 2:

Was hat die Landeshauptstadt Düsseldorf wann, wie und wo präventiv getan, um in Parks, Garten- und öffentlichen Grünanlagen genügend Wasser- und Futterstellen für die wildlebenden Tiere bereitzustellen?

Frage 3:

Was hat die Landeshauptstadt Düsseldorf wann, wie und wo zusätzlich getan, als bekannt wurde, dass das Vorhandene für die wildlebenden Tiere nicht ausreichte?

Antwort zu Frage 2 und 3:

Wildlebende Tiere sind an die Lebensbedingungen etwa in öffentlichen Parkanlagen angepasst und reagieren auf Veränderungen. Wenn wildlebende Tiere wie Gänse und Enten nicht mehr genügend Nahrung finden, weichen sie auf andere Gebiete aus und suchen im Umland nach Futterquellen. Ein solches Verhalten zeigen Wildtiere auch bei jahreszeitlich bedingten Unterschieden im Futterangebot. Dieser natürliche Prozess wird durch die Einrichtung von zusätzlichen Futterangeboten gestört.

Angesichts der anhaltenden Trockenheit hat auf Initiative des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes am 9. August 2019 ein Treffen der zuständigen Fachämter, dem Tierschutzverein und dem Verein Tiernotruf stattgefunden sowie ein Informationsaustausch mit ehrenamtlichen Naturschutzverbänden wie dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Es wurden verschiedene Maßnahmen abgestimmt. Hierzu gehören, dass alle städtischen Gewässer verstärkt routinemäßig und in enger Abstimmung der Fachbereiche der Stadtverwaltung kontrolliert werden. Gefundene Kadaver werden zeitnah aus den Gewässern entfernt. Kranke Enten werden an die Enten-Hotline übergeben, die von der Stadtverwaltung unterstützt wird. Eine durch das Gartenamt beauftragte Firma führt Kontrollen per Boot auf bestimmten Gewässern durch. Hierzu gehören der Spee'sche Graben, der Volksgartenweiher, die innere südliche Düssel im Südpark, am Kaiserteich und am Schwanenspiegel. Im Hofgarten werden die Kontrollen durch das Gartenamt selbst durchgeführt.

Den Gewässern des Zooparks und des Ostparks wurde zudem mit Unterstützung der Düsseldorfer Feuerwehr Frischwasser zugeführt. Durch den Einbau zusätzlicher Entenbretter hat die Verwaltung Enten und Kleinsäugern den Ein- und Ausstieg an steilen Teichböschungen erleichtert. So wird den Tieren auch das Trinken und Abkühlen erleichtert.

Hinweise darauf, dass die wildlebenden Kaninchen im IHZ-Park aufgrund der anhaltenden Dürre kein ausreichendes Futterangebot erhielten, wurden umgehend vom amtstierärztlichen Dienst überprüft und konnten nicht bestätigt werden.

Die Öffentlichkeit wurde mit den Pressemitteilungen „Frisches Wasser für Düsseldorfer Gewässer“ (13.08.2019) und „Wildlebende Tiere und die anhaltende Trockenheit“ (14.08.2019) über die Maßnahmen informiert.